E. REVENTLOW



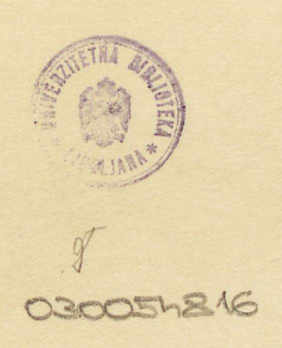
NATIONALER SOZIALISMUS IM NEUEN DEUTSCHLAND

N. S. Frauenschaft
Rietberg
Gau Westfalen Nord

Graf E. Reventlow

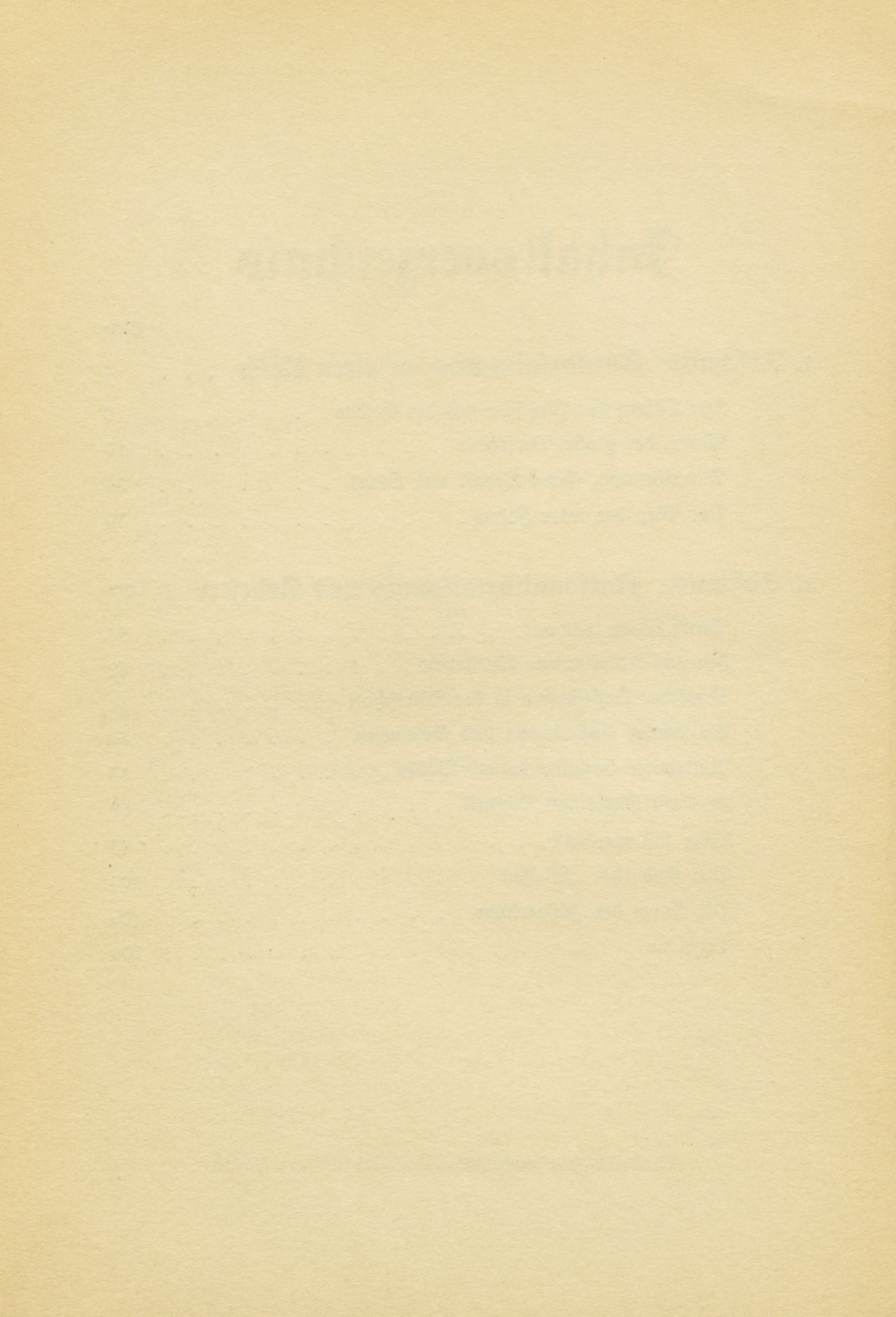
Nationaler Sozialismus im neuen Deutschland

„Zeitgeschichte"
Verlag und Vertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Berlin W 15 und Leipzig



Druck der Meyerschen Hofbuchdruckerei, Detmold

Inhaltsverzeichnis



1. Abschnitt

Antisozialismus im alten Reich

Der Sklave der Maschine und des Geldes

Den Arbeiter von heute hat zuerst die Dampfmaschine hervorgebracht. Vorher gab es ihn nicht. Wer arbeitete, war in eben diesem Sinne ein „Arbeiter“, aber es gab keinen Arbeiterstand, geschweige denn fiel es jemanden ein, von einer Arbeiterklasse zu sprechen. Heute haben die beiden Worte: Handwerker und Handarbeiter einen völlig verschiedenen Sinn, obgleich sie nach Wortlaut und Begriff von vornherein das gleiche bedeuten: Wirken bedeutet Werk tun. Werktätig sein und arbeiten ist dasselbe. Der Handwerker unserer Zeit verbittet es sich aber sehr entschieden, als Handarbeiter, als Arbeiter überhaupt bezeichnet zu werden. Er sagt: Ich arbeite, arbeite mit den Händen, aber ich bin kein Handarbeiter, kein „gewöhnlicher Arbeiter“. Das Handwerkertum war ein Stand, beruflich wie gesellschaftlich, in sich abgeschlossen in langer Entwicklung, nach eigenen Gesetzen. Seine Bedingungen sind durch die neue Zeit zum Teil vollständig verändert worden, aber Berufsstand ist er geblieben. Es gibt gelernte und ungelernte Handarbeiter, aber es gibt keine ungelernten Handwerker. Die Elite der neuzeitlichen Handarbeiter, die hochqualifizierten, wie man sie nennt, verlangen das, was für jeden Handwerker eine selbstverständliche, unumgängliche Bedingung und Forderung ist und sein muß, nämlich gründliche Kenntnis und Fertigkeit in seinem Fach.

Der Handwerker hat seine Werkstätte, seinen handwerklichen Betrieb, er ist selbständig, arbeitet für sich und verkauft das Produkt seiner Arbeit. Der Handarbeiter arbeitet für täglichen Lohn in oder an einem Betriebe, der ihm nicht gehört und dessen Bestand ihn nur soweit interessiert, als er besteht, „lebensfähig“ ist, ihm, dem Arbeiter, seinen Lohn zahlen kann. Sonst ist dem Arbeiter an sich jener Betrieb, an dem und für den er arbeitet, gleichgültig. Auch das Produkt seiner Arbeit — auf dessen Art noch eingegangen werden muß, — interessiert den Handarbeiter nicht, höchstens insoweit, daß es seinem Arbeitgeber der Qualität nach genügt. Die Handarbeit des Handarbeiters ist beinah immer Bedienung einer Maschine, welche das eigentliche Produkt

herstellt. Der Handarbeiter ist nötig für die Maschine, und die Technik ist ständig erfolgreich bestrebt, die Maschine weiter dahin zu vervollkommnen, daß sie so wenig wie möglich „Hände“ zur Durchführung der ihr obliegenden Arbeit bedarf.

Der Handwerker geht dahin, wo man seine Tätigkeit und sein Produkt braucht, der Handarbeiter dahin, wo er Arbeitsgelegenheit und Lohn erhält. Der Dorftischler ist abhängig davon, daß die Dorfbewohner ihm das Erzeugnis seiner Arbeit oder seine Reparaturarbeit abnehmen und bezahlen. Die Arbeit des Holzarbeiters an der Fabrik hat nichts zu tun mit den lokalen Bedürfnissen des Ortes, wo die Fabrik steht.

Nicht der Handarbeiter, aber die Art, wie er als Diener der Maschine seine Arbeit tut, ist weitgehend der Feind des Handwerkers. Dieser ist der Repräsentant eines alten Berufsstandes mit bedeutender und rühmlicher Vergangenheit und einer Überlieferung, die heute noch viel lebendiger sein würde, hätte nicht der Dreißigjährige Krieg sie in einem so großen Teile Deutschlands zerrissen und dem Handwerk selbst einen schweren Stoß gegeben. Die Bedürfnisse des täglichen Lebens aber zeugten das Handwerk wieder, bis die Dampfmaschine kam, als ein so furchtbarer Feind, daß ihm von Jahrzehnt zu Jahrzehnt der Tod vorausgesagt wurde. Und doch lebt das Handwerk auch heute noch. Sein Wesen freilich hat sich, abgesehen von wenigen Zweigen, sehr verändert. Mehr und mehr ist es zu einem Berufsstande der Aushilfe und der Reparatur geworden, der da eingreift und ergänzt, wohin der maschinelle Großbetrieb nicht zu reichen vermag. In der letzten Zeit vor dem Kriege und seit 1919 ist es dem Handwerk auch vielfach gelungen, sich dem von der Maschine und dem Großbetrieb beherrschten Wirtschafts- und Arbeitsleben anzupassen, besonders sich des elektrischen Motors zu bedienen und sich in nicht geringem Maße unentbehrlich zu halten.

Die politische Vertretung des größten Teils der Handarbeiterschaft und heute noch eines sehr großen Teils der Sozialdemokratie ist Gegner des Handwerks, der Handarbeiter steht gegen den Handwerker. Die Sozialdemokratie erklärte den Handwerker für überlebt und betätigte sich politisch nach dem Wort Friedrich Nietzsches, daß man stoßen müsse das, was falle. Solche sozialverbrecherischen Versuche des Marxismus, von denen der eigentliche Handarbeiter nichts wußte, haben ihr Ziel nicht erreicht. Allerdings sind besonders während der anderthalb Jahrzehnte der Nachkriegszeit zahllose handwerkliche Betriebe ihrer Selbständigkeit verlustig gegangen, ihre Eigentümer und Angestellten sind enteignet und entwurzelt unter Mißregierung und Mißwirtschaft der letzten zwölf Jahre in großer Zahl in den breiten Strom des wurzellosen Proletariats hineingeflossen. Aus Handwerkern sind sie Handarbeiter, Arbeitslose geworden, sie sind gesunken mit der Gewißheit, daß sie sich wahrscheinlich nie wieder auf ihre frühere Ebene

erheben können. Und diejenigen von ihnen, denen es gelingt, in einem handwerklichen Betriebe als Gesellen wieder anzukommen, sie, die früher Meister waren, sagen von Glück, daß es ihnen gelang, nicht in der Masse der Fabrikarbeiterschaft zu versinken. Sie waren einmal etwas und sind diesem Etwas, wenn schon in abhängiger Stellung, nahegeblieben, es gelang ihnen, das Schlimmste noch zu vermeiden.

Als die Handwerker im vorigen Jahrhundert empfanden, daß ihnen die Dampfmaschine einen nicht nur unüberwindlichen, sondern auf ihren meisten Gebieten auch unwiderstehlichen Wettbewerber und Todfeind bedeute, kam es vor, daß man versuchte, den teuflischen Gegner: die Maschine selbst zu zerstören. Ein kindlicher Akt der Verzweiflung, aussichtslos und hoffnungslos, hervorgegangen nicht allein aus der Hoffnungslosigkeit, sondern auch aus der urwüchsigen Empörung des ehrlichen Mannes, der mit einem Male seine Arbeit und — sich selbst entwertet sieht. Das natürliche Recht, für das eigene Dasein und das der Familie zu arbeiten, und damit die Existenz zu bestreiten, wurde unter den Rädern der Maschine gefühllos zermalmt. Geld ermöglichte den Maschinenbetrieb, und die Maschine ihrerseits schuf ihrem Besitzer Geld und immer mehr Geld. Eine technische Erfindung und Vervollkommnung jagte die andere, und sehr schnell schwand die Hoffnung völlig, daß man dieser rasenden Entwicklung mit persönlichem Fleiß, Erfahrung und Sachkenntnis gewachsen oder ihr gegenüber auch nur lebensfähig sein könne. Und die Maschine ging auf doppelte Weise vor, indem sie dem Arbeitenden zunächst die Existenzmöglichkeit nahm und ihn dann damit in ihren Dienst hineinzwang. Denn was sollten die Entwurzelten anders tun, falls ihnen nicht in Ausnahmefällen landwirtschaftliche Betätigung oder ähnliches einen Weg zur Lebensfristung offen ließ, der sie nicht zwang, ihre Freiheit aufzugeben!

Mit den Fabriken und durch die Fabriken entstanden die Fabrikstädte. Der Maschinenbetrieb der Fabrik brauchte Menschen, viele Menschen. Sie strömten ihr zu, besiegt durch den übermächtigen, an Kraft und Vielseitigkeit immer riesenhafter wachsenden Konkurrenten. Und für die Aufwachsenden erschien es von vornherein als nutzlos und hoffnungslos, ein Handwerk, ein Gewerbe zu erlernen, sie strömten zur Fabrik. So bildeten sich allmählich „die Massen“, ein Begriff, der vorher unbekannt war. Er gewann um so schneller seine große, unheilvolle Bedeutung.

Heute spricht man von den Massen als einer selbstverständlichen von der Natur in das Leben gestellten Erscheinung. Die Massen selbst, die einzelnen Menschen, die zu ihnen gehören, einen Teil von ihnen bilden, haben durch Gewöhnung und Überlieferung von dreiviertel Jahrhunderten und mehr weitgehend das Gefühl verloren, daß sie zu etwas anderem bestimmt seien, als Masse zu bilden. Was ist die Begriffbestimmung der Masse? Die gleiche

Lebenslage allein ist dafür nicht bestimmend. Hunderttausend Bauern oder hunderttausend Handwerker sind niemals Masse, denn sie bleiben bodenständig verwurzelt, sie bleiben in der Individualität ihrer Arbeit und damit ihrer selbst. Sie haben die Möglichkeit, ihre Lage zu verbessern, sie haben Besitz, und sei dieser auch noch so klein. Sie können im Bereich ihrer Lebensmöglichkeiten und im Rahmen der Landesgesetze ein gewisses Maß von persönlicher Unabhängigkeit ihr Eigen nennen. Goethes Prometheus antwortet auf die Frage: was ist denn mein? „Der Kreis, den meine Wirksamkeit erfüllt.“ Der Angehörige der Masse hat, abgesehen vom Familienleben, soweit ein solches vorhanden ist, keinen Kreis, den seine Wirksamkeit erfüllt, während der Geselle und der Lehrling im Handwerksbetrieb und der Knecht auf dem Lande im Bauernbetrieb diesen Wirkungskreis haben, ihn sich schaffen können. Dazu kommt, daß diese Wirkungskreise unter sich verschieden und verschiedenartig sind, daß der eine individuelle Beziehungen aufweist, die der andere nicht hat. Was in erster Linie zur Masse macht und Masse schafft, ist wohl die Gemeinsamkeit der Unfreiheit und die bei allen bestehende Gleichförmigkeit der Gebundenheit und Abhängigkeit, die Tatsache und das Bewußtsein des Preisgegebenseins, alles Dinge, die einer Bildung der Persönlichkeit und deren Entwicklung von vornherein hemmend oder tödlich entgegenstehen. Die Freudlosigkeit der Arbeit bildet eine weitere Gemeinsamkeit. Schon oft wurde darüber gesprochen und geschrieben, wie der Fabrikarbeiter eine Freude an seiner Arbeit nur in seltenen Ausnahmefällen haben kann, denn diese umfaßt immer nur einen einzigen Teil, sei es an der Maschine oder einem Gebrauchsgegenstand. Tag für Tag und Jahr für Jahr stellt der Fabrikarbeiter, nachdem er die nötige Handfertigkeit in der Bedienung der dazu erforderlichen Maschine erreicht, vollkommen mechanisch diesen Teil her. Man kann sich, nebenbei gesagt, schwer eine Tätigkeit denken, die konsequenter und unfehlbarer zu allgemeiner Abstumpfung führt und zwar mit einer auf die Dauer schwer entrinnbaren Notwendigkeit. Letzten Endes ist das wohl mit die schlimmste Seite des zur Massewerdens und zugleich der wesentliche Faktor dafür. In derselben Richtung wirkt die Hoffnungslosigkeit, die dieses Arbeiterdasein beherrscht. Denn wo soll Hoffnung herkommen? Nur ganz wenige sind es, für die, sei es durch besondere Begabung oder durch streberhafte Charakterlosigkeit, ein Vorwärtskommen als Aussicht erscheint, die zur Wirklichkeit werden kann. Sobald aber dies geschieht, dann ist dieser Erfolgreiche schon aus seiner bisherigen Sphäre herausgelangt und gehört der „Arbeiterklasse“ nicht mehr an. Sie selbst bleibt wie sie war, grau in grau, Klasse und Masse.

Gemeinsam sind die Unbedingtheit der Abhängigkeit und die vollkommene Unsicherheit der Existenzmöglichkeit von einem Tage zum anderen. Beide

traten als ganz neue Erscheinungen in das Leben des deutschen Volks. Früher war es eine Unmöglichkeit, etwas Undenkbares, daß, abgesehen von plötzlichen verheerenden Naturereignissen, ein Mann von heute auf morgen aus seinem Broterwerb geworfen und vor das Nichts gestellt werden konnte. Man kann wohl heute verstehen — hundert Jahre später —, wie furchtbar dieser Schrecken in das Volk gedrungen sein muß. Man sagt, daß gemeinsame Not und gemeinsame Gefahr die festesten Bindemittel sind. Das mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Ganz gewiß aber ist, daß durch die Dauer solch eines Zustandes der Unsicherheit und der Gefährdung sich jene Gleichmäßigkeit bildet, die eben in erster Linie ein Kennzeichen der „Masse" ist. Während der vergangenen dreiviertel Jahrhunderte ist die Masse in Deutschland ein Faktor von ungeheurer Bedeutung geworden, und je weniger man irgendeinem Einzelnen den Vorwurf machen könnte, daß er sich gewöhnt hat, sich als Massenteil zu fühlen, desto verhängnisvoller ist die Entstehung und das fortwährende Wachsen der Masse für Volk und Nation geworden, bis zum heutigen Tage.

Wenn wir jetzt vor der Entwicklung dieser Verhältnisse während eines Jahrhunderts stehen und ihre schlimmen Ergebnisse klar vor uns sehen, so ist Kritik ohne weiteres natürlich leicht. Die vollendeten Tatsachen und Wirkungen jener Entwicklung bzw. Zersetzung stehen jedoch in so ungeheurer Größe vor uns, daß es richtiger erscheint, über ihre Ursprünge einigermaßen klar zu sehen, als abfällig zu kritisieren, daß man es nicht besser gemacht habe.

Die skizzierte Umwälzung der Arbeitsverhältnisse und weiterhin der gesamten Wirtschaft und der sozialen Struktur sind natürlich nicht auf einmal eingetreten, sondern nach und nach. Von vornherein konnten sie nicht vorausgesehen und ermessen werden. Hätte Friedrich der Große in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts gelebt oder hätte der Freiherr vom Stein Leben und Möglichkeit gehabt, die Umwälzung durch die Maschine zu sehen, so würde es vielleicht anders gekommen sein. Jedenfalls würden Männer, wie diese beiden es waren, Persönlichkeiten der Maschinenindustrie und, in Verbindung mit ihr, dem Kapital unter keinen Umständen gestattet haben, ein Sklavenhaltertum und eine Willkür innerhalb des Staates zu errichten, die dem Staatsgedanken Friedrichs des Großen in jeder Hinsicht widersprachen. Aber unter den späteren Herrschern in Deutschland, auch in Preußen, war keiner, der sich auch nur annähernd so direkt persönlich, so voll Interesse für das Wohlergehen des Einzelnen und so sachkundig mit der neuen Entwicklung befaßt hätte. Die Könige und Fürsten und ihre Berater fanden die industrielle Belebung durch Maschinenbetriebe und Fabrikwesen hoch willkommen, denn es kam Geld ins Land, Kapital sammelte sich an. Die soziale Frage, der Gedanke an eine soziale Stellungnahme der Herrscher

war seit Friedrich dem Großen eingeschlafen, auch übersah man die Wirkungen der angebrochenen Maschinenperiode nicht. Das einzige, was jene erste Periode an sozial anzusprechenden staatlichen Maßnahmen aufweist, ist eine preußische Verordnung über Kinderarbeit; gewiß inmitten der sonstigen Wüste anerkennenswert, aber nicht annähernd ausreichend.

Es war die Zeit des Liberalismus. Er stand unter dem Worte jenes französischen Ministers: „Bereichert euch!“ Das war nicht nur ein Schlagwort, sondern es wurde tatsächlich das Motto für die zivilisierten Staaten Europas. Die Glanzzeit des neuzeitlichen Bürgertums brach nun auch in Deutschland an, wie sie schon seit langer Zeit in Großbritannien bestanden hatte. Im vergangenen Jahrhundert gab es einen berühmten englischen Roman: „Der Letzte der Barone.“ Sein Grundgedanke wird durch den Ausspruch eines der Hauptpersonen gekennzeichnet: „Die Bürger sind das Volk.“ In der Tat betrachtete sich das Bürgertum als d a s V o l k, nicht zum wenigsten in Deutschland. Das ist noch heute der Fall, besonders was das sogenannte höhere Bürgertum anbelangt. Jene Glanzzeit des Bürgertums stand im Zeichen der Industrie, des Geldes, in weiterer Entwicklung dieser Verhältnisse im Zeichen des Kapitals, des Kapitalismus.

Von Großbritannien ausgegangen, predigte der sogenannte ethische Materialismus den angenehmen Text: je besser es dem Einzelnen im Staate gehe, desto besser auch dem Ganzen des Staates. Komme der Einzelne zu Reichtum, so sei damit auch jeder andere besser gestellt. Diese Lehre hätte, wie wir gleich bemerken wollen, etwas Richtiges in einem Staat gehabt, der den Reichtum der Reichgewordenen durch entsprechende Maßnahmen, wie Löhne und Steuern, den übrigen Volksgenossen und dem Staatsganzen hätte planmäßig und gerecht mit zugute kommen lassen. Aber das Gegenteil war der Fall: der Grundsatz vom „freien Spiel der Kräfte“ wurde zum sittlichen und wirtschaftlichen Evangelium erhoben. Das bedeutete, daß der Staat verpflichtet, ja eigentlich nur dazu da sei, jedem, der sich fähig dazu erwies, das Reichwerden zu erleichtern. Außerdem zahlten ja reiche Leute Steuern, womit die Staatseinkünfte wuchsen. Das blieb freilich weitgehend Theorie in Deutschland, denn die reichen Leute wurden nie annähernd in der Weise zu Steuern herangezogen, wie es richtig und gerecht gewesen wäre.

Jenes „freie Spiel der Kräfte“ hatte auch noch eine andere, viel schlimmere, ja verhängnisvolle Seite.

Es bedeutete die Preisgabe des Schwächeren an den Stärkeren im Staat. Hatten einzelne Monarchen und einzelne Persönlichkeiten an hervorragenden Stellen den Schwächeren gelegentlich in Schutz genommen, so war dieser Schutz doch nie zum Grundgedanken eines deutschen Staats geworden, wie es doch selbstverständlich hätte sein müssen. Immerhin war in früheren Jahrhunderten eine Geldherrschaft im Staate nicht vorhanden gewesen,

mochte auch noch so vieles schief stehen. Das neunzehnte Jahrhundert brachte die Geldherrschaft, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt umfassender und vollständiger. Die Ära des Kapitalismus hatte begonnen, gleichbedeutend mit jüdischer Führung und jüdischem Einfluß auf alle deutschen Lebensgebiete. Wer Geld hatte und Besitz, der hatte Recht, wer es nicht hatte, besaß nicht nur kein Recht, sondern war auch ohne Schutz.

Zur gleichen Zeit wurde von England aus die Lehre des britischen Naturforschers Charles Darwin in der ganzen Welt berühmt. Ihm hatte langjährige Beobachtung des Lebens in der Natur die Erkenntnis verschafft, daß alle Lebewesen sich in einem fortwährenden Kampfe für ihr Leben untereinander und gegeneinander befinden und daß in diesem Kampfe „der Geeignetste“ überlebe. Der Naturforscher Darwin, persönlich ein religiöser und gerechter Mann, hat nie daran gedacht, dieses grausame Prinzip des fortwährenden Kampfes der Lebewesen gegeneinander auf das Leben eines Volks zu übertragen. Das blieb dem Liberalismus überlassen, besonders in Deutschland. Er übersetzte jenes Wort vom Überleben des Geeignetsten (nämlich zum Kampf) mit: Überleben des Tüchtigsten. Tüchtigkeit bedeutete ein uneingeschränktes hohes Lob, und wer im Kampf ums Dasein siegte, sollte eben als der „Tüchtigste“ gelten. Man sieht hier die Anwendung des „freien Spiels der Kräfte“ als das rücksichtslose Bestreben, auf Kosten des anderen möglichst schnell reich und mächtig zu werden. Selbstverständlichkeit wurde die Auffassung, um des eignen Vorteils willen, „über Leichen zu gehen“. Brachte man das fertig, so war man eben der „Tüchtigste“. Wohl die allermeisten der großen und vollends der Riesenvermögen des vergangenen Jahrhunderts sind durch rücksichtslose Brutalität, durch Betrug und andere Übervorteilung, durch List und Verschlagenheit, alles im Zeichen rücksichtsloser Ichsucht, entstanden. Der Reichtum und die Macht solcher Leute hatten die Vernichtung und Entwürdigung zahlloser Existenzen und die uneingeschränkte Ausnutzung der Arbeitskräfte anderer zur Grundlage. Und diese „Tüchtigsten“ im Daseinskampfe wurden Spitzen der Gesellschaft, lebten hochgeachtet, bewundert und umschmeichelt im Staate, erhielten Orden und Titel und gewaltigen, oft kaum umschränkten Einfluß auf den Staat und die Angelegenheiten des Volkes. Es war eine allgemeine Erscheinung, daß solche skrupellosen Reichen, wenn sie viel zusammengehäuft hatten, aus ihrem Überfluß Geld für alle möglichen Stiftungen und Wohlfahrtseinrichtungen gaben und „Menschenfreunde“ wurden, sei es aus bösem Gewissen, sei es, um Ehrungen von Monarchen zu erhalten. Wir wollen gerecht sein und gern zugeben, daß es auch andere Menschen gab, wie die Krupps und andere, die ehrliche Arbeiter, große Organisatoren waren. Aber das ändert nichts daran, daß im großen und ganzen das freie Spiel der Kräfte und das „Überleben des Tüchtigsten“ ein grundunsittlicher Brauch und Gedanke

war, der schweres Unglück über die deutsche Nation, den deutschen Staat, das deutsche Volk gebracht hat. Gewiß, es wurden so große, gewaltige wirtschaftliche Werte geschaffen. Aber was bedeuten diese Werte — das können wir erst heute rückschauend ermessen — im Vergleich zu den unschätzbaren Werten, die damit vernichtet wurden: Existenzen, Vertrauen und Liebe für den Staat und die Nation und das Gefühl innerer Volkszusammengehörigkeit.

Es versteht sich ohne weiteres, daß auf der einen Seite die herrschende Stellung der Geldmächte als schwere Ungerechtigkeit vom Volke empfunden wurde und auf der anderen Seite eine wachsende Verflachung der Begriffe von Recht und Unrecht Platz griff. Wenn es genügte, reich zu sein und dabei nicht offen mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, um zur obersten Schicht im Staate zu gehören, mußte es da nicht für jeden anderen heißen: alle Mittel anzuwenden, um auch zu Geld zu gelangen, Geld zu „machen", wie die widerwärtige Redewendung lautet?

Schwere Vorwürfe müssen hier gegen die meisten Herrscher, hohen und höchsten Beamten, erhoben werden, die das Geld, einerlei wie es erworben war, in ihrem Besitzer ehrten, ihm Freiheiten und Vorrechte gestatteten, an die der Geldlose nicht einmal denken durfte. Das gemeine Sprichwort: „Geld regiert die Welt" wurde mit verständnisvollem Schmunzeln als eine Wahrheit hingenommen, mit der man sich so oder so abfinden müsse, die aber eben eine Wahrheit sei. In keinem Lande der Welt ist während des vergangenen Jahrhunderts so viel über Staat, Staatsgedanken und Staatsform philosophiert und geredet worden wie in Deutschland. Die deutschen Fürsten und ihre Berater sind sicher nicht von bösem Willen beseelt gewesen, sondern haben im Gegenteil das Beste gewollt. Aber wie merkwürdig erscheint es uns heute, daß der Gedanke eines Schutzes der Schwachen erst im Bismarck-Reich als Pflicht des Staates anerkannt wurde, und vollends der andere Gedanke: wirkliche Gleichberechtigung und Gleichbewertung a l l e r Volksgenossen, erst in unseren Tagen Geltung zu erhalten beginnt. Gerade der Staat, jedenfalls ein wirklicher Volksstaat, darf als erste Pflicht, jenen wilden, hemmungslosen und erbarmungslosen Kampf ums Dasein, in welchem die schlechtesten menschlichen Eigenschaften und die unsozialsten Fähigkeiten den „Tüchtigsten" als Sieger hervorgehen lassen, nicht dulden. Wozu wäre denn der Staat notwendig, wenn er dieser ersten und selbstverständlichen Pflicht nicht genügt? Aber was war es denn anders als schonungslose Preisgabe der Armen und deshalb Schwachen, wenn in den Fabriken der Arbeiter kein Mittel besaß, sich gegen schrankenlose Ausnutzung durch den Arbeitgeber zu schützen oder schützen zu lassen? Wurde ihm die Arbeitszeit von 12 Stunden oder mehr am Tage zu viel, protestierte er dagegen, so stellte der Arbeitgeber ihn vor die Entscheidung, entweder sich zu unterwerfen, oder die Fabrik zu verlassen, oder aber der Arbeitgeber

warf ihn kurzerhand schon wegen seines Protestes auf die Straße. Und wenn der Arbeitnehmer von dem Lohn nicht leben konnte und deshalb mehr verlangte, dann galt das gleiche Gesetz des Stärkeren. Der Arbeitgeber und „Brotgeber" konnte, sobald er wollte, seinen Arbeitern und Angestellten auch das Brot nehmen, wenn sein eigener Vorteil es ihm wünschenswert erscheinen ließ. Um Ersatz an Arbeitskräften brauchte er sich nicht zu sorgen, auch nicht in jenen Zeiten, als von Erwerbslosigkeit nicht die Rede war. Arbeitskräfte, „Hände" strömten ihm immer zu.

Es ging aber nicht allein um diese Abhängigkeit der Existenz von der Willkür des Fabrikherrn, sondern um die unwürdige Abhängigkeit an sich. Die Leibeigenschaft war ja nicht mehr da, auch auf dem Lande war die Hörigkeit durch den Freiherrn vom Stein unter schwersten Kämpfen gegen König und Adel abgeschafft worden. „Freiheit und Gleichheit" herrschten, und nun sah man sich in einer neuen privaten Sklaverei, während der Staat ruhig zusah. Und diese Sklaverei ergriff um so weitere Kreise und größere Massen der Bevölkerung, je gewaltiger sich die Herrschaft der Maschine und damit der Industrie ausbreitete. Auf der anderen Seite stand das Bürgertum, emporgetragen von der neuen Zeit, nicht zum wenigsten als eine der Folgen der Französischen Revolution. Als seinen Gegner betrachtete das Bürgertum politisch den grundbesitzenden, in Deutschland vielfach und in Preußen vollständig herrschenden Adel, und damit das hohe Beamtentum, das Offizierkorps und was sonst noch dazu gehört und die nicht parlamentarisierte Monarchie. War das Bürgertum hinsichtlich dieser alten und überkommenen regierenden und herrschenden Schicht ein Gegner im Zeichen: Liberalismus oder „Fortschritt" gegen Konservatismus oder Reaktion, und ging es in diesem Kampfe um die Staatsform, so waren diese beiden Gegner sich in dem einen Punkte vollkommen einig, daß der Arbeiter in Deutschland ganz selbstverständlicherweise minderen Rechtes und zum Dienen bestimmt sei.

Es ist bemerkenswert, daß sich der Leibeigenschaftsgedanke in dieser Auffassung und Anschauung erhielt und daß er weitgehend auch heute noch besteht. Der Adel und was dazu gehört, war gewohnt, sich als Herr zu betrachten und Dienende in irgendeiner Form unter sich zu haben. Das „Herrentum" beruht ja auf Dienertum. Anderen zum eignen Vorteil befehlen zu können, ist immer eifriges Bestreben gewesen. Auch abgesehen vom eignen Vorteil gibt es eine Sucht zu befehlen.

Von Egoismus ist der „Herr" beinahe nie frei, und äußerst selten ist eine große allgemeine Sache dabei im Spiel. Aber wir kommen hierauf noch zurück. Es ist ein ungeheurer Unterschied — man wird sich dessen erst heute in Deutschland bewußt — zwischen dem „Herrn" und dem Führer. Die alten Germanen hatten untereinander ursprünglich nur Führer, also den Ersten,

welchen sie jeweilig für geeignet hielten, unter Gleichen, aber keine Herren und Diener, keine Unabhängige und Abhängige. Die Leibeigenschaft ist ursprünglich etwas Undeutsches, und unser deutsches Gefühl empört sich dagegen. Es war und ist auch heute vor allem die alte großgrundbesitzende Oberschicht, welche das Herrentum als ihr unveräußerliches Recht ansieht, obgleich die Leibeigenschaft längst aufgehoben worden ist. Die Verhältnisse auf dem Lande in Deutschland sind das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch und bis zum Kriege nur in anderer Form so geblieben. Es ist bemerkenswert, daß in vielen Gegenden Deutschlands der ländliche Arbeiter und der Kleinbesitzer aus den Zeiten der Leibeigenschaft sich eine gewisse Unterwürfigkeit bewahrt haben. Freilich kann man gegenwärtig in anderen deutschen Gegenden, wo früher eine besonders drückende Leibeigenschaft bestand, einen Haß gegen jene Oberschicht feststellen, der nur aus der Leibeigenschaft erklärbar ist, obgleich die bewußte Erinnerung an die leibeigenen Zeiten längst nicht mehr besteht. Wo sie aber unbewußt vererbt ist, da herrscht entweder jener, persönlich nicht selten ungerechte Haß oder eine mehr oder minder stumpfe Unterwürfigkeit. Weder die „Herren“ noch der Staat machten, abgesehen von ganz seltenen Ausnahmen, den Versuch, durch Erziehung und Anleitung freie und innerlich unabhängige Menschen aus den „Dienenden“ zu machen. Wie in der Stadt, so war und ist es auch auf dem Lande: Der „Arbeiter“ wird ohne weiteres als der Minderwertige und deshalb mit Recht Abhängige angesehen, weil er im Grunde wohl, trotz aller Gesetze, unfrei ist und weil er nicht für sich, sondern für andere arbeitet! Eine Anschauung, die an Ungerechtigkeit schwer zu überbieten ist. Aber wir müssen die Tatsache feststellen, da sie in Deutschland tief eingewurzelt ist.

Die Auffassung, die heute vor allem der nationale Sozialismus vertritt: daß alle Volksgenossen zusammen ein organisches Ganzes: Volk bilden und von vornherein keiner minderwertig und keiner mehrwertig gegenüber dem anderen ist. Diese Anschauung gab es in dem Deutschland des vorigen Jahrhunderts nicht, auch geschichtlich nicht.

In beinahe allen damaligen deutschen Staaten lebte das aufgestiegene und weitersteigende Bürgertum, ohne den Staat zu führen oder zu beherrschen, wenn es auch den Willen dazu hatte und wann und wo es sich die Macht zutraute, den Parlamentarismus anstrebte oder ihn auf dem Wege der 48er Revolution zu erreichen versuchte. Jedoch waren die eigentlichen bürgerlichen Elemente innerlich in keiner Weise revolutionär. Der Machtkampf zwischen dem Bürgertum und den altüberkommenen herrschenden Schichten, der Kampf auch gegen die Monarchie in ihrer damaligen Form bedeutet weniger, daß das Bürgertum von einem starken Herrenbewußtsein erfüllt gewesen wäre, als daß es den Staat im Sinne und im Grundgedanken des Liberalismus mit seinem „freien Spiel der Kräfte“ im Inneren und nach außen

umgeformt wissen wollte. Kurz ausgedrückt bedeutet dieses Ziel: Herrschaft des Geldes, des Kapitalismus an Stelle der Herrschaft der Monarchie, des Adels usw. Die bürgerlichen Schichten hatten von der Französischen Revolution das Wort von der Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit übernommen, vielfach gewiß aufrichtig. Sie wollten die Standesunterschiede abschaffen. Alle sollten frei, gleich und brüderlich sein. Den Adel sollte es nicht mehr geben. Was die Monarchie anbetraf, soweit man nicht Republik wollte, war man bereit, sich mit einer ähnlichen Form zufrieden zu geben wie in England: der König herrscht, aber er regiert nicht, er „kann nicht Unrecht tun“, weil alles, was getan werden muß, durch die verantwortlichen Minister geschieht. Das war in Deutschland das liberale Ideal, von dem man sprach, dahinter stand freilich als letztes die parlamentarische bürgerliche Republik. Doch dies sei nur zu ganz allgemeiner Kennzeichnung gesagt.

Von liberalen „Idealen“ ist dreiviertel Jahrhundert hindurch unendlich viel gesprochen und geschrieben worden. Das liberale Bürgertum rühmte sich, daß es den „Fortschritt der Menschheit“ fördere und ihm diene. In pathetischen Tönen versicherte das Bürgertum fordernd und begeistert Freiheit der Verfassung, Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, Brüderlichkeit aller; nach außen hin lautete die Forderung: Freiheit des Handels, Förderung aller Dinge, die auf Internationalisierung der Völker, vor allem Deutschlands, fördernd einwirken könnten. Dann würde die Menschheit sich immer enger und freundschaftlicher zu allseitigem materiellen Vorteil zusammenschließen, und Kriege werde es nicht mehr geben. Also Freiheit und Menschenliebe, wohin man nur immer blicken mochte. Diese Freiheit war aber tatsächlich nur die des geldlich Starken, und ihr entsprach die Knechtschaft des Schwachen, des Besitzlosen, des Arbeiters. Der alte konservative Staat, dem man sonst gewisse Verdienste um geordnete Verwaltung nicht absprechen konnte, schritt hier nicht ein, sondern paktierte von Jahrzehnt zu Jahrzehnt freundschaftlicher, verständnisvoller und enger mit dem Gelde.

Schon in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts gab es deutsche Arbeiter, welche die Not, das Elend und die Entwürdigung der immer mehr anschwellenden Fabrikarbeiterschicht erkannten und sich eingehend Gedanken darüber machten, wie man andere Zustände herbeiführen könnte. Besonders ist da an den Namen eines echten deutschen Idealisten, des Schneiders Weitling zu erinnern, ein genialer Mann, dem aber der Sinn für eine praktische Politik fehlte. Doch Weitling hatte das richtige Gefühl, daß es Sache des Staates sei, das Leben des neuen Standes zu schützen und würdig zu gestalten. Aber weder waren Weitling und andere fähig, noch waren die damaligen Verhältnisse in den deutschen Staaten, auch was die Persönlichkeiten der Herrscher anbetraf, dazu angetan, diesen großen, gewaltigen Ge-

danken in Angriff zu nehmen. Wie wäre das auch denkbar gewesen? Jene Arbeiteridealisten fühlten wohl, was eigentlich sein müsse, sie waren Seher in die Zukunft, jeder Ichsucht frei und voll tiefer genossenschaftlicher Teilnahme für die rechtlose Arbeiterschaft, aber ihnen fehlte neben allem anderen die persönliche Kraft und Lebensart, um sich durchzusetzen.

Vergessen wir nicht, daß das vor hundert Jahren war. Denken wir daran, wie schwer es auch noch heute manchem Angehörigen des Arbeiterstandes wird, wenn er mit Angehörigen der „höheren Schichten" sprechen oder ihnen gegenüber sich oder seine Interessen vertreten will. Der Staat und das Bürgertum vollends hatten nicht das geringste Interesse an einer Reform, sie fanden es einerseits nützlich, andererseits selbstverständlich, daß Gottes Ordnung solche Arbeitsmenschen zur freien Verfügung und Ausnutzung geschaffen hatte.

Der hier mehrfach schon gebrauchte Ausdruck für menschliche Arbeitskräfte: „Hände" ist zuerst in England gebraucht worden; er will in der angelsächsischen Auffassung nichts Besonderes sagen. Wenn der Deutsche aber arbeitende Menschen als Hände bezeichnet, so verbindet er damit eine Auffassung, die beweist, wie weit er deutschem Wesen innerlich entfremdet ist, daß er keine Achtung für den Volksgenossen, ja überhaupt nicht für den anderen Menschen als solchen besitzt. Er betrachtet ihn nur als ein Mittel, um seinen eigenen Besitz zu vermehren, um reich zu werden durch andere Menschen, letzten Endes auf deren Kosten. Und diese „Hände", diese immer größer werdenden Menschenmengen um die Fabriken, die nachher die Hauptmasse in den riesig anwachsenden Industriestädten bildeten, sie fühlten das Niederdrückende und Hoffnungslose und Entwürdigende ihrer Lage. Es war natürlich, daß sie nach Besserung aussahen. Nirgends zeigte sich ein Schimmer von Hoffnung, nirgends sahen sie eine Macht, auf die sie ihr Vertrauen stützen konnten, überall nur furchtbare, feindliche, harte Mächte oder unerreichbare und jenen armen Leuten nur undeutlich vorstellbare Begriffe wie Staat oder Monarch oder Regierung. Was war natürlicher, als daß man den alten Traum wieder träumte: eigentlich müßten doch alle gleich sein, gleiche Rechte, gleiches Einkommen besitzen. Gerechtigkeit müsse herrschen, und das sei doch so leicht, wenn man nur wolle. Der Traum des Kommunismus! Es war nicht verwunderlich, um so weniger, je naiver und weltfremder jene armen Leute waren. Wir sehen es ja heute noch an den vielen deutschen Idealisten, die der kommunistischen Partei Gefolgschaft leisten. Jener ehemalige Schneider Weitling war überzeugter Kommunist im weltfremden idealistischen Geiste. Er und seine Anhänger hatten begriffen, daß nur eine vollkommene soziale Umwälzung Wandel schaffen könne. Er wollte aber kein Bastillenstürmer sein, sondern wünschte, daß diese Revolution friedlich sei: „Wir bedürfen einer totalen Revolution, aber eine fried-

liche ist der gewaltsamen vorzuziehen." Ein genialer König, so hoffte er, werde kommen und Wandel schaffen. — Während diese Kommunisten das Wunder der Gerechtigkeit und Einsicht erwarteten, zeigt uns jene erste Periode auch solche, die sich Sozialisten nannten. Sie gingen nicht so weit wie die Kommunisten, ließen Ungleichheiten unter den Menschen gelten, wollten aber die Besitzverhältnisse ändern und nach dem Maßstabe sozialer Gerechtigkeit neu regeln. Alle diese gutgläubigen Menschen, die das Rechte ahnten und die empfanden, wo es liegen müsse, die meinten, eine von irgendwoher kommende Gerechtigkeit müsse einmal logisch oder naturnotwendig in Kraft und Funktion treten, waren insofern Utopisten, als sie die Erreichung dieses Zieles unpolitisch wollten. Der politische Gedanke wurde von einer anderen Seite in die Not des Arbeitnehmers hineingebracht, um in einer verhängnisvollen Weise eine Epoche herbeizuführen, die erst heute ihrem Ende entgegengeht, die Epoche des Marxismus.

Marx, der große Verführer

Es war ein Angehöriger des jüdischen Volkes, Karl Marx, der diese neue Epoche heraufgeführt hat. Es geht nicht an, und wir wollen nicht in diesen Fehler verfallen, diese unheilvolle Persönlichkeit als unbedeutend und seine Lehre als törichtes Zeug oder leere Vorspiegelungen abzufertigen. Eine Lehre, die dreiviertel Jahrhundert hindurch einen ungeheuren Einfluß auf die wirtschaftlichen, sozialen und weltanschaulichen und politischen Verhältnisse vor allem in Deutschland ausgeübt und beinahe überall auf Umsturz gewirkt hat, darf nicht nebensächlich mit ein paar Schlagworten abgetan werden.

Marx war, wie gesagt, Jude und als solcher ohne vaterländisches, nationales, ohne Volksgefühl. In Deutschland geboren und erzogen, haßte er alles, was deutsch war, hatte übrigens auch für seine eigenen, jüdischen Volksgenossen kein Gefühl. Er liebte auch den Arbeiter keineswegs, stand ihm persönlich ganz fern und verachtete ihn tief. Selbst bürgerlicher Gelehrter, kehrte er seinen Haupthaß gegen das Bürgertum.

Überschauen wir heute kühl seine Lehre, so erscheinen uns wichtiger als alle möglichen rechnerischen und sozialwirtschaftlichen Gedanken, die im Laufe der Jahrzehnte durch die lebendige Wirklichkeit widerlegt worden sind, die folgenden Gedankengänge:

Der Arbeiter „hat nichts zu verlieren als seine Ketten". Es mag kommen was da will, Krieg oder irgend etwas anderes, der deutsche Arbeiter hat

daran kein Interesse, er hat kein Vaterland, er kennt nur Tyrannen und Ausbeuter. Er muß alle Dinge und Vorgänge danach beurteilen, wie er sich dieser Tyrannen entledigen kann. Hierfür muß er seinem Lande einen unglücklichen Krieg wünschen. Solches gilt — immer nach Marx — für die Arbeiterbevölkerung aller Länder, und deshalb ruft er: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Die Arbeiter überall in der Welt bilden eine Klasse, den Klassenkampf müssen sie organisieren und ständig führen, denn ohne Klassenkampf kann der Arbeiter seine Ketten nicht sprengen, die Kapitalistenklasse nicht besiegen.

Für Marx besteht die gesamte Geschichte der Menschen aus fortwährenden sozialen bzw. wirtschaftlichen Klassenkämpfen. Weiter bedeutet die Weltgeschichte nichts. So muß der rechtlose, verknechtete und ausgenutzte Arbeiter nichts anderes im Auge haben, als durch allgemeine Vereinigung zunächst mit seinen Klassengenossen im Lande, dann mit denen der anderen Länder, sich organisiert zusammenzuschließen, um so unerbittlich den großen Klassenkampf siegreich durchzuführen. Die Arbeiterklasse wird dann die Revolution durchführen, die Herrschaft übernehmen, die große sozialistische Weltrepublik errichten.

Den wirtschaftlichen und sozialen Zustand, welchen er heraufführen will, bezeichnet Marx wie folgt: Die sämtlichen Produktionsmittel sollen in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden. Unter Produktionsmitteln wird alles verstanden, womit Güter oder Werte produziert werden können, mögen das nun Bodenschätze oder Ackerböden oder Mietshäuser oder industrielle Betriebe oder Arbeitsmaschinen sein. Die Frage, die uns noch wiederholt beschäftigen soll, ist: Wer ist die „Allgemeinheit", darauf kommt nämlich letzten Endes alles an. Wenn man heute einen noch ehrlich überzeugten Marxisten fragt, was er denn hier unter Allgemeinheit verstände, dann sagt er: Natürlich das deutsche Volk. Die seit dem deutschen Umsturz verflossenen Jahre und vor allem das Beispiel in Sowjetrußland mögen in unseren Tagen freilich auch manchen Marxisten an der Erhabenheit solcher „Allgemeinheit" irre gemacht haben. Aber im vergangenen Jahrhundert war dieser Glaube ganz fest und vertrauensvoll auf die Unfehlbarkeit des Lehrers Karl Marx gestützt. Hier muß wieder auf die jüdische Zugehörigkeit dieses Mannes hingewiesen werden. Marx hatte und anerkannte in der Tat kein Vaterland, er war wirklich — wie nicht lange vor dem Weltkriege ein Jude in einem Gedicht von seinen Volksgenossen schrieb —: „der Wurzellose". So befand er und wollte er, daß auch der deutsche Arbeiter wurzellos werde und wurzellos bleibe.

Alle Probleme erscheinen Marx auf diese Weise nur als ein einfaches großes Rechenexempel. Er sah keine Völker und Nationen mit bestimmten Eigenschaften, die alle voneinander verschieden waren, er sah auch nicht, daß

die Länder mit ihrer so verschiedenen Produktionskraft und ihren andersartigen Klimaten nicht über einen Kamm geschoren werden konnten. Für diesen Juden gab es nur zwei Klassen, die ausbeutende Klasse und die ausgebeutete Klasse. Die letztere hatte gegen die andere den Klassenkampf mit dem Ziel der Revolution zu führen. Ob darüber oder auch durch einen auswärtigen Krieg eine Nation zugrunde ging, das war ganz gleichgültig. Ja, Marx und seine Nachfolger vertraten den Standpunkt, daß ein verlorener auswärtiger Krieg das hoch erwünschte Mittel zur Herbeiführung des entscheidenden großen Kampfes durch Revolution werden könne. Beiläufig: einer der Freunde des im Winter 1918/19 getöteten vorherigen Sozialdemokraten, späteren Kommunisten Karl Liebknecht erzählte öffentlich nachher folgendes: Auf den Einwurf eines Dritten: wenn Liebknecht mit seinen Plänen Erfolg habe, so werde Deutschland zugrunde gehen, antwortete dieser: „Um so besser!“ — Diese Auffassung war durchaus programmäßig marxistisch. Karl Marx dachte nicht anders, ganz abgesehen davon, daß er einen tiefen Haß gegen Deutschland, besonders aber gegen Preußen hatte.

Was Karl Marx und sein engster Mitarbeiter Friedrich Engels eigentlich letzten Endes wollten, darüber ist seit vielen Jahren viel geschrieben worden. Will man offen sein, so ist die Antwort nicht eben rühmlich: weder Marx noch Engels waren irgendwie durch Empörung, Gerechtigkeitsgefühl oder Mitleid oder andere menschlich-sittliche Motive zu ihrer Lehre gekommen oder zu ihren öffentlichen Forderungen getrieben worden. Sie sprachen auch in Briefen mit verächtlichster Kälte von den Arbeitern. So schrieb Engels an Marx: „Lieben wird uns der demokratische rote oder selbst kommunistische Mob doch nie.“ Und ein anderes Mal: „Was ist denn noch an dem Gesindel, wenn es verlernt, sich zu schlagen?“ Mob, also Pöbel! waren diesen beiden intimsten Freunden die Arbeiterschaft. Marx hat seinen Freund ob solcher Ausdrücke niemals getadelt. Sonst sprachen die beiden, deren Namen überhaupt kaum getrennt voneinander genannt werden können, von den Arbeitern nur als den „Straubingern“. Der „Bruder Straubinger“ war um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts eine auch in Studentenliedern bekannte lächerliche ruppige Herumtreiberpersönlichkeit.

Man muß diese Tatsache bedenken, die durch zahllose weitere Beweise zu belegen ist, um zu wissen, daß Karl Marx für die Arbeiterschaft ein menschliches Interesse, ein „Herz“ nie gehabt hat, sondern im Gegenteil die typische tiefe Mißachtung des Intellektuellen. Er und ebenso sein Freund Engels waren ohne alles soziale Gefühl. Wenn wir im Leben von Karl Marx überhaupt nach Gefühl suchen, so finden wir es nur seiner engsten Familie gegenüber. Aber auch da war es ihm gleichgültig, seine Frau und Kinder im tiefsten, von ihm selbst verschuldeten Elend zu sehen. Marx und seine näheren Freunde sind persönlich mit der Arbeiterwelt niemals in Fühlung gewesen.

Niemals zeigt sich in dem vielen, was sie geschrieben und gesprochen haben, auch nur ein Funken von sozialem Empfinden. Dabei waren Karl Marx und Friedrich Engels ganz unbestreitbar Menschen von einer sehr hohen Intelligenz und Denkkraft und, was besonders Marx anbetrifft, von ungemein scharfer Dialektik.

Ohne Zweifel ist Karl Marx eine geschichtliche Gestalt. Wenn wir trotzdem heute fragen, was er gewollt hat, so ist die Fragestellung der Beweis, daß es entweder nicht genügt, ihn den Begründer des neuzeitlichen Sozialismus zu nennen, oder aber, daß sein Wollen auch jetzt, wo wir sein Wirken nach so langer Zeit mit geschichtlicher Leidenschaftslosigkeit zu übersehen versuchen, zu der Frage nötigt: Was hat dieser Mann eigentlich wirklich gewollt? Wir stehen der im nationalsozialistischen Schrifttum und im besonderen vom Verfasser dieser Schrift seit den ersten zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts unaufhörlich herausgestellten Tatsache gegenüber, daß, je größer die Macht des Marxismus in Deutschland wurde, um so gewaltigere Maße nahm auch die Macht des Kapitalismus und um so unfreier und elender immer wurde gleichzeitig die Stellung des Arbeiters bzw. des Arbeitnehmers überhaupt.

Die großen Hauptsätze der Marxschen Theorie, vom Gesichtspunkt seiner Zeit gesehen, sind weltbekannt, sie brauchen nur angedeutet zu werden: Die bürgerliche Revolution muß und wird den überkommenen Feudalismus — von Marx auch gleichgesetzt mit dem Zeitalter des Handwerks — beseitigen. Dann kommt das Bürgertum zur Herrschaft, und das bedeutet gleichzeitig den Kapitalismus und die fortschreitende Ausbeutung der Arbeiterklasse. Der Kapitalismus wird mit logischer Notwendigkeit immer größer und mächtiger werden, die Arbeiterklasse wird immer mehr anschwellen und immer mehr verelenden, ohne daß sie auf lange Zeit hinaus diese Sklaverei brechen könnte. Einmal wird und muß aber der Augenblick kommen, wo die Welle des Kapitalismus so hoch angeschwollen sein wird, daß sie sich überstürzt. Dann ist der Augenblick der proletarischen Revolution gekommen und damit auch der Enteignung der Enteigner (die Expropriation der Expropriateure). Aber wann wird dieser Augenblick gekommen sein? Wir müssen folgendes beachten:

Zunächst, also um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, wollte Marx das feudalistische Regime gestürzt wissen, und zwar durch das Bürgertum. Er sah also den Sieg des Bürgertums und damit des Kapitalismus als notwendig an, wünschte ihn: der Unterdrücker und Aussauger des Arbeiters sollte und mußte so stark, also kapitalsstark werden wie irgend möglich. Und dann? Nun, dann prophezeite Marx dem bürgerlichen Kapitalismus, dem kapitalistischen Bürgertum eine lange, zeitlich unermeßliche Periode des Wachsens, der Blüte und der Macht. Während dieser unermeßbaren

Zeit würde die Ausbeutung der immer mehr anschwellenden Arbeitermassen bis zu deren völligen Verelendung ihren Fortgang nehmen. Wiederholt sei: das wollte Marx nicht allein voraussehen, sondern wünschte auch, daß es so kommen möge. Es war ihm völlig gleichgültig, wie viele Millionen von Arbeitern und wie viele Generationen dieses Elend über sich ergehen zu lassen hätten. Ihm, dem vaterlandslosen und gefühllosen Juden, kam überhaupt der Gedanke nicht, der dem deutschen Schwärmer Weitling nahe lag: ein Monarch oder der Staat werde einmal helfen. Marx wollte gar nicht Hilfe für den Arbeiter.

Über den sozialistischen Zukunftsstaat, der mit dem großen Augenblick der „Enteignung der Enteigner“ eintreten sollte, hat Marx keinerlei näheren Angaben gemacht. Als seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die sozialdemokratische Arbeitnehmerschaft immer mehr zu wissen drängte, wie es denn da aussehen werde, da wurden diesen armen Gläubigen die üppigsten Schilderungen gegeben, und ihr Führer Bebel prophezeite von Jahr zu Jahr: „der große Kladderadatsch“ werde nun demnächst kommen. Aber er kam nicht, und dem gutgläubigen deutschen Arbeiter mit seinem kindlichen Vertrauen blieb nur übrig, weiter an den Pfoten seiner Hoffnung zu saugen.

Ein von einer seiner Überzeugung nach großen Idee erfüllter Mensch, der von dieser seiner Idee behauptet, sie werde Millionen geknechteter Menschen befreien, wird alles Erdenkliche tun, seine ganze Kraft und sein Dasein dafür einsetzen, so schnell wie möglich alles zu tun, um ihr Geltung zu verschaffen, sofern es ihm wirklich um die Sache zu tun ist. Er wird versuchen, zunächst besonders auf alle Mächtigen, auf Monarchen und Regierungen einzuwirken, um sie zu gewinnen. Marx versucht nichts von allem diesen. Er betätigt sich in zwei Richtungen: er schreibt seine Bücher und umfangreiche Abhandlungen über seine Lehre von Kapital und Arbeit und zeigt jenes Endziel des proletarischen Sieges auf dem Wege des Klassenkampfes gegen das kapitalistische Bürgertum. Auf der anderen Seite betätigt er sich publizistisch mit allen Kräften für den Sieg desselben kapitalistischen Bürgertums über das alte feudalistische Regime. Er ebnete also mit vollem Zielbewußtsein und allen Kräften der kapitalistischen Herrschaft in Deutschland den Weg, um dann — wenn diese Herrschaft vollständig und überwältigend da wäre — gegen sie den Proletarier aufzurufen! Wir fragen jeden intelligenten Arbeiter, der diese geschichtlichen Tatsachen liest: Kann so ein Freund des Arbeiters handeln, kann das Ziel eines solchen Mannes wirklich und aufrichtig auf Befreiung und Hebung des Arbeiters gerichtet gewesen sein? Wir ersparen ihm die Antwort!

In neuerer Zeit, mit dem Beginn der großen russischen Revolution, haben wir auch die Persönlichkeit und das Wirken Trotzkis, ebenfalls ein Jude,

gesehen. Trotzki war Marxist, im übrigen nicht in erster Linie Theoretiker. Er hat lange Jahre eine große mitherrschende Rolle in Rußland gespielt. Wenn er dann fiel und verbannt wurde, so war der Grund, abgesehen vom persönlichen Ehrgeiz der Nebenbuhler im Sowjetstaat, daß Trotzki, ein Revolutionär von Natur, den Zustand der Revolution nie beendigt wissen, es nie zu einer Stabilisierung der Zustände kommen lassen wollte. So verschieden die Charaktere auch sonst sind, eines ist ihnen gemeinsam und für beide maßgebend: das Revolutionäre an sich. Während Karl Marx in seinen umfangreichen Werken, in seinen Theorien kein Wort der Begeisterung oder auch nur der Wärme findet, sondern in gleichmäßiger Kälte entwickelt, wie die Dinge seiner Ansicht nach kommen müßten, findet man bei ihm die Leidenschaft fanatischen Hasses, sobald es gegen das bestehende Regime geht. Im Revolutionär und nur da ist der innerlich wahre Marx zu finden. Das ist eine Wesensart, die durch die Jahrtausende hindurch für sehr viele Juden typisch ist: Revolution um der Revolution willen, Umsturz jeder Staatsgewalt, die nicht jüdisch oder von Juden geleitet ist. Anders ist Karl Marx, wenn man zu ermitteln versucht, was er tatsächlich gewesen ist, nicht zu charakterisieren. Wie jedem „geborenen" Revolutionär war Marx im höchsten Maße die Fähigkeit eigen, Revolution zu propagieren, den Willen zum Umsturz zu nähren und zu schüren. Außerdem soll ihm gern zugegeben werden, daß er gewisse Mißstände und gewisse Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit — lange nicht alle, in manchen hat er sich geirrt oder sie bewußt entstellt — richtig erkannt hat.

Wir verstehen vollkommen, daß die Arbeiter in ihrer skizzierten hilflosen und rechtlosen Lage zu höchster Erbitterung angestachelt wurden, wenn Marx ihnen sagte: im Laufe eines halben Tages, also bei dem zwölfstündigen Arbeitstag in sechs Stunden, erarbeite der Arbeiter, was er zum Leben brauche. Der Arbeitgeber zwinge ihn aber, nicht sechs, sondern zwölf Stunden zu arbeiten, und dieses Doppelte, das Arbeitsergebnis der zweimal sechs Stunden, stecke der Kapitalist ein, und dadurch entstehe die Kapitalsanhäufung. Dieses sogenannte (von Lassalle) „eherne Lohngesetz" halte den Lohn des Arbeiters einerseits auf der niedrigsten zur Fristung seines Daseins gerade nötigen Höhe, lasse andererseits dem Arbeitgeber bzw. dem Kapitalisten in sich ständig steigerndem Maße müheloſen Gewinn zufließen. Der Arbeiter habe keine Möglichkeit, sich zu heben, sondern gehe mit Notwendigkeit immer stärkerer Verelendung entgegen, — bis eben jene Revolution kommt, das Bestehende umstürzt und jenen Zukunftsstaat schafft, über dessen Wesen etwas zu sagen, Marx sich hütet.

Es ist auch heute nicht ohne Interesse, daß gerade jene früher so viel besprochene Verelendungstheorie durch die Wirklichkeit im zweiten Kaiserreich vollkommen widerlegt wurde. Als der Reichtum in Deutschland gegen Ende

des Jahrhunderts und nachher bis zum Beginn des Weltkrieges immer mehr anwuchs, waren auch die Arbeitslöhne gewachsen, der Arbeiter stand sich verhältnismäßig sehr gut, zumal die Preise für Lebensbedürfnisse billig waren. Daß im übrigen die Lage und die Stellung der Arbeitnehmerschaft in Deutschland unwürdig, unterdrückt, beinahe rechtlos war, sei hier nur nebenbei bemerkt, an anderer Stelle ist davon ausführlich die Rede.

Die Marxsche Lehre hat in Deutschland bis zum heutigen Tage einen ungeheuren Einfluß ausgeübt. Von den sozialdemokratischen und kommunistischen Führern ist sie als unfehlbar angesehen, jedenfalls ausgerufen worden, obgleich nicht nur in dem einen Punkte der Verelendung, sondern beinahe in allen wichtigen Punkten die lebendige Entwicklung der Dinge und Verhältnisse dem Theoretiker Marx unrecht gegeben hat. Die, man möchte sagen, magnetische Kraft der Anziehung und der Wirkung ganz besonders in Deutschland aber verdankt die Lehre von Marx weniger den dialektisch-scharfen Begriffsbestimmungen und formal-logischen Ableitungen, sondern ihrem Geist im ganzen in dem geschlossenen Ganzen, das sie darstellt. Es wurde schon darauf hingedeutet, daß für Marx die ganze Geschichte der Menschen und Völker nur aus wirtschaftlich-sozialen Klassenkämpfen bestehe. Diese Auffassung erweitert Marx zur Weltanschauung. Seine „materialistische Geschichtsauffassung“ bedeutet zugleich eine lückenlos materialistische Weltanschauung. Ganz kurz skizziert würde sie folgendermaßen aussehen:

Die Religion der Menschen ging ursprünglich aus der Furcht vor den für sie unerklärlichen Naturgewalten hervor. Später lernte man diese Gewalten erkennen und teilweise meistern. Seitdem entsprang die Religion der Furcht vor menschlichen Gewalten der Unterdrückung und Aussaugung, denen die Unterdrückten machtlos und wehrlos gegenüberstanden. Die Priesterschaften, die Herrscher mit ihnen im Bunde, hielten den unterdrückten Volksmassen gegenüber Religionen und Gottesdienste mit allen Mitteln aufrecht, weil sie durch sie und nur durch sie weiter herrschen, unterdrücken und aussaugen konnten. So mithin bilden die Religionen, nach Marx, nichts anderes als das Spiegelbild der jeweiligen sozialen Mißverhältnisse. Verschwinden diese Mißverhältnisse durch den Sieg der endlichen sozialen Revolution, wie Marx ihn sicher in Aussicht stellt, so verschwindet damit auch ganz von selbst alle Religion. In dem Marxschen Weltbilde und in seinem Denken überhaupt ist also kein Platz für irgend etwas Göttliches noch Religiöses schlechthin. Alles ist materiell und alles wird rein materialistisch gesehen. Nur was der Mensch mit seinen Sinnen direkt und indirekt wahrnehmen kann, existiert, sonst gibt es nichts. Hierauf steht das ganze Gebäude der Marxschen Lehre in ihren großen, umfassenden Zügen bis in die letzten Einzelheiten. Es gibt einen weisen Vers von Goethe: „Wie einer ist, so ist sein Gott, und so ward Gott schon oft zum Spott.“ Marx war eiskalter Verstandesmensch, ohne religiöses

Empfinden. Er begriff nicht, was Religion überhaupt bedeute und führte sie mit einer merkwürdigen Flachheit des Geistes auf jene äußerlichen Umstände zurück. Und er beging den ungeheuren Fehler, die Millionen religionsbedürftiger Menschen, ihre Empfindungen und Handlungen nach sich selbst einzuschätzen. Wie er das wirtschaftliche und politische Leben in seine Denkart und deren Formen — sicher unbewußt — hineinzwingen zu können glaubte und deswegen auch dachte und überzeugt war, die lange Reihe der kommenden Jahrzehnte werde sich gemäß seinen logischen und dialektischen Schlußfolgerungen abspielen, so mechanisch glaubt er auch die Menschen auf lange Sicht hinaus „kalkulieren“ zu können. Allerdings, als er und seine Schüler und Nachfolger dem Arbeiter immer wieder einschärften: Religion ist Opium für das Volk — dieses Wort stammt von Karl Marx, nicht von Lenin —, Religion ist nur ein Trug, um euch auszunutzen und vorher dumm zu machen! da wußte er genau, daß er gewaltige Wirkung erzielen würde. Die Religion in Deutschland befand sich damals schon seit längerer Zeit im Zustande der Verflachung, die Kirchen zeigten sich unfähig zur Vertiefung, auch vermochten sie nicht mehr, die religiöse Quelle im deutschen Gemüt zum Fließen zu bringen. Jene unterdrückten Arbeiterschichten hatten sich gefragt, wie denn Gott solche Ungerechtigkeit und solches Elend dulden könne. Sie wußten nicht, daß das göttliche Wesen sich nicht derart in irdische Dinge mischt und doch vorhanden ist, und daß man es nicht außerhalb, sondern in sich selbst suchen soll. Dazu kam, daß die Kirche — jedenfalls die evangelische — ein Werkzeug des Staates, der christlichen Obrigkeit, war. Sie beschränkte sich in der Hauptsache darauf, dem Arbeiter Gehorsam gegen diesen reaktionären Staat zu predigen, der die Unterdrückung der Arbeiterschaft wollte, jedenfalls duldete, nichts dagegen tat. Man kann sich denken, wie die materialistische Lehre von Marx und seine Behauptung, Religion sei überhaupt nur eine Spiegelung sozialer Not, in diese Erbitterung wie auf einen fruchtbaren und aufgelockerten Boden fiel. Es konnte kaum etwas anderes geben, was geeignet gewesen wäre, den Haß und die Wut gegen das herrschende System zu stärken und immer höher zu entflammen, immer tiefer zur Auffassung zu gelangen, wie abgründig gerade eine solche Ruchlosigkeit sei: sich der Religion als Deckmantel zu bedienen, um die besitzlosen Arbeitenden auszubeuten und in ihrer Sklavenstellung zu halten.

Diese marxistische Propaganda hatte um so leichteres Spiel, als tatsächlich der damalige Staat, vielfach gewiß in beschränktem guten Glauben und ohne die Kenntnis, die er von den Verhältnissen im Volke und von dessen Seele pflichtmäßig hätte haben müssen, auch vom christlich-religiösen Standpunkt die Auffassung vertrat, daß nicht allein der König von Gottes Gnaden sei, sondern die Obrigkeit überhaupt „von Gott gesetzt“ sei. Und nicht nur das, sondern daß auch jeder „in seinem Stande“ zu bleiben habe, weil er von Gott

in diesen hineingeboren oder hinein„gesetzt" worden sei. Noch heute kann man solche Ansichten aussprechen hören. Und das Schlimmste war dabei, daß die damals herrschenden Stände und die Fürsten, die sagten, jeder habe in seinem gottgewollten Stande und in seiner Abhängigkeit zu verbleiben, jeder müsse von Gottes wegen der christlichen Obrigkeit untertan sein, — daß gerade diese Schichten und Persönlichkeiten wenn s i e in ihrem Stande blieben, damit in der Herrschaft und auf der Sonnenseite des Lebens blieben, die anderen in Dunkelheit und Kälte. So lag in derartigen Forderungen eine Heuchelei, wie sie widerwärtiger kaum gedacht werden konnte; wie gesagt, begegnen wir solchen Erscheinungen sogar heute noch. Es liegt auf der Hand, daß mit dieser Steigerung des Hasses die auf Umsturz des Bestehenden gerichtete Bewegung gewaltig genährt und vergiftet werden mußte. Von Generation zu Generation bemächtigte sich der Handarbeiterschaft die materialistische Geschichtsauffassung Marx', die schon allein genügt hätte, eine tiefe Kluft zu schaffen. Jahrzehnte nach Marx sagte der bereits erwähnte sozialdemokratische Führer Bebel: Sozialdemokratie und Religion vertragen sich wie Feuer und Wasser. Das war die Wahrheit von der Sozialdemokratie aus gesehen. Die Partei aber fand in der Folge, daß man nicht mehr so offen reden dürfe, das sei taktisch unklug, und dann wurde jene berüchtigte und unwahre Parole von der SPD. ausgegeben: Religion ist Privatsache!

Die Schuld an dieser Abkehr des Großteils der Arbeiterbevölkerung nicht nur von der Kirche, die ja damals die Staatskirche war, sondern von der Religion überhaupt, die Zuwendung zum Materialismus der Weltanschauung, — diese Schuld liegt auf beiden Seiten, bei der herrschenden Schicht und bei den Führern der Arbeiterschaft und ihren ersten Lehrern, Marx und Engels. Diese Wendung und Spaltung sind besonders deshalb so unheilvoll in jedem Sinne gewesen und geworden, weil der Deutsche mit verschwindenden Ausnahmen religiös veranlagt ist, religiöses Bedürfnis hat und ohne dessen Befriedigung innerlich zerrissen, verbittert und unglücklich wird. In dieser Verbitterung steigert er sich leicht in das Gegenteil seines eignen Bedürfnisses hinein und überträgt diesen Haß auch in alle anderen Lebensverhältnisse. Bei manchen anderen Völkern ist derartiges nicht anzutreffen. Wer aber das deutsche Volk, den deutschen Menschen in seinem Wesen und in seinen Handlungen verstehen will, der darf gerade diesen Umstand nicht außer acht lassen. Schon die alte religiöse Spaltung in Deutschland bleibt tief beklagenswert und wirkt unausgesetzt verderblich, nicht nur politisch, sondern auch religiös und verhindert die unserem Volk so brennend notwendige innere Einigkeit und Einheit. Noch schlimmer ist es, daß sich im Laufe des vergangenen halben Jahrhunderts ein großer Teil der vielen Millionen Arbeiterbevölkerung überhaupt von aller Religion und religösen Auffassung getrennt hat. Dabei ist, wie wir sahen, die materialistische, also

gottlose Lehre von Marx nicht eine Lehre an sich, sondern bildet die tatsächliche Grundlage seines ganzen sozialwirtschaftlichen Lehrgebäudes.

Die Marxsche Lehre bewirkte noch nach einer anderen Richtung hin eine tiefe Entfremdung der Arbeiterbevölkerung der Gesamtheit des deutschen Volkes und dem Vaterlande gegenüber: das war jener von Marx gepredigte vollständige kompromißlose Internationalismus „Proletarier aller Länder vereinigt euch“. Was war das Endziel dieser Formel? Da ihr Arbeiter im Staate, dem ihr angehört, nichts zu verlieren habt als eure Ketten, so müßt ihr trachten, euch dieser Ketten zu entledigen. Allein seid ihr nicht stark genug dazu. Deshalb blickt über die Grenzen hinüber und seht, wie in den anderen Industrieländern die arbeitende Klasse genau so unterdrückt wird wie ihr, dieselbe Not leidet wir ihr, sich in der gleichen hoffnungslosen Lage befindet wie ihr. Ihr müßt euch mit allen diesen euren ausländischen Klassengenossen vereinigen, dann werdet ihr das Joch abschütteln und eure Unterdrücker vernichten können; vereinte Kräfte erreichen, was der Kraft des Einzelnen unmöglich ist! Aber das ist nicht alles:

Diese von Marx und dem späteren Marxismus geforderte und gepriesene internationale Solidarität der Arbeiter*klasse* geht in ihrem Ziel viel weiter. Die international vereinigte Arbeiterklasse soll über die Grenzen der Staaten und Nationen einen so festen Block bilden, daß durch ihn die Staaten selbst aufgelöst, ihre Grenzen zum Verschwinden gebracht werden und die Völker sich wahllos untereinander vermischen. Die Begriffe und die Wirklichkeiten: Staat, Nation, Volk sollen in dieser vollkommen durchgeführten Internationalität zu bestehen aufhören, mit dem vorgespiegelten unmöglichen Ziel einer Weltherrschaft der Arbeiterklasse, die keine Nationen und Völker mehr kennt. Zur Anbahnung dieses marxistischen Idealzustandes wurde die „Erste Internationale“ gegründet. Ihr folgte später die Zweite, die sozialdemokratische Internationale, die heute noch formal vorhanden ist, und der russischen Revolution nach dem Kriege folgte die Dritte Internationale mit dem Sitz in Petersburg, jetzt Leningrad.

Bis zur Erreichung des Zieles sollte die Internationale vorbereiten und wählen. Mit dem „großen Kladderadatsch“ würde die Internationale die Regierung bzw. die einzige und oberste Behörde und Leitung der internationalen Arbeiter-Weltrepublik zu bilden haben, als ein Ausschuß des in der internationalen Republik zusammengefaßten Gesamtproletariats. Dieses Nachher zeigt allerdings Zukunftsbilder, die jedoch erst von Nachfolgern Marx' angestrebt und ausgemalt wurden. Er selbst hat sich sogar nicht einmal gedanklich mit der Zukunft beschäftigt, wie der spätere Zustand nach dem Siege der proletarischen Revolution aussehen werde oder auszusehen habe. Er war auch in diesem Punkte nur negativ, nur revolutionär, unfähig, ohne den Willen, Positives zu schaffen, aufzubauen.

Die Lehre von der Internationalität, von der großen Rettung und Befreiung durch die „internationale Solidarität und Organisation des Proletariats“, mußte besonders auf den Deutschen mit seinem schwach entwickelten nationalen Gefühl und seinem Schwärmen für alles Fernliegende und für große allgemeine Redensarten, wie Menschheit, Brüderlichkeit, Gemeinsamkeit und Versöhnung der Völker, sie mußte auf den politisch ganz ungeschulten deutschen Arbeiter, der solchen Fragen wie ein Kind gegenüberstand, tiefen und hinreißenden Eindruck machen. Eine wirkliche Nation waren die Deutschen noch nicht gewesen. In den verschiedenen deutschen Staaten sahen die Arbeiter keine Möglichkeit zur Befreiung aus ihrer Lage. Nun wiesen ihnen Marx, und nach ihm seine Nachtreter, die Marxisten, den internationalistischen Weg, und der ahnungslose deutsche Arbeiter dachte und glaubte ohne weiteres, daß das Ausland, — was stellte man sich doch alles für herrliche Dinge unter diesem Wort vor! — sicher die Rettung bringen werde. Das sah so furchtbar einfach und schön aus. Wie leicht und selbstverständlich wurde auf diese Weise das Zusammenleben der Völker! Sie hatten ja dann alle genau dieselben Interessen, überall regierte die Arbeiterklasse, und die Internationale würde mit Weisheit, Gerechtigkeit und Uneigennützigkeit das Ganze verwalten und regieren, Kriege waren ausgeschlossen, Steuern brauchten kaum bezahlt zu werden, dazu kam sehr wenig Arbeit bei hoher Lebenshaltung, also was konnte man noch mehr wünschen?

Wenn wir sagen, daß ein halbes Jahrhundert lang ungezählte Millionen von Arbeitern so gedacht oder geträumt haben, so ist das keine Übertreibung. Und zu solchen Träumen kam die so schwache Entwicklung des nationalen Gefühls: Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten, komme, was kommen mag. Wiederum sei betont, daß hieran die Fürsten und Herrscherschichten der letzten Jahrhunderte ein großes Maß an Schuld trugen. Für den Juden Marx war der Internationalismus etwas Natürliches. Marx und seine späteren Verkünder waren darüber hinaus bestrebt, die Arbeiterschaft mit Haß gegen alles Nationale zu erfüllen.

Die Marxisten rühmen Karl Marx noch heute nach, er sei der erste gewesen, der den Arbeitern begreiflich gemacht habe, daß sie ihre Lage nur durch organisierten politischen Kampf bessern könnten. Darin liegt gewiß Wahrheit enthalten. Marx wollte diesen Kampf aber rücksichtslos gegen eignes Volk und Reich geführt wissen, ja, beide sollten vernichtet werden. Politischer Kampf war nötig, aber er hätte auf dem Boden der Nation sich abspielen müssen. Dann hätte niemals jene verhängnisvolle Trennung des Arbeiters vom Gesamtvolk stattfinden können. Man mag hier einwenden, daß ja der Staat den Arbeitern gegenüber seine Pflicht so gar nicht getan habe. Nein, das hat der Staat nicht getan. Um so mehr müssen gerade wir in unseren Tagen, da sich die Auswirkungen so furchtbar und verhängnis-

voll gezeigt haben, beklagen und verurteilen, daß der internationalistische jüdische Zersetzungsgeist des Karl Marx das deutsche Schicksal in wesentlichster, vielfach entscheidender Weise beeinflussen konnte.

Die Arbeiterschaften der anderen Nationen, insonderheit Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens, kämpften und kämpfen auch für ihre Interessen. Aber sie vergaßen niemals darüber, daß sie ihrer Nation angehörten. In Frankreich und England ist es niemals vorgekommen, daß die Arbeiterparteien in den Parlamenten die Forderungen der Regierung für die Wehrkraft abgelehnt hätten. In Deutschland hat die Sozialdemokratische Partei niemals eine Forderung für die Wehrkraft angenommen, sondern stets verweigert mit der Begründung: diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Stellen wir uns vor, es hätte sich damals, etwa um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, nicht ein Jude, sondern ein Deutscher gefunden, der die Sache der deutschen Arbeiterschaft in die Hand nahm, oder ein anderer wäre fähig gewesen, vom Interessenstandpunkt des Arbeiters eine Theorie aufzustellen, so würde sich das deutsche Schicksal im ganzen und nicht minder das des Arbeiters ungleich glücklicher entwickelt haben. Man muß es geradezu als ein Verhängnis bezeichnen, daß der intellektuelle Jude Marx mit seinem bedeutenden, aber nur negierenden Geiste so zum Schicksal des deutschen Arbeiters geworden ist. Es ist ein dunkler Punkt in der Geschichte der Deutschen, daß der Jude dieses Schicksal werden k o n n t e. Und wie bemerkenswert: auf der anderen Seite sehen wir, daß es ebenfalls ein Jude namens Stahl war, welcher der entgegengesetzten Partei, der feudalistischen — damals und heute noch die konservative genannt — Grundsätze und Programm gegeben hat. Auch diese Partei ist zu einem deutschen Verhängnis geworden.

Marxistentum, Gewerkschaft und Staat

Es waren zunächst verschiedene Linien, auf denen sich die Arbeitergruppen bewegten, bevor sie sich zur Sozialdemokratischen Partei politisch vereinten. Wir brauchen aber diese Entwicklungen nicht im einzelnen zu verfolgen. Viel wichtiger ist, daß sich schon bald Ansätze zu reinen berechtigten Interessenvertretungen bildeten. Aus ihnen sind später die Gewerkschaften geworden. Bemerkenswerterweise handelte es sich ursprünglich um Arbeiterbildungsvereine. Das ist wieder einmal echt deutsch, und es hat etwas Rührendes, wie diese unterdrückten und gequälten Arbeiter zunächst an die Vervoll-

kommnung ihrer Bildung dachten und danach trachteten, sich auf diese Weise fähig zum Aufsteigen zu machen. Später bildeten sich dann die Gewerkschaften als reine Interessenvertretungen heraus. Noch in den neunziger Jahren strebten sie danach, diese Vertretung des Arbeiterinteresses ohne politische Beimischung, ohne Parteipolitik, durchzuführen. Es konnte keinen Anspruch der Arbeiter geben, der besser gerechtfertigt gewesen wäre: die organisierte Vertretung des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber. Stellen wir uns das Verhältnis noch einmal vor: der Arbeitgeber, der Herr des Betriebes, war in jedem Augenblick der Herr der Existenz der bei ihm beschäftigten Arbeiter und damit auch ihrer Familien. Der einzelne Arbeitnehmer hatte kein Mittel, keinerlei Schutz dagegen, er war im Sinne des Wortes „preisgegeben", der „Brotherr" — kann es eine Bezeichnung geben, die krasser die ganze Unwürdigkeit und Ungerechtigkeit der Verhältnisse zum Ausdruck brächte? — konnte dem Arbeiter täglich, tatsächlich „über Nacht", sein Brot nehmen. Dieser furchtbare Druck schwebte ständig über dem Arbeitnehmer und machte ihn den Forderungen des Arbeitgebers gegenüber willfährig, ob dieser nun den Lohn senkte oder die Arbeitszeit verlängerte. Also der einzelne war wehrlos und schutzlos.

Die Gewerkschaft bedeutete den organisierten Zusammenschluß der Arbeitnehmer. Es war etwas ganz anderes, wenn sie dem Arbeitgeber gegenübertrat, als wenn der einzelne Arbeitnehmer es versucht hätte, der dem Arbeitgeber eben nicht „gegenübertreten" konnte. Hier stand die Gewerkschaft für jeden einzelnen. Darin lag der ungeheure Fortschritt, und wir wollen gleich bemerken, daß die Gewerkschaft von Marx weder gedacht noch gewollt worden war. Bei der Schärfe seines Verstandes wäre es unverständlich, daß er nicht auf Organisierung der Interessenvertretung der Arbeiter gekommen sei. Gerade er, der er sein Leben lang das Gebiet von Kapital und Arbeit theoretisch bis in alle Einzelheiten hinein durchdachte und den Ergebnissen seines Denkens Ausdruck und politische Richtung in der Öffentlichkeit gab, hätte finden und bedenken müssen, daß die Arbeiterschaft auf diese Weise wenigstens *ein* Mittel des Widerstandes und Schutzes gegenüber dem Arbeitgebertum halten konnte und mußte, aber er hat in der Tat nicht daran gedacht oder aber, das ist bei Marx wahrscheinlicher: *er hat eine solche Vertretung der Arbeiter nicht gewollt.* Der Leser wird hier vielleicht den Einwurf machen: das sei doch wohl eine unerhörte tendenziöse Unterstellung, daß dieser Mann so wenig sozialen Sinn besessen habe, und wo könne denn die Ursache für ein solches unglaubliches Verhalten liegen? Die Antwort ist einfach genug: Marx hat vorausgesehen, daß Gewerkschaften in der positiven organisierten Arbeit für ihre Interessen, also Lohnfragen, Arbeitszeitfragen, Streikfragen usw., das revolutionäre Ziel zu sehr aus dem Auge verlieren würden, ja, daß sie überhaupt aufhören würden,

revolutionär zu sein, daß sie größeren Wert darauf legen würden, ihr Dasein von Stufe zu Stufe im täglichen Kampf zu heben, als auf den „großen Kladderadatsch“ zu warten, den Marx und seine Jünger für den Tag verkündet hatten, an dem auf der einen Seite die kapitalistische Welle sich überköpfen, auf der anderen die Verelendung des Arbeiters nach Ausdehnung und Härte einen unerträglichen Grad erreicht haben würde. Wann kam dieser Augenblick? Das konnte dem Arbeiter niemand sagen. Es ist nur zu verständlich, daß die Arbeiter und auch ein großer Teil ihrer Führer so tief in der Kritiklosigkeit ihrer Bewunderung und Hinnahme des Marxevangeliums befangen waren, daß sie an dem Marxschen Hauptsatz von der Verelendung keinen Anstoß genommen hätten, der Verelendung, die immer stärker werden würde und die auch kommen müsse und solle, um die schließliche Enteignung der Enteigner endlich herbeizuführen. Also: ihr Arbeiter *sollt* verelenden! Wie lange das dauern wird, das können wir euch nicht sagen. Es kann ungezählte Jahrzehnte dauern, eure Söhne und Enkel werden immer tiefer ins Elend kommen, hungern und darben, aber das muß so sein, damit — die Berechnungen von Karl Marx sich erfüllen, und damit die Revolution, die er wollte, nicht um euretwillen, sondern um der Revolution willen, Tatsache werden kann. Bedenken wir diese Zusammenhänge, so erscheint in der Tat der „Sozialist“ Karl Marx in einem sonderbaren und höchst abstoßenden Lichte.

Aber der Gedanke gewerkschaftlichen Zusammenschlusses war so naheliegend und mußte sich den denkenden Arbeitern unaufhörlich derart aufdrängen, daß er sich durch die „reinen“ Marxisten nicht unterdrücken ließ. Und nun zeigte sich das folgende: in der Sozialdemokratischen Partei traten immer ausgesprochener zwei Strömungen hervor: die eine, wir können sie die gewerkschaftliche nennen, wollte in erster Linie Vereinigung aller Kräfte zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen und damit Aufsteigen der Arbeiterschaft zu einem wirklichen gleichberechtigten Berufsstande. Die Führer dieser Strömung, Männer der Arbeit und der Ordnung und gesunden, auf das Positive gerichteten Blicks, begriffen auch, daß die berechtigten Ziele der Arbeiterschaft sicherlich am besten gefördert werden würden durch positive Zusammenarbeit mit dem Staat. Sie wollten also nicht als Hauptteil Revolution, sondern Zusammenarbeit. Sie betrachteten den Staat nicht von vornherein als den zu vernichtenden Feind, sondern als die Stelle, die berufen und verpflichtet ist, dem Arbeiter den erforderlichen wirtschaftlichen und sozialem Schutz und sein Recht als Deutschem zukommen zu lassen. Hätte diese Strömung sich durchgesetzt, so würde mit der Zeit in Deutschland sehr vieles anders haben kommen können. Es hat aber nicht sein sollen, und zwar aus zwei Hauptgründen:

Wir sagten, daß diese gewerkschaftliche Richtung *eine* Strömung inner-

halb der Sozialdemokratie gebildet habe. Die andere bestand nicht oder beinah nicht aus wirklichen Arbeitervertretern, sondern aus marxistischen, zum größten Teil jüdischen Politikern. Als ihr Ziel betrachteten sie die Herbeiführung der von Marx verkündeten und „vorausberechneten" Revolution, nach der sich dann „alles, alles wenden" sollte. Das waren Berufspolitiker, denen im Grunde mit wenigen Ausnahmen das Wohl und Wehe des Arbeiters ganz gleichgültig war. Aber sie b r a u c h t e n die Arbeiterschaft für sich als „Masse", die sie in die Parlamente wählte, ihre Presse las und damit existenzfähig machte, ihnen zu Straßenkundgebungen diente. Es war ein großes folgenschweres Unglück, daß diese rein revolutionären Nurpolitiker die Führung in der Sozialdemokratie — eine selbständige kommunistische Partei gab es ja damals noch nicht, sie war in der SPD. enthalten — an sich reißen konnten. Fragt man, warum das so wurde, so ist die Antwort: diese jüdischen Politiker und Literaten und ihre Gefolgsleute waren gewandte Dialektiker und Demagogen, überhaupt mit der Zunge und mit Intrigen den aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Gewerkschaften überlegen. Sie gewannen auch die Masse für sich durch ihre Reden und lügenhaften Versprechungen. Die Gewerkschaftsvertreter versuchten verschiedentlich, sich innerhalb der Partei durchzusetzen, es gelang ihnen nicht. Es konnte sich ereignen, daß die jüdische Führerin Rosa Luxemburg offen erklärte: die Gewerkschaft, die Arbeiter überhaupt, hätten der Sozialdemokratie nur als Mittel zum politisch-revolutionären Ziel und Zweck zu dienen.

Die politische Führung ist bis heute bei den politischen, jüdischen und jüdisch geleiteten Marxisten geblieben. Auf ihrem Siege gründet sich neben anderem auch der Internationalismus der sozialdemokratischen und ihrer spätgeborenen Tochter, der Kommunistischen Partei. Sie waren tatsächlich Internationalisten, und es blieb ihnen recht gleichgültig, was etwa aus dem Deutschen Reich werden könne, vollends, ob die deutsche Wirtschaft gediehe oder nicht. Man konnte im Gegenteil sagen, daß die Sozialdemokratie mit Konsequenz und Zielbewußtsein ihre Politik auf Verödung und Auszehrung der deutschen Wirtschaft abstellte, denn es mußte und sollte ja doch vorwärtsgehen mit der Verelendung. Aber das war es nicht allein, sondern die Juden der Partei, ihrer Natur gemäß von Grund aus international, strebten vorsichtig, aber mit allen Kräften die Internationalisierung Deutschlands und seiner Arbeiterschaft im Marxschen Sinne an.

Sachlich gesehen bestand schon damit ein schroffer, unvereinbarer Gegensatz gegenüber den Gewerkschaftsführern und dem Interesse des deutschen Arbeiters überhaupt. Je besser es dem Deutschen Reich im ganzen ging, desto besser ging es, wie bereits erwähnt wurde, auch dem deutschen Arbeiter in seiner ganzen Lebenshaltung. Wenn die politischen Führer der Sozialdemokratie dauernd bestrebt waren aus internationalistischem und kapitalistischem

Interesse — um nur ein Beispiel zu wählen —, der ausländischen Einfuhr in Deutschland die Wege auf Kosten der deutschen Landwirtschaft und Industrie zu ebnen, so richtete sich eine solche Politik natürlich ohne weiteres auch gegen das Lebensinteresse des deutschen Arbeiters. Wenn die marxistischen Führer fortgesetzt schrien und schrieben: Nieder mit dem Kapitalismus, nieder, nieder, nieder! und dabei jede irgendwie antikapitalistische Maßnahme, sogar Gesetzentwürfe gegen die gröbsten Auswüchse des Börsenwuchers ablehnten, so arbeiteten sie auch damit direkt wie indirekt gegen das wirtschaftliche und soziale Interesse und für die Verschärfung des Sklaventums der Arbeiterschaft.

Die wirklichen Vertreter der Arbeit, die Führer der Gewerkschaften, aber hatten begriffen, daß der Internationalismus in jeder Beziehung der Feind war, und daß der deutsche Arbeiter als Glied zum deutschen Volk und in eine deutsche Wirtschaft und schließlich auch in den deutschen Staat gleichberechtigt gehörte. Sie versuchten, die Konsequenz zu ziehen und — der Staat stieß sie zurück. Das wirkliche deutsche Arbeitertum — diesen Namen verdanken wir August Winnig — verlangte Eingliederung in den Staats- und Volksorganismus auf nationaler Grundlage, und der Staat trieb die Gewerkschaft mit Fußtritten in das Lager der internationalen Sozialdemokratie.

Dieser heute ja schon lange geschichtlich gewordene Vorgang bedeutet eine tiefe und bittere Tragik, nicht allein für das deutsche Arbeitertum, sondern für das deutsche Volk schlechthin. Wie war das möglich?

Deutschland war Arbeitgeberstaat geworden. Nach dem Kriege von 1870/71 hielt es Bismarck, und gewiß mit Recht, für notwendig, die deutsche Industrie auf jede Weise zu beleben und zu fördern. Seine Bemühungen hatten großen Erfolg: die Industrie begann gewaltig emporzuwachsen, die Zahl der Arbeiter, die sie in die Betriebe einstellte, wurde immer größer. Die Ausfuhr deutscher Industrieprodukte brachte Geld in das bisher noch immer arme Land, nachdem in den siebziger Jahren die wenigen Milliarden der französischen Kriegsentschädigung im schon damals großen und tiefen jüdischen Sumpf versunken waren.

Die großen Arbeitgeber, die Führer der Industrie leisteten in der Tat auf ihren Gebieten organisatorisch wie technisch mit Unternehmungsgeist ganz Außerordentliches. Diese in der ganzen Welt bewunderte Leistung wird an sich immer höchste Anerkennung verdienen. Die meisten solcher hervorragenden Persönlichkeiten hatten sich durch ihre Fähigkeiten, durch Fleiß und Unternehmungsmut emporgearbeitet und standen, zunächst jedenfalls, ganz auf sich selbst. Darüber hinaus waren sie Faktoren, die für den Staat von höchster Bedeutung und ihm brennend notwendig waren, weil sie Werte schufen, der Wirtschaft und dem Staat und dem gesamten Volksleben Geld

zuführten. Das Selbstgefühl dieser mächtigen Betriebsherren war entsprechend groß, und man konnte es ihnen an und für sich sicher nicht übelnehmen. Dem gesellte sich ein sich immer stärker ausprägendes Herrenbewußtsein zu. Er war der Herr über Tausende und Zehntausende von Arbeitern und Angestellten, Herr auf seinem Boden und in seinem Betriebe, und er forderte es als sein Recht, so Herr „im eigenen Hause" zu sein.

In dieser Auffassung lag — und liegt — von vornherein das Unrecht und der Konflikt. Die alten Fragen, die Rechtsfrage des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nahmen notwendigerweise immer größere Maßstäbe an, je mehr die industriellen Betriebe an Anzahl und an Größe zunahmen und je mehr die Zahl der Arbeiter und Angestellten wuchs: die alten Fragen des Arbeitslohns, der Arbeitszeit, des Rechtes der Arbeitnehmer, die Arbeit einzustellen (zu streiken), der Entlassung usw. Die Arbeitgeber vertraten den Standpunkt, dieses seien Fragen, die sie ganz allein zu erledigen hätten, die niemanden etwas angingen, denn das würde ja noch schöner sein, wenn sie, die Industrieherren und Arbeitgeber, nicht einmal mehr Herren im eigenen Hause sein dürften. Es falle ihnen nicht ein, sich dieses Recht nehmen oder auch nur bestreiten zu lassen. So übten sie dieses vermeintliche Recht: setzten die Arbeitsdauer fest, wie sie wollten, entließen Arbeiter, wie es ihnen paßte, und setzten die Löhne an, wie es ihnen beliebte. Wem das nicht paßte, der konnte gehen. Wenn aber Arbeiter die Arbeit niederlegten, etwa um Lohnforderungen zu erzwingen, dann rief der Betriebsherr nach Polizei, Staat und Gericht, dann — war es ein Verbrechen an der Arbeit, an der Wirtschaft, am Vaterlande!

Der Staat stellte sich auf den Standpunkt schärfster Mißbilligung des Streiks an sich und ging gegen jede Verhinderung eines Streikbrechertums mit größter Härte und Strenge vor. Gearbeitet müsse werden, jemanden am Arbeiten zu hindern, sei strafbar. Seinerseits vertrat der Arbeitnehmer die ihm naheliegende und richtige Auffassung: der Streik bilde die einzige Möglichkeit, Forderungen an den Arbeitgeber mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg zu vertreten, erfolgreiches Streikbrechertum mache dieses Mittel wirkungslos.

Entstanden bei Streiks Straßenunruhen, Konflikte mit der Polizei, so wurden gegen die Streikenden härteste, grausamste Strafen verhängt. Es war kein Wunder, daß so die Erbitterung in der Arbeiterschaft auf das höchste stieg. Auf der anderen Seite unterließ auch der Staat bzw. das Reich alle autoritative Einwirkung auf das Arbeitgebertum bzw. Unternehmertum. Er stand durchaus auf der Seite des Arbeitgebertums, grundsätzlich wie im Einzelfall. Und der Reichstag? die Volksvertretung?

Die Mittelparteien waren ausgesprochene Industrieparteien, die Linken, die nach dem Umsturz als Demokraten bezeichnet wurden, repräsentierten

den Handel und das Bankwesen, die Rechte in ihren verschiedenen Schattierungen stand ebenfalls unbedingt auf der Seite des Arbeitgebertums und betonte vor allem die Heiligkeit und Unbedingtheit der Staatsautorität. Keine dieser Parteien dachte auch nur daran, die Frage, die sich hier aufwarf, in ihrer die ganze Nation umfassenden Größe zu erkennen. Man sah mit Entrüstung die „Auflehnung der unteren Klassen", fand ihre Forderungen unberechtigt und sah alles dieses zusammen nur unter dem Gesichtspunkt: Sozialdemokratie, internationalistische Umsturzpartei, Todfeindin der bestehenden Ordnung, des nationalen Gedankens, des Heeres, der Monarchie, kurz aller derjenigen Institutionen, durch die das Reich geworden war und allein gesichert wurde.

Betrachtete man die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht, so trafen alle diese Bezeichnungen zu. Das waren, wie wir gesehen haben, tatsächlich ihre Ziele. Aber trotzdem sah man in dieser Weise nur die Oberfläche, jedenfalls nicht das Ganze. In den neunziger Jahren lagen die Dinge so, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Staat es in der Hand gehabt hätte, mit den Gewerkschaften zu einer Verständigung zu gelangen und dadurch die sozialdemokratische Partei zu spalten, oder durch den dann mächtig gewordenen Druck der Gewerkschaften in ein anderes Fahrwasser zu leiten. Es gab einzelne Persönlichkeiten, die wenigstens ahnten, daß die Frage der Sozialdemokratie bzw. des Marxismus einmal eine schlimme Wendung nehmen werde, wenn nicht der Staat sich ihrer gründlich annehme. Der Kaiser nahm die Dinge leicht, wechselte auch in seinen Anschauungen. Von ihm stammt die Äußerung: mit der Sozialdemokratie werde er allein fertig, sie sei eine Frage von nur ephemerer Bedeutung. Diese Sozialdemokratie war es, welche die Throne im Herbst 1918 mit leichter Mühe beseitigte.

Wir erinnern uns noch sehr wohl der lauten Entrüstung der rechts gerichteten Presse, als ein süddeutscher Minister in einer Rede sagte, es sei Aufgabe des Staates, die sozialdemokratische Bewegung in das Ganze der Nation einzugliedern. Es gab auch Parteien und Einzelpersönlichkeiten, die versuchten, den sozialen Punkt in den Vordergrund zu stellen, wie der früher konservative Hofprediger Stöcker, wie Friedrich Naumann, wie Theodor Fritsch, Liebermann von Sonnenberg, Raab und wie sie alle hießen. Keinem von ihnen gelang es, irgendwelche wesentlichen Teile der Arbeiterwelt für sich zu gewinnen. Die gesamten damaligen Verhältnisse im Deutschen Reiche lagen auch für solche Versuche denkbar ungünstig.

Bei sämtlichen Parteien, welche die damals übliche Bezeichnung der staatserhaltenden für sich in Anspruch nahmen, galt ein Eintreten für die Forderungen und Wünsche der Arbeiter als „unmöglich", als ein Skandal, als ein Eintreten gegen die Monarchie, gegen „Thron und Altar". Das mußten nicht wenige erfahren, die mit heißem Herzen versuchten, unbefangen

die soziale Frage zu erkennen und für ihre Lösung zu wirken. Waren es Beamte, so war es mit ihrer Laufbahn vorbei, gehörten sie den Hofkreisen an, so drohte sicher die Ungnade. Von allen solchen Männern wandten ihre Gesellschaftskreise sich ab.

Was jene kleinen neuen Parteien anbelangt, die sich mit bestem Willen an die soziale Frage heranmachten, so zeigte sich für sie alle früher oder später die Schwierigkeit als unüberwindlich, bei dem damals geltenden Wahlsystem ohne Hilfe oder zum mindesten Duldung der rechten und der Mittelparteien im Parlament zu einiger Geltung zu gelangen. Sie erhielten solche Hilfe oder Duldung aber höchstens dann, wenn sie sich von allem „Radikalismus" entfernt hielten. So konnten sie höchstens im kleinen Mittelstand einigen, freilich sehr beschränkten Anhang finden. So war es unglücklicherweise nur natürlich, daß die Hauptmasse der Arbeiterschaft sich wachsend der sozialdemokratischen Partei zuwandte, die nach der Beseitigung des Sozialistengesetzes schnell ihren gewaltigen Aufschwung nahm und für die weit überwiegende Menge der Arbeiterschaft die Trägerin ihrer Zukunft, die Führerin zum sozialistischen Zukunftsstaat bedeutete. Man vertraute den Führern der sozialdemokratischen Partei unbegrenzt und unbedingt. Alle seine Sorgen und alle seine Wünsche und Hoffnungen trug der Arbeiter zu der „völkerbefreienden Sozialdemokratie".

Die Freien Gewerkschaften hatten, nachdem der Staat sie zurückgestoßen hatte, und da sie bei keiner anderen Partei Verständnis und Hilfe gefunden hatten, ihre Bestrebungen aufgegeben und die sozialdemokratische Partei ganz und ohne Rückhalt zu ihrer Vertretung gemacht, denn so sagten sie: wer vertritt sonst überhaupt unsere Interessen? Die politische Führung der Sozialdemokratie hatte damit den Sieg davongetragen. Sie tat nun das Ihrige, um die hervorragendsten Persönlichkeiten der Gewerkschaften fest, nach Möglichkeit unauflöslich mit der Partei zu verbinden. Man gab ihnen Reichstagsmandate, beteiligte sie am Vorstande der Partei, schickte andererseits Vorstandsmitglieder der Partei in die Leitung des Gewerkschaftsbundes. Die politische Partei SPD. bestimmte damit die Haltung der Gewerkschaften auch in allen rein politischen Fragen. So kam es, daß die gewerkschaftlich organisierte, im Grunde durchaus deutsch und national denkende Arbeiterschaft sich ruhig und vertrauensvoll auf den verderblichen Weg einer ausgesprochen internationalistischen Politik und Wirtschaft, wie sie dem Wesen des Marxismus entsprach, führen ließ, während im Grunde die ganze Sinnesrichtung und Denkweise der deutschen Arbeiterschaft eher alles andere ist als marxistisch.

So hatte sich denn im Laufe weniger Jahre die schlimme und folgenschwere Entscheidung vollzogen. Der Großteil der Arbeiterschaft stand im Zeichen der roten Fahne und damit der internationalen Parole dem Staat,

dem Reich in bitterster Feindschaft gegenüber und bekannte sich rückhaltlos zum Ziel des Umsturzes. Den so geschaffenen Spalt mit allen Mitteln zu verbreitern und zu vertiefen, den Kampf zu vergiften, bildete das dauernde erfolgreiche Bestreben der Sozialdemokratie. Eine Propaganda des Hasses und der Verhetzung ging von ihr aus, wie sie ohne Beispiel dastand.

Dem damaligen Staat bzw. dem Deutschen Reich machen wir bei kühler, sachlicher Beurteilung aller einschlägigen Verhältnisse den schweren Vorwurf, daß er diese Spaltung des deutschen Volkes sich hat vollziehen lassen. Es war die Pflicht des Reiches, insonderheit der Monarchie, das Proletariertum zu beseitigen, das Arbeitertum gleichberechtigt mit den anderen Berufsständen Wirklichkeit werden zu lassen. Gerade die Monarchie hätte während des letzten Jahrzehnts des alten und des ersten des neuen Jahrhunderts diese Aufgabe, so gewaltig sie an sich auch damals war, mit verhältnismäßiger Leichtigkeit lösen können. Ihre Autorität und tatsächliche Macht in Deutschland war eine beinahe unbeschränkte. Bei festem Willen und klarem Ziel hätte der deutsche Kaiser diese Revolution von oben — denn eine solche wäre sie gewesen — mit Sicherheit durchführen können. Politische Kämpfe hätte es natürlich gekostet, die internationale Sozialdemokratie würde ebenso Widerstand versucht haben wie die rechten Parteien von der entgegengesetzten Seite, aber sehr bald würde der Kaiser einen großen und dann gewaltig schnell wachsenden Teil des Volkes hinter sich gehabt haben. Die Kosten der Umgestaltung konnten kein Hindernis sein, denn Deutschland war ein auf dem Wege zum Reichtum schnell vorwärtsstrebendes Volk.

Die Monarchie und ihre Organe haben jenen guten und gerechten Kampf nicht gekämpft, sie haben versäumt, den sozialen Spalt zu schließen. Dabei soll man nicht etwa denken, daß in jenen Jahrzehnten die soziale Frage, noch mehr die sozialdemokratische Frage, nicht bemerkt oder besprochen worden seien. Im Gegenteil waren täglich die Zeitungen voll davon, zahllose Bücher und kleine Schriften wurden geschrieben, der Kaiser hielt Reden, bald so und bald so. Nach jeder Wahl stellten die staatserhaltenden Parteien fest, „die rote Flut“ sei wieder gestiegen, und das Fragespiel, ob die Sozialdemokratie am Ende siegen werde, wurde unaufhörlich neu gespielt und beantwortet. Im Grunde, auch wenn es nicht gesagt wurde, ging durch das gesamte Bürgertum einschließlich der Regierung und der deutschen Monarchien eine dumpfe Furcht, gepaart mit einer chronischen Willenslähmung. Wohl fand man auch die beiden Extreme vertreten: sie sollen nur kommen, die Armee ist noch da, und die wird, wenn der Augenblick gekommen ist, dem Spuk schnell ein Ende machen! Das andere Extrem war etwa: man solle die sozialdemokratischen Führer Minister werden lassen, so die Sozialdemokratie zur Verantwortung heranziehen, dann würde sie ihren revolutionären Cha-

rakter sehr schnell verlieren. Keines von beiden geschah. Beides wäre auch ein Unglück gewesen. Nach dem vorher Gesagten ist klar, daß die überzeugte Führerschicht der marxistischen internationalen Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter auch durch Ministerstellen nicht verloren haben, ihre Wesensart überhaupt nicht geändert haben würde. Sozialdemokratische Partei bedeutete unter allen Umständen Zersetzung des Reiches und der Nation. Nein, nicht an der Partei, sondern am Arbeiter hätte die große friedliche Umwälzung angefangen werden müssen.

Mit jener dumpfen Furcht vor zukünftiger Überschwemmung durch „die rote Flut" gingen die entrüsteten Klagen über den Arbeiter, der nicht national sei, und über die wachsende „Begehrlichkeit der Massen": sie bekämen doch wahrhaftig genug!

Zweierlei in erster Linie wurde von Staat und Arbeitgebertum mit Recht hervorgehoben: die soziale Schutzgesetzgebung und die private Arbeiterfürsorge der großen Arbeitgeber.

Auf Bismarcks Initiative wurden die sozialen Arbeiterfürsorgegesetze ins Leben gerufen, ein gewaltiges Werk, das in der Welt einzig dastand. Kein Staat der Erde hatte eine solche Einrichtung, noch dachte einer daran oder überhaupt an ähnliches. Es hat nie von irgendeiner Seite mit Erfolg bestritten werden können, daß die Arbeiterversicherungsgesetze Bismarcks und des alten Kaiser Wilhelm I. eine große und ruhmvolle Tat gewesen sind und ein kühner, bahnbrechender Schritt auf ein bis dahin unbetretenes Gebiet. Bismarck hat später gesagt, er sei mit dem Zwang in den Einzelbestimmungen der Arbeiterschutzgesetze nicht einverstanden gewesen, habe sich naturgemäß nicht um die Einzelheiten der Ausarbeitung kümmern können. Immerhin ist bemerkenswert, daß Bismarck dafür gewesen wäre, den deutschen Arbeiter in diesen Fragen, die ihn in seinem Eigensten angingen, lieber sehr viel freier und mündiger zu sehen, als wie die Gesetze den Arbeiter zu werden gestatteten. — Im Laufe der folgenden zwei Jahrzehnte sind dann die Arbeiterschutzgesetze, mit ihrer anfänglichen Gestaltung verglichen, im großen Maßstabe weiterentwickelt worden. Staat und Bürgertum haben es immer als schnöde Undankbarkeit der Arbeiterschaft bezeichnet, daß sie trotz dieser großzügigen Arbeiterschutzmaßnahmen des Staates bis auf einen geringen Teil geschlossen hinter der roten Fahne der Sozialdemokratie weitermarschierte mit dem Ziel: Umsturz! und immer wieder: Umsturz!! Trotzdem hätte man sich auch damals schon diese entrüstete Frage auch selbst und von selbst beantworten können:

Die Sozialdemokratie stimmte im Reichstage geschlossen gegen die Arbeiterschutzgesetze und auch späterhin gegen jede Vervollkommnung und Ergänzung derselben. Sie sagte den Arbeitern: Diese Gesetze sind ein Tropfen auf den heißen Stein, außerdem wollen sie euch Arbeiter immer mehr in

staatliche Abhängigkeit bringen, vor allem sollen sie euch um die kommende Revolution, um den großen „Kladderadatsch“ betrügen, der euch Arbeiter zu Herrschern in Deutschland machen wird und der nahe bevorsteht, wenn ihr euch nicht irremachen laßt. Wie schon gesagt wurde, befand sich die Sozialdemokratie in fortdauerndem, glänzendem Aufstieg seit dem Beginn der neunziger Jahre, alles in ihr war voll höchster Zuversicht, dem Arbeiter hielt man dauernd die schönsten Zukunftsbilder vor. Und da sollten diese sich von der bisher immer siegreichen roten Fahne trennen? Und es kam noch eines hinzu, wohl die Hauptsache: der deutsche Arbeiter erkannte, daß etwas Wahres daran war, wenn ihm seine Presse vorhielt, daß die Arbeiterschutzgesetze an der unterdrückten Stellung des Arbeiters im Staat gar nichts änderten. Schutz gegen den Arbeiter brachten sie nicht, noch sollten sie ihn bringen.

Es konnte dem Arbeiter nicht verborgen bleiben, daß zum einen Teil die Gesetze gemacht worden waren, um der sozialdemokratischen Bewegung, zu der er sich bekannte, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Nach den Attentaten auf den alten Kaiser folgte dann Bismarcks Sozialistengesetz, von dem Bebel später zugestand, daß eine längere Dauer desselben die Sozialdemokratie tatsächlich vernichtet haben würde. Kaiser Wilhelm II. ließ das Sozialistengesetz fallen. Was geschehen sein würde, wenn es geblieben wäre, wissen wir nicht. Man kann aber nicht bezweifeln, daß die Ungelöstheit der sozialen Frage, besonders der Arbeiterfrage, sich doch immer wieder in Gestalt revolutionärer Bestrebungen geltend gemacht haben würde, wenn nicht eben die Monarchie und ein leitender Staatsmann den Weg der sozialen Revolution von oben beschritten hätten. In den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mochte man über die Kraft, die Art und das naturnotwendige Wachsen dieser Bewegung im unklaren sein können. Vom letzten Jahrzehnt des alten Jahrhunderts an hätten Unklarheit und Selbsttäuschung dieser Art nicht mehr möglich sein d ü r f e n. Aber außerdem: es war ja tatsächlich so, daß die gesamten damals so starken und umfangreichen herrschenden Schichten mit dem ganzen Bürgertum in der alten Auffassung fest und bewußt verharrten, daß der Arbeiter eben die untere und zum Dienen bestimmte Schicht der Bevölkerung sei.

Ebensowenig wie die Reichsgesetze für Arbeiterschutz konnten die privaten Fürsorgeorganisationen der Arbeitgeber zur Schaffung sozialen Ausgleiches und Friedens beitragen. An und für sich ist anzuerkennen, daß es sich auch hier um an sich großzügige Vorhaben und Einrichtungen handelte. Die Inhaber der Riesenbetriebe, wie sie durch Namen wie Krupp und Stumm und die Herren des Kohlenbergbaus bezeichnet werden, sorgten zum Teil für ihre Arbeiter und Angestellten in großzügigster Weise. Verpflegung, Versicherungen aller Art, Altersheime, Eigenhäuser usw., alles das wurde aus dem

Wollen, auch mit dem Willen, Soziales und Gutes zu schaffen, verwirklicht. Auch von dieser Privatfürsorge galt, daß sie in der Welt ihresgleichen nicht habe.

Diese großen Arbeitgeber vertraten den Standpunkt: dies alles habe ich nicht nötig, tue es aus freiem Willen und verlange dafür, daß meine Arbeiter und Angestellten politisch meine Richtung vertreten. Wer von ihnen der Sozialdemokratie zuneigt, hat in meinem Werke nichts mehr zu suchen! — Vom Standpunkte solcher Arbeitgeber war diese Ansicht bis zu einem gewissen Grade begreiflich. Von einem höheren Standpunkt gesehen, war zunächst einzuwenden, daß das Geld, mit welchem die Wohlfahrtseinrichtungen bestritten wurden, doch eigentlich kein Geschenk des Arbeitgebers war, sondern nicht zum wenigsten zum Ertrage der Arbeit seiner Angestellten und Arbeiter gehörte. War dies schon ein schlimmer Punkt, den natürlich auch die Sozialdemokratie sofort aufgriff und ausgiebig ausbeutete, so verstehen wir nur zu gut, daß auch diese patriarchalisch gedachte Arbeiterwohlfahrtspflege, die der Arbeiter und Angestellte mit seiner politischen Entmündigung bezahlen mußte, keineswegs dem sozialen Frieden diente, sondern die Gegensätze nur noch mehr verschärfte und vergiftete.

Der Weg der roten Fahne

Der Arbeiter, fest, zielbewußt und mit raffinierter Täuschung von der Sozialdemokratie geführt, begriff es nicht, der Gedanke kam ihm gar nicht, daß sein Wohl und Wehe mit dem des Landes und der Nation naturhaft und unauflöslich verkoppelt sei. Von grenzenlosem Vertrauen zur sozialdemokratischen Parteileitung erfüllt, nahm er auch keinen Anstoß daran, sondern stimmte begeistert zu, wenn die Reichstagsfraktion seiner Partei gegen Luxussteuern, wie z. B. Sektsteuern, oder, wie schon erwähnt wurde, gegen Börsensteuern und Börsengesetze, gegen Gesetzentwürfe zur Stützung der Landwirtschaft, des Mittelstandes, des Handwerks stimmten. Mittelstand und Bauernstand, so erklärte die Partei dauernd in Wort und Schrift, seien reaktionäre Rückstände einer dem Untergang geweihten Zeit. Je eher sie zugrunde gingen, desto besser. Kam im Reichstage oder in der Presse oder in Versammlungen einmal die Frage zur Erörterung, ob es denn wirklich wünschenswert sei, daß diese Berufsstände untergingen und wie denn, zum Beispiel, die Ernährung der Bevölkerung sich vollziehen solle, dann hieß es von sozialdemokratischer Seite: Nahrungsmittel und alle Bedürfnisse des täglichen Lebens könne man ja vom Auslande beziehen, sicher besser und billiger.

Eine solche Versorgung der deutschen Bevölkerung werde außerdem den ganz unschätzbaren Vorteil haben, „die trennenden Schranken zwischen den Nationen zu beseitigen" und damit den Völkerfrieden für immer und unverbrüchlich zu verbürgen. Und fragte man: ja, wenn nun Landwirtschaft und Handwerk und gewerblicher Mittelstand tot sind, wovon sollen dann die Leute leben?, so war die Antwort: wenn der sozialistische Zukunftsstaat erst da ist, werden die Zustände so sein, daß kaum gearbeitet zu werden braucht, Steuern werden überhaupt nicht mehr gezahlt werden, Geld wird immer vorhanden sein, weil keine Ausgaben mehr für Heer und Flotte wegen des allgemeinen Weltfriedens notwendig sind, und wer in Deutschland trotzdem keine auskömmliche Existenz finden sollte, nun, der kann ja auswandern! Das trügerische Ideal der Internationalität saß fest in den Köpfen und in den Herzen der irregeführten Massen, und nicht nur in den ihrigen, sondern auch im Liberalismus galt jede Internationalisierung, jeder Schritt auf dem Wege der Internationalität als eine „Entwicklung". Das war jene Vorliebe so vieler Deutscher, von der schon gesprochen wurde, und die Bewunderung alles Ausländischen, die Neigung, alles das, was in einem anderen europäischen Lande sich begab oder in den Vereinigten Staaten, als viel vollkommener und „fortgeschrittener" zu halten als die Verhältnisse im eigenen Lande. Seine Führer und Zeitungen redeten dem Arbeiter auch täglich ein, daß die „großen Demokratien des Westens" sich ganz anders und viel freundlicher und vertrauensvoller verhalten würden, wenn in Deutschland der nationale Gedanke nicht mehr vertreten sei und vor allem der deutsche Militarismus und Marinismus verschwänden. Hier wollen wir uns daran erinnern, daß das Schlagwort vom Militarismus, das die „großen Demokratien des Westens" in der ganzen Welt als Anklage und zur Behauptung angeblicher deutscher Eroberungssucht propagierten, der Verleumdungspropaganda der Sozialdemokratie Deutschlands entstammte. Wenn man erlebt hat, welch ungeheuren Schaden jenes Hetzwort vom deutschen Militarismus dem deutschen Volk getan hat, wie es nicht zum wenigsten bewirkt hat, daß die Bevölkerungen unserer Kriegsgegner dem Kriege gegen Deutschland zustimmten, so weiß man, welches Verbrechen die Sozialdemokratie damit gegen das Deutsche Reich und Volk und nicht zum wenigsten gegen die deutsche Arbeiterschaft in jahrzehntelanger, fortgesetzter Handlung begangen hat.

Diese Dinge sind „schon lange her". Das ungeheure Ereignis des Weltkrieges, der Zusammenbruch und das Elend der Nachkriegszeit liegen dazwischen, und leider sind Erinnerung und Gedächtnis in unserem Volke niemals mangelhafter gewesen als jetzt. Gerade dem Arbeiter verheimlicht die marxistische Presse noch heute die eigentlichen Ursachen des Krieges, die im Auslande schon seit Jahren mit unbekümmerter Rücksichts-

losigkeit zugegeben werden. Die älteren unter den deutschen Arbeitern aber werden sich daran erinnern, wie nicht lange vor dem Kriege Arbeiterdeputationen aus dem Auslande, auch von der englischen Arbeiterpartei, nach Deutschland kamen, sich von ihren deutschen Kollegen die deutschen Großstädte zeigen ließen und nachher in ihren Zeitungen schrieben: nicht allein die sozialdemokratischen Führer, sondern auch die große Masse der Unterführer, also Parteisekretäre und andere Funktionäre, seien wahrhaftig alles andere als Proletarier, die um ihre Existenz ringen, sie alle machten den Eindruck von behäbigen und genußfrohen Bourgeois. Das hinderte diese aber nicht, in den schrillsten Tönen die durch die Tatsachen längst widerlegte Verelendungslehre ihres Marx zu verkünden und dabei durch die Politik der Partei den bei jeder Gelegenheit von ihnen verfluchten Kapitalismus durch die Erhaltung ihrer Fraktion im Reichstage zu schützen und immer mächtiger werden zu lassen.

Der Arbeiter von heute weiß auch nicht, daß es gerade dieses sein materielles Gedeihen gewesen ist, — bei nach wie vor schnöde unterdrückter sozialer Stellung — das den Hauptgrund zu jenem Hasse der großen westlichen Demokratien Anlaß gegeben hat, die 1914 den Weltkrieg entfesselten.

In der ganzen Welt gab es keine Arbeiterschaft, die nur annähernd einen so hohen Stand allgemeiner Bildung und eine so vollkommene systematische Fachbildung besaß wie der deutsche Arbeiter. Die Qualität seiner Arbeitsleistung stand unerreicht da. Dafür nur zwei Beispiele recht verschiedener Art: Franzosen, Briten und Amerikaner bemühten sich vergeblich, die Qualität der deutschen schweren Geschütze, besonders der Schiffsgeschütze, zu erreichen. Genau so ging es mit optischen Instrumenten, Schiffskompassen und ähnlichen Fabrikaten, die höchster Genauigkeit, Fachkunde, Geschicklichkeit und Gewissenhaftigkeit bedurften. Britische und amerikanische Offiziere und Ingenieure gaben das öffentlich und in privaten Gesprächen ohne weiteres zu: unsere Arbeiter können das einfach nicht! Und so war es wirklich, und zwar beinahe auf allen Gebieten. Dabei soll keineswegs verschwiegen oder gar entschuldigt werden, daß die deutsche Industrie vor dem Kriege und ganz besonders nachher, Schundware ins Ausland schickte. Daß es aber Schundware war, war nicht Schuld des deutschen Arbeiters, sondern des kapitalistischen Arbeitgebertums, welches sich nichts daraus machte, um des Geldgewinnes wegen den Ruf der deutschen Ware in der Welt zu ruinieren und damit in weiterer Folge den deutschen Arbeiter zu schädigen; aber das sind Dinge, die hauptsächlich für die Nachkriegszeit in Betracht kommen.

Als der Weltkrieg begonnen hatte, schrieben englische Zeitungen: nach dem Siege der verbündeten Mächte müsse Deutschland derart ausgesogen werden, daß seine Arbeiterschaft nicht mehr so gründlich ausgebildet werden könne wie vor dem Kriege. Diese Konkurrenz müsse verschwinden. Ebenso

tönte es aus Frankreich. In den Jahren vorher klagte man in Großbritannien auch: seit dem deutschen Aufschwunge müsse der Engländer viel mehr arbeiten als früher, um dem deutschen Wettbewerb begegnen zu können. Hier müssen wir zur Vermeidung von Mißverständnissen eine kurze Einschaltung machen:

Es ist nicht an dem, daß Großbritannien ein treuer, neidloser Freund Deutschlands geworden wäre, wenn die Deutschen auf Überseehandel verzichtet hätten. Großbritannien ist es vielmehr immer, abgesehen von seinem Überseehandel, auf seinen europäischen Festlandhandel angekommen, darunter nicht zum wenigsten auf den Handel in Deutschland selbst. Wollte man verhindern, daß Millionen Deutscher auswanderten und dem deutschen Volkstum verlorengingen, dann mußte Deutschland Industrie treiben. Diese Meinung hat auch Bismarck, der die Wurzeln deutscher Kraft immer auf dem heimischen Boden sah, noch kurze Zeit vor seinem Tode einem Engländer Sidney Whitman gegenüber vertreten. Die Ausdehnung der Industrie war damals in der Zeit des gewaltigen Anwachsens der deutschen Bevölkerung eine einfache Notwendigkeit, die nur sehr allmählich durch Pflege der Landsiedlung hätte gemildert, nie beseitigt werden können. —

Das Verbrechen der Sozialdemokratie gegen den deutschen Arbeiter war also in diesem Belang das folgende: Die sozialdemokratische Führerschaft log den deutschen Arbeitern vor: „die großen westlichen Demokratien“ seien zu einer rückhaltlosen und vertrauensvollen Freundschaft mit Deutschland bereit, ja wünschten eine solche heiß und ehrlich, nur fürchteten sie den deutschen Militarismus und Marinismus, denn dieser diene lediglich deutschen Eroberungsabsichten der in Deutschland herrschenden Schichten, welche gewissenlos bereit seien, den deutschen Arbeiter für ihr Geldgeschäft oder aus chauvinistischer Ruhmsucht in den Tod zu schicken. Die freien Demokratien warteten nur darauf, daß Deutschland seine Verfassung ebenfalls in eine Demokratie ändere. Die westlichen Demokratien warteten ferner nur darauf, daß Deutschland seine Grenzen öffne und nicht durch reaktionäre Zölle geschlossen hielte. Solange diese und andere Forderungen nicht erfüllt worden seien, könne der so tief beklagenswerte gespannte Zustand und die jährlich wachsende Kriegsgefahr nicht beseitigt werden.

Es war kein Wunder, nur ein großes Unglück, daß der deutsche Arbeiter all dieses glaubte. Er las ja nur die sozialdemokratische Presse und hörte nur sozialdemokratische Redner, — in Versammlungen anderer Parteien zu gehen, war ihm verboten. Er hatte keine Ahnung davon, daß es gerade der hohe Stand seiner eignen Arbeitsleistung war, auf die er mit Recht stolz war, welche das Ausland zur Auffassung und zum Entschluß brachte: so könne es nicht weitergehen, Deutschland müsse „das Rückgrat gebrochen werden“.

Gerade der deutsche Arbeiter hat immer ein sehr ausgesprochenes Gefühl für Recht und Gerechtigkeit gehabt. Hätte man ihm von seiten seiner Partei gesagt, wie die Dinge in Wirklichkeit lagen, und daß es seine ehrliche und gewissenhafte und friedliche Arbeit war, welche „die großen Demokratien des Westens“ nicht ertragen wollten, weil sie, auf altem Reichtum sitzend, keine Lust zum Arbeiten mehr hatten, — ja, was würde der deutsche Arbeiter dann gesagt haben? Wir sind sicher, er hätte gesagt: liegen die Dinge so, dann freilich ist es richtig und muß so sein, daß Deutschland sich eine Wehrkraft schafft und auf der Höhe hält, die genügt, um den Frieden zu sichern und im äußersten Falle das Volk und das Reich erfolgreich zu schützen. Und heute fragen wir den Arbeiter: kann man in Abrede stellen, bei nüchternster und unparteilichster Betrachtung, daß es dem alten Reiche gelungen ist, den Frieden zu erhalten, solange die deutsche Wehrkraft im europäischen Auslande gefürchtet wurde, und daß der Krieg entfesselt wurde, als man dort glaubte, die Übermacht der vereinigten Feinde genüge, um Deutschland zu erdrücken und auszuhungern? Hat der deutsche Arbeiter, so weit er sich noch zum Marxismus bekennt, bis heute erfahren, daß bei Beginn des Krieges die französische Armee allein auch ohne ihre Verbündeten stärker war als die deutsche? Nein, er glaubte und glaubt auch heute noch, daß „eigentlich“ Deutschland doch der Frankreich weit überlegene Angreifer 1914 gewesen sei.

Während des Krieges wurden in Brüssel in den Archiven des Außenministeriums Berichte belgischer Gesandten aus den verschiedenen Staaten an die belgische Regierung gefunden. Sie, die auch heute noch von großem Interesse sind, zeigten, daß man in Paris und London jeden neuen Zuwachs der deutschen Sozialdemokratie mit größtem Jubel begrüßte. Auch das Schrifttum dieser Mächte in den Jahrzehnten vor dem Kriege beweist, daß man jeden Erfolg der Sozialdemokratie als eine Schwächung Deutschlands betrachtete und begrüßte. Ausländische Verfasser, besonders französische und englische, stellten während der letzten zehn Jahre vor dem Kriege häufig Betrachtungen darüber an, ob Deutschland überhaupt in der Lage sein werde, einen großen Krieg zu führen. Sie waren sich alle darüber einig, daß, wenn überhaupt, für die deutsche Kraft und Ausdauer nur ein sehr kurzer Krieg möglich sei: Deutschland habe nicht genug für seine Land- und Binnenwirtschaft gesorgt, um die Hauptbedürfnisse aus dem eignen Lande zu decken, der Seeweg würde im Kriege durch Blockade abgeschnitten sein, und dann würde sehr bald die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterschaft auf schleunige Beendigung des Krieges drängen, vielleicht schon gleich den deutschen Aufmarsch unmöglich machen. Es ist eine geschichtliche Tatsache: die Sozialdemokratie Deutschlands hat durch ihre verderbliche Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik in den Jahren vor dem Kriege verhindert, daß

der deutsche Boden die Hauptnahrungsmittel in einer für notdürftige Ernährung der ganzen deutschen Bevölkerung erforderlichen Menge hervorbringen konnte. Gewiß, Deutschland hat im Kriege viel länger ausgehalten, als die Feinde vorher geglaubt hatten. Wenn sie aber in den Vorjahren überzeugt gewesen wären, daß Deutschland in einem Kriege nicht ausgehungert werden könnte, so würden sie den Krieg überhaupt gar nicht begonnen haben, und dann hätte der deutsche Arbeiter Frieden behalten.

Im gesamten Auslande war vor dem Kriege die feste Meinung verbreitet: die Sozialdemokratie werde durch ihre Opposition Deutschland in einem Kriege lähmen. Man rechnete hiermit bestimmt, und zwar auf Grund immer wiederholter Äußerungen sozialdemokratischer Führer und ihrer Haltung gegenüber allen Wehrforderungen. Hier wird man nun einwerfen: ja, was willst du denn! Die Sozialdemokratie hat doch im August 1914 die Kriegskredite bewilligt! Ja, sie hat sie bewilligt, weil der deutsche Arbeiter sie dazu zwang und die Führer sonst weggefegt haben würde; von diesem einzigartigen Vorgang wird noch gesprochen werden. Wir können aber auch in diesem Punkt wiederholen: die sozialdemokratischen Führer haben das Ausland zu der Überzeugung gebracht, daß die Sozialdemokratie in einem Kriege Kredite und Heeresfolge verweigern würde. Ohne diesen Glauben würden die anderen Mächte nicht zum Kriege geschritten sein.

Eine Arbeiterpartei, die einzige deutsche Arbeiterpartei zu sein, behauptet die Sozialdemokratie, und dabei hat sie durch ihre Wirtschaftspolitik, durch ihre Antiwehrpolitik und durch ihre Außenpolitik entscheidend dazu beigetragen, das schwerste Unglück über den deutschen Arbeiter hereinbrechen zu lassen. Wir hören die erstaunte Frage: was war denn sozialdemokratische Außenpolitik? Das läßt sich leicht beantworten:

Bismarck, der große Meister der Außenpolitik, hatte stets für lebenswichtig gehalten, daß Deutschland möglichst gute Beziehungen zum russischen Reiche habe und unterhalte. Sein erster Nachfolger vernachlässigte diesen richtigen Grundsatz. Die Beziehungen zwischen den beiden Mächten wurden immer schlechter, Rußland schloß sein Bündnis mit Frankreich. Die Nachfolger im deutschen Reichskanzleramt hatten dann den Willen, die Beziehungen zu bessern, und wenn sie damit Schiffbruch erlitten, so war daran nur zu einem Teil schuld, daß sie keine Bismarcks waren. Eine Hauptursache für den Mißerfolg bildete die Hetze der Sozialdemokratie gegen Rußland: das Zarenreich sei reaktionär und verfolge die Juden, mit diesem Lande dürfe Deutschland keine guten Beziehungen unterhalten. In Rußland wurde man infolge dieser unermüdlich fortgesetzten Hetze immer mißtrauischer gegen Deutschland und verband sich außer mit Frankreich auch mit England im Jahre 1905.

Der umgekehrte Fall lag dem Westen gegenüber vor: die deutsche Sozial-

demokratie stand während aller Reibereien und Streitfragen des Deutschen Reiches mit Frankreich und England immer auf deren Seite. Französische Sozialdemokraten wurden als unbedingte Autoritäten angesehen, und was sie an der deutschen Politik tadelten, das warfen die Sozialdemokraten mit größter Heftigkeit der deutschen Regierung vor. Wenn man sich in England oder in Frankreich darüber ärgerte, daß Deutschland sich genügenden Schutz zu Lande und zu Wasser zu schaffen versuchte, so schrie die sozialdemokratische Führung der Regierung zu: wie könnt ihr etwas tun, was den beiden großen Demokratien des Westens nicht gefällt! Diese und viele andere Tatsachen zeigen, daß die Mächte, welche Deutschland 1914 angegriffen haben, zu einem sehr erheblichen Teil durch die Haltung der Sozialdemokratie Deutschlands dazu veranlaßt worden sind. Ist das nun Arbeiterpolitik?

Freilich war man in der Führung der Sozialdemokratie tatsächlich nicht mehr der Ansicht ihres verstorbenen Geistespapstes Karl Marx, daß der Arbeiter nichts zu verlieren habe als seine Ketten und daß ein Krieg ohne weiteres zu begrüßen sei, weil er die große Gelegenheit für die Revolution bringen werde. Nein, man wußte unter den sozialdemokratischen Führern gut genug, daß ein großer Krieg gerade von dem deutschen Arbeiter furchtbare Opfer aller Art verlangen werde. Das war aber natürlich nicht maßgebend. Die Sozialdemokratie hatte die größte Furcht vor einem Kriege, weil sie für den Bestand der Partei fürchtete. Bei Eintritt des Kriegszustandes würde die deutsche Reichsregierung die sichere Möglichkeit haben, die sozialdemokratischen marxistischen Führer zu erledigen, zu vernichten. Diese Ansicht war durchaus richtig. Es hätte in der Tat jeden Augenblick in der Hand der Regierung bzw. der Militärgewalt gelegen, reinen Tisch mit der Sozialdemokratie zu machen. Erinnern wir uns hierbei wieder daran: das ist die „Arbeiterpartei“!

Die Armee des alten Deutschen Reiches war in der ganzen Welt eine als unerreichbar bewunderte Organisation. Sie war auch zur Volkserziehung unschätzbar. Das geben heute in Deutschland viele Väter zu, die früher weidlich über das Heer und die pflichtmäßige Dienstzeit geschimpft und gelästert haben. Unsererseits geben wir heute gern zu, daß auch in der Armee des alten Deutschen Reiches Mißstände waren, die sich im Verlaufe des Krieges und nachher gerächt haben. Auch diese aber müssen mit Gerechtigkeit und Unparteilichkeit beurteilt werden. Das ist um so mehr nötig, als die alte Armee von der Sozialdemokratie auf das ausgiebigste benutzt wurde, um den Arbeiter mit Haß gegen sie und das Reich zu erfüllen.

Jedes Jahr gab es anläßlich der Haushaltsberatungen der Wehrkraft eine lebhafte Debatte über Mißhandlungen von Soldaten durch ihre Vorgesetzten. Ebensooft wurde festgestellt, daß die tatsächlich vorgekommenen

Fälle im Verhältnis zur Stärke der Armee nur einen geringen und von Jahr zu Jahr abnehmenden Prozentsatz bildeten. Die in solchen Fällen verhängten Strafen wurden bekanntgemacht, und bei keiner Partei des Reichstages noch bei der Regierung fehlte es am Ausdruck scharfer Mißbilligung. Man nahm dort solche Dinge keineswegs leicht. Trotzdem wurde von seiten der gesamten sozialdemokratischen Presse eine dauernde, ungeheure und aufreizende Hetze daraus gemacht: der Arbeiter sollte die Armee hassen und in ihr das ganze System, dessen unzerbrechbare Stütze sie bedeutete. Die Armee, so hatten die sozialdemokratischen Führer Jahrzehnt für Jahrzehnt der Arbeiterbevölkerung eingeprägt, sei das eigentliche Hindernis für den Sieg der völkerbefreienden Sozialdemokratie in ihrer Eigenschaft als Werkzeug der Reaktion. Auch dieses Beispiel der Vorkriegsvergangenheit zeigt, wie es dem Marxismus entscheidend darauf ankam, die Arbeiterschaft mit Haß gegen alle Einrichtungen des damaligen Systems zu erfüllen, eine Verständigung unmöglich zu machen, denn sie würde, wie wir sahen, den Marxismus beseitigt haben.

Wie rücksichtslos bei einem Hausbau unter den dort beschäftigten Arbeitern mit schwersten Mißhandlungen gegen den „Kollegen" vorgegangen wird, welcher die politische Ansicht der Mehrheit nicht teilt, war damals schon bekannt. In seinem lange nachher veröffentlichten Buch „Mein Kampf" erzählt Adolf Hitler auch hiervon und von der an ihn gerichteten Drohung: wenn er noch einmal auf den Bau käme, dann würde man ihn hinunterwerfen. Genug, gerade untereinander waren und sind die größten Brutalitäten von Marxisten an der Tagesordnung. Die Masse, die Mehrheit wendet sich unbedenklich gegen den einzelnen, und zwar stets unter dem Einfluß politisch-marxistischer Agitatoren, die Juden oder von ihnen vorgeschickt waren.

Selbstverständlich soll derartiges keineswegs mit den Zuständen in der Armee verglichen werden, deren Vorgesetztenkörper die Pflicht hatte, die militärpflichtige Jugend des deutschen Volkes Jahr für Jahr im Dienste des Vaterlandes zu erziehen und auszubilden. Jede, auch die kleinste Mißhandlung mußte da unerbittlich verurteilt werden. Daß in einem so gewaltigen Körper wie der damaligen Armee Dinge vorkamen, die nicht vorkommen durften, ist aber eine menschliche Selbstverständlichkeit. Daß es Vorgesetzte im Offizierkorps und im Unteroffizierkorps gab, die nicht auf der notwendigen hohen Stufe standen oder sich von ihrem Temperament hinreißen ließen, war ebenfalls nicht zu verwundern. Waren die Vorgesetzten nicht alle Engel, so konnte man das auch nicht von allen Untergebenen sagen. Es kam vor, daß gerade überzeugte marxistische Sozialdemokraten es darauf anlegten, ihre Vorgesetzten zu Mißhandlungen zu reizen. Mancher Unteroffizier ist durch solche systematischen Bemühungen um seine Nerven gebracht

worden, obgleich er wußte, daß seine persönliche Existenz auf dem Spiele stand. Daß hier wie beinah immer die Persönlichkeit im guten wie im schlechten den Ausschlag gab, ist selbstverständlich. Dem Offizier, der wirklich erzog, unparteilich und gerecht war, selbst etwas konnte, wurde Strenge, auch wenn sie einmal über die Grenze ging, von seinen Untergebenen nicht übelgenommen. Und entsprechend war es bei dem Unteroffizier, wenn er nur die richtige Art hatte und die Mannschaft sein Wohlwollen merkte, so nahm man ihm eine Entgleisung nicht übel oder verzieh sie ihm. Und umgekehrt konnte sich der Mann manches leisten, wenn er im übrigen die Persönlichkeit danach war. Daß es Leuteschinder gab und immer geben wird, ist nun einmal eine Tatsache. Ständige Kontrolle, scharfe Strafe und entsprechende Erziehung der Offiziere und Unteroffiziere konnten das Übel bis auf geringe Reste beseitigen.

So oft das Thema auch besprochen worden ist, etwas Unausgesprochenes blieb. Dieses Unausgesprochene würde auch geblieben sein, wenn es keine einzige Mißhandlung mehr und kein einziges Schimpfwort mehr von Vorgesetzten gegen Untergebene in der deutschen Armee gegeben hätte: der Arbeiter fühlte sich da in einer Welt, die ihm während seiner ganzen Erziehung durch die politischen Genossen als sein Todfeind hingestellt worden war. War der so mit Vorurteil erfüllte junge Arbeiter Soldat geworden, so trat er innerlich der Armee und seinen Vorgesetzten ganz anders gegenüber als zum Beispiel der gleichaltrige junge Mensch vom Lande. Natürlich gab es auch Ausnahmen, aber durchschnittlich war es so. Auf der anderen Seite standen die Vorgesetzten, Offiziere und Unteroffiziere. Sie waren tatsächlich eine andere Welt, und ihnen war Sozialdemokratie das unbedingt feindliche Element mit dem revolutionären Ziel zugleich, mit der Armee die Monarchie und den vorhandenen Staat zu beseitigen.

Aber noch etwas war da, das man nur aus der gänzlichen Verschiedenheit des Standes und der Umwelt verstehen kann. Der Stand des Offiziers galt in Deutschnad als der erste, der Stand des Arbeiters nicht nur als der letzte, sondern als der Stand, der den anderen zu dienen habe. Der Arbeiter dagegen betrachtete die anderen Stände und ganz besonders den ersten Stand als seine Unterdrücker, die er vernichten müsse. Wo war die Möglichkeit einer Verbindung, wie war ein gemeinsamer Boden zu schaffen? Heute haben wir die Antwort leicht, und auch damals fiel wohl das Wort: man habe doch das gemeinsame Vaterland. Im Kriege hat sich auf diesem Boden oft innere Zusammengehörigkeit herausgebildet oder aber es war das entgegengesetzte Verhältnis: auf der einen Seite Haß, auf der anderen Überhebung. Für die Vorkriegsjahre können wir nur allgemein sprechen, und da wird das Urteil eben lauten müssen, daß Berührungspunkte zwischen den beiden feindlichen Welten sich nur in persönlichen Ausnahmefällen ergaben.

Es war ein Oben und ein Unten, eine Fremdheit und eine Entferntheit des Standes und der Klasse, wie sie einmal ein schlimmes Ergebnis zeitigen mußten. In keinem anderen Lande bestand auch nur annähernd ähnliches, abgesehen vom zaristischen Rußland. Die englischen Verhältnisse ließen sich weniger vergleichen, weil man dort keine allgemeine Dienstpflicht, sondern ein kleines Werbeheer hatte, aber doch war der Ton und die Umgangsform zwischen Offizieren und Mannschaften etwas ganz anderes. In Frankreich bestand seit dem Kriege von 1870/71 die allgemeine Dienstpflicht. In der französischen Armee, die man deutscherseits besonders während des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege von oben herab anzusehen pflegte, waren jene Gegensätze nicht vorhanden. Ob man dieses nun einmal mit der Struktur der französischen Republik in Verbindung bringen muß und zum anderen mit dem im ganzen französischen Volk hochentwickelten Nationalgefühl, das wollen wir hier nicht entscheiden. Aber der Unterschied war gewaltig. Letzten Endes kommt es doch auf die sozialen Mißverhältnisse, auf die sozialen Abstände und die so begangenen Fehler und Mißverständnisse heraus. Etwas besser zum mindesten würde die Entwicklung in diesem Punkte gewesen sein, wenn es der sozialdemokratischen Parteileitung nicht so gut gelungen wäre, die ihr folgenden Massen für das trügerische Ideal des Internationalismus und der Internationalität dauernd zu begeistern. Sehr viel besser würde alles geworden sein, wenn der Staat damals den Gewerkschaften entgegengekommen wäre und mit ihnen gemeinsam den Anfang jedenfalls zur Grundlage des Gefühls der Volksgemeinschaft geschaffen hätte.

Wir haben etwas länger bei dem Verhältnis: Armee — Arbeiterschaft verweilt, weil die Bedeutung dieses Verhältnisses so groß war und auch für die Zukunft sein wird. Vor dem Kriege setzte der marxistisch erzogene Arbeiter ohne weiteres Armee und Reaktion gleich. Das war eine logische Selbstverständlichkeit für ihn. Hatte er vielleicht doch damit ein wenig recht? Diese Frage muß verneint werden. Wohl war die Armee das Werkzeug und das Machtfundament eines Staates, in dem vieles reaktionär war und erhalten wurde, der vor allem selbst den Handarbeiter als dienende Klasse ansah und seine Abhängigkeit vom Arbeitgeber als eine gottgewollte. Die Armee an sich aber kann man auch rückschauend mit der Bezeichnung: reaktionär nicht abfertigen. Sie betrachtete sich jedenfalls in allen ihren besten Kräften als im Dienst des Ganzen stehend. Andererseits wieder waren die Spitzen der Wehrkraft durchweg im reaktionären Geist erzogen, stammten zum großen Teil aus politisch-reaktionären Schichten, und es waren wohl nur wenige bedeutende Persönlichkeiten unter ihnen, die, wie der Freiherr von der Goltz, der Lehrer der türkischen Armee, freien Geistes über den Dingen standen. Wenn die hohen und höchsten Offiziere aber durchweg anders eingestellt waren, so lag der Grund dazu in den gesamten Verhält-

nissen des damaligen Deutschlands, in deren Rahmen die Wehrkraft doch nichts weiter war als ein Glied, während der Großteil der Arbeiterschaft außerhalb stand. Die Armee war für die Landesverteidigung da, und ihre Führer und die Verwalter des Armeewesens hatten ihre ganze Kraft und unaufhörliche Arbeit darauf zu richten, daß die Armee dieser ihrer großen Aufgabe genüge. Dafür war jeder Offizier an seinem Teile und in seiner Stellung verantwortlich. Die Sozialdemokratie war der Todfeind der Armee, versuchte, sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln innerlich zu zersetzen. Deshalb war es eine Selbstverständlichkeit, daß auch die Stellung der Armee der Sozialdemokratie gegenüber die eines Todfeindes war. Daß darunter auch viele Arbeiter leiden mußten, die es an sich nicht verdient gehabt hätten, war in erster Linie die Schuld der Sozialdemokratie, beruhte andererseits auf jener sozialen Spaltung, die durch alle deutschen Verhältnisse ging.

In keinem anderen Lande, abgesehen vom damaligen Rußland — wir müssen das wiederholen — war derartiges möglich. Die sozialdemokratische Zersetzungsarbeit in der Armee und Marine wurde planmäßig betrieben, unterstützt — das muß hier erwähnt werden — durch annähernd das gesamte Judentum Deutschlands, das mit dem gleichen Ziel der Zersetzung die Internationalisierung Deutschlands wollte, ebenso wie heute, und die deutsche Armee mit Recht als den Hort des nationalen Gedankens ansah. In Wort und Bild wurde systematisch die Unbedingtheit des militärischen Gehorsams als rückschrittlich und lächerlich bezeichnet. Karikaturen zeigten täglich den Arbeitern: so albern siehst du aus, wenn du Soldat bist, und: solche hochmütigen Narren und Gecken sind deine Vorgesetzten, die Offiziere. Jedes Vergehen eines Offiziers wurde an die große Glocke gehängt.

Eine gewisse Tragik und ein Anzeichen dafür, wie tief widersinnig der Militärhaß der sozialdemokratisierten deutschen Arbeiterschaft war, liegt schon darin, daß die sozialdemokratische Partei auf einer Disziplin beruhte, wie sie in ihrer Vorbildlichkeit und Straffheit nur in der deutschen Armee zu finden war. Sie alle, die Sozialdemokratie und ihre gläubige Gefolgschaft, waren ja durch die große Schule der Armee hindurchgegangen und hatten aus ihr gelernt. Gegen die militärische Disziplin wendete sich die Sozialdemokratie in höchster Entrüstung und erklärte ihren Bruch für unveräußerliches Recht des freien Bürgers, während in ihren eignen Reihen rücksichtslos die damals so berühmte Parole durchgeführt wurde: wer nicht pariert, der fliegt!

Wiederum fragen wir: lag dieser Kampf der Sozialdemokratie gegen die Wehrkraft im Interesse des deutschen Arbeiters? Die kurze Antwort mag genügen: hätte dieser Kampf nicht stattgefunden, so würde es nicht zum Weltkriege gekommen sein. Und daneben sei auch nicht vergessen, wie viele

sozialdemokratisch erzogene Arbeiter sich während ihrer militärischen Dienstzeit mehr oder minder schwere Gefängnisstrafen durch die Verhetzung seitens ihrer Partei zugezogen haben. Das ist gleichfalls eine an sich sehr trübe Tatsache, die beweist, wie auch von dieser Seite gesehen, die Sozialdemokratie bereit für jedes Verbrechen am deutschen Arbeiter war.

In der Besprechung der Marxschen Theorien stellten wir bereits in Kürze die Leugnung aller Religion und die Proklamierung des weltanschaulichen und praktischen Materialismus fest. Jenes von Marx stammende Wort: „Religion ist Opium für das Volk", in dessen Zeichen seit sechs Jahren in Rußland die Kirchen aller Bekenntnisse zerstört werden, ergriff in weitestem Umfang die sozialdemokratisch geführten Massen. Unter dem Eindruck zweier gegen ihn gerichteten Mordanschläge, von denen der eine ihn im hohen Alter schwer verwundet hat, sagte der Kaiser, man müsse dem Volk die Religion erhalten. Ein aufrichtig und tief gemeintes Wort, aber wer konnte dem Volke die Religion wiedergeben oder erhalten?

Wir stellten bereits fest, daß die deutsche Geistlichkeit dieser Aufgabe nicht annähernd gewachsen war, teils weil sie selbst nicht die Religion tief genug erfaßte. Sie und die Lehrer auf den Schulen „predigten" Frömmigkeit, sie forderten Glauben und Gehorsam der Obrigkeit gegenüber, sie versprachen für das jenseitige Leben alles mögliche, was sie selbst nicht glaubten, sie verlangten Wortglauben für die heiligen Schriften, sie wetterten über den Materialismus und die materielle Begehrlichkeit und verlangten Zufriedenheit und Unterwerfung, sei es als Diener des Staates oder als Vertreter der römischen Kirche.

Das 19. Jahrhundert war nicht allein das Zeitalter der Technik, sondern auch das der Naturwissenschaften. Der Arbeiter begriff bald, daß die biblischen Geschichten, z. B. die Schöpfung der Welt und andere, mit der Wissenschaft nicht in Einklang zu bringen waren, die vermenschlichten überkommenen Vorstellungen von Gott, wie sie durch die Geistlichen und in der Schule vermittelt wurden, reizten ohnehin seinen Spott, und bald bildete sich weitgehend die Anschauung heraus: man will den Arbeiter nur dumm machen und dumm halten, damit er unterwürfig bleibt und nicht zu Wissen gelangt, denn Wissen ist Macht! Die von Charles Darwin stammende und in Deutschland von Karl Vogt, Ernst Häckel und anderen entwickelte Lehre wurde schon erwähnt. In religiöser, vielmehr antireligiöser Beziehung machte sie hauptsächlich deshalb in Deutschland einen ungeheuren Eindruck, weil sie behauptete: der Mensch stamme vom Affen ab. Diese Behauptung wurde von allen antikirchlichen Richtungen in Deutschland mit Triumph in das Volk hineingetragen; beiläufig bemerkt, ist sie inzwischen längst widerlegt worden, die Wissenschaft sieht sich nach wie vor in undurchdringlichem Dunkel über die Herkunft des Menschen.

Der Marxismus wertete diese Lehre als naturwissenschaftliche Bestätigung der Theorien, die Marx gelehrt hatte, und sagte den Arbeitern: ihr seht, hier habt ihr von einer ganz anderen Seite den Beweis, daß alles Materie ist und Seele oder Gott und Religion nur Redensarten bedeuten, auf eure Einfalt gemünzt! Wir erinnern uns, wie in den neunziger Jahren und nachher die Schriften von Ernst Häckel durch die Sozialdemokratie in Millionen Exemplaren unter der Arbeiterschaft verbreitet wurden, die es nicht merkte, daß Häckel sich zwar gegen die Kirchenlehren wandte, daß er aber nicht Materialist war, sondern das unbekannte göttliche Wesen in sich empfand. Aber das ist eine Sache für sich.

Diese Richtung, die der Geist der sozialdemokratisch geleiteten Arbeitermassen in Deutschland nahm, ist von einer unermeßlichen und unheilvollen Auswirkung gewesen. Die Sozialdemokratie hatte sehr wohl begriffen, welch eine Waffe ihr gerade mit der Auslegung der Religion in die Hand gegeben wurde, und hiermit steht es auch heute noch so. Sie sagte den Massen: ihr werdet lediglich betrogen, damit ihr euch ausbeuten laßt im Glauben, daß ein Gott, der da oben im Himmel sitzt, euch nach eurem Tode entschädigt für euer elendes Leben hier. Seht ihr denn nicht, wie plump diese Vorspiegelung ist? Wozu legen denn die herrschenden Klassen so großen Wert darauf, reich zu werden und reich zu bleiben und zu herrschen und eure Arbeitskraft auszubeuten? Glaubten sie wirklich, was sie euch in den Schulen lehren und in den Kirchen predigen lassen, so würden sie doch zu allererst selbst ihren Reichtum unter die Armen verteilen in Gedanken an den himmlischen Lohn, der ihnen dann nach ihrem Tode werden müßte. Ihr Arbeiter werdet mißbraucht von diesen Leuten, um ihnen ein üppiges Leben zu ermöglichen, und sie bedienen sich der Religion, um euch eine Pflicht aufzuerlegen. Sie und der Staat lassen euch alle möglichen Wundergeschichten und alte Faseleien vorerzählen, die vor einigen hundert Jahren vielleicht noch Wirkung tun konnten. Ihr aber seid doch selbständig urteilende, auf den Errungenschaften neuzeitlicher Wissenschaft stehende, klassenbewußte Arbeiter, ihr laßt euch nichts mehr vormachen. Seht doch einfach um euch, dann braucht ihr weder euch noch sonst jemand zü fragen, was reale Wirklichkeit ist, und was die Geschichten bedeuten, mit denen man euch dumm machen, in innerlicher und äußerlicher Abhängigkeit halten will!

Wie gesagt, hat das Kirchentum und haben die herrschenden Klassen und oberen Schichten in hohem Grade dazu beigetragen, daß diese Hetze von Erfolg begleitet war. Die intellektuelle sozialdemokratische Führerschaft benutzte darüber hinaus die Unzulänglichkeit des Kirchentums, um die Religion überhaupt in den Augen der Arbeiterschaft als lächerliche Rückständigkeit erscheinen zu lassen. Was die Persönlichkeit Jesus anbelangt, so sagte man: Jesus sei eigentlich ein Marxist gewesen, ein wohlmeinender, weltfremder

Revolutionär, mit dem man vom sozialdemokratischen Gesichtspunkt aus ganz einverstanden sein könne; aber nichts weiter! Beiläufig bemerkt, kann es eine größere Entstellung schwer geben: Jesus bezog alles, auch das ganze Erdenleben auf ein späteres jenseitiges Dasein, während der Marxismus gerade dieses als ein albernes Hirngespinst verwirft und verlacht.

Soviel Flachheit, Unwahrhaftigkeit und Heuchelei mit der christlichen und religiösen Firmierung bei den übrigen Teilen der deutschen Bevölkerung zu finden war, so lag doch in der von Haß und Hohn erfüllten Verwerfung der Religion durch die Marxisten eine weitere und sehr stark wirkende Ursache für die Vertiefung des Spaltes und die auch innerliche Entfremdung der beiden Volkshälften. Gewiß befand sich im nichtmarxistisch erzogenen Teil der Bevölkerung viel irregehender Idealismus, aber es war doch eben Idealismus, während für den Marxisten Idealismus schlechthin Dummheit oder Heuchelei bedeutet.

Wer damals vorurteilslos das deutsche Leben ansah, konnte nicht verkennen, daß der Gegensatz zwischen den beiden Volksschichten immer mehr eine besorgniserregende Form und Größe annahm. Wie Marx und seine Jünger es gewollt hatten, fühlte sich ein während des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts zu gewaltiger Größe angewachsener Teil der Bevölkerung als ihrer Klasse sich bewußte Proletarier, die eigentlich mit dem übrigen deutschen Volke gar nichts zu tun hatten, und die allen, die nicht klassenbewußte Proletarier waren, von Rechts wegen mit bitterem Haß und dem Willen, sie zu vernichten, gegenüberzustehen hätten. Während sich auf der einen Seite der Kapitalismus immer mehr steigerte, sich in immer größerem Maßstabe zusammenschloß und organisierte zu riesigen Trusts, Kartellen, Syndikaten, während die Arbeitgeberschaft sich organisierte und ihre Macht im Staate zur Beeinflussung der Gesetzgebung gegen die Arbeitnehmerschaft erfolgreich zur Anwendung brachte, war auf der anderen Seite die Masse in den Händen ihrer marxistischen Führer zu einer großen politischen Macht geworden. Sie sah sich, ob mit Recht oder Unrecht ist nicht zu entscheiden, an der Schwelle des Kampfes um die Macht im Staat. Ob dieser Kampf nunmehr durch fortschreitende Eroberung innerhalb der Verfassung nach und nach zu führen sei, wie die „Revisionisten“ der SPD. wollten, oder in der altersehnten freilich nebelhaften Form des „großen Kladderadatsch“, hat der Ausbruch des Krieges dem Urteil entzogen.

Die marxistischen Gefolgsmassen der Arbeiterschaft waren von den kühnsten Träumen erfüllt. Wie hätte das auch anders sein können? Die internationalpolitische Lage wurde seit dem Jahre 1904 bis zum Weltkriege immer gespannter. Der Kaiser und seine Berater trieben eine schwankende und ungeschickte Außenpolitik, die mit Geschick und Weitblick von den Hauptmächten der späteren großen Koalition gegen Deutschland benutzt

wurde, namentlich von Großbritannien, Frankreich, Rußland. Die damals berühmte „Einkreisung Deutschlands“ vollzog sich von Jahr zu Jahr fester und drohender. Kaiser Wilhelm II. und seine Kanzler haben nie zum Kriege getrieben, noch ihn gewünscht. Sie wollten den Frieden unbedingt erhalten. Es war richtig, wenn man in Deutschland die Ansicht vertrat: die geldliche und wirtschaftliche Macht Deutschlands wird immer größer, die Bevölkerung nimmt gewaltig zu — durch einen großen Krieg kann Deutschland kaum etwas gewinnen, dagegen alles verlieren; je länger der Frieden erhalten bleibt, desto größer und mächtiger wird Deutschlands Stellung in der Welt. Was heute ungefähr in der ganzen Welt gewußt und zugegeben wird, das wußten wir, die wir zu jener Zeit im politischen Leben standen und haben nie daran gezweifelt: niemand in Deutschland wollte einen Krieg. Die Sozialdemokratie aber hatte gegen besseres Wissen ihre Massen mit der festen Überzeugung durchdrungen, daß die Leiter des Deutschen Reiches den Krieg wollten, während die anderen Mächte nur inbrünstig die Erhaltung des Friedens wünschten. So hatte der sozialdemokratische deutsche Arbeiter aus seiner Presse die Ansicht in sich aufgenommen, daß in jedem der politischen Krisen und Konflikte während des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege Deutschland immer unrecht und die anderen Mächte immer recht gehabt hätten. Seine marxistischen Führer sagten ihm: die Sozialdemokratie wird jetzt in der Lage sein, jederzeit die deutsche Regierung zu zwingen, von ihren kriegerischen Absichten abzustehen!

Mit der zweiten Julihälfte des Jahres 1914 trat jene große Spannung der politischen Lage Europas ein, die zum Kriege führen sollte. Die Führung der sozialdemokratischen Partei war entschlossen, dem Reiche Kredite und Heeresfolge zu verweigern. Man schickte den späteren Reichskanzler Hermann Müller nach Paris, wo er erklärte: „Wir werden nicht schießen.“ Dieser Abgesandte mußte aber einige Tage später nach seiner Rückkehr seinen Genossen in der Leitung der SPD. die niederschmetternde Mitteilung machen, daß die französische Sozialdemokratie, sollte der Krieg ausbrechen, unter allen Umständen „schießen“ würde. Dazu überstürzten sich die Ereignisse, einige Tage später war der Kriegszustand zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, dann zwischen Rußland und Deutschland, Deutschland und Frankreich eingetreten, der Weltkrieg war da. Niemandem konnte es zweifelhaft sein, daß die Schuld nicht auf deutscher Seite lag. Die Riesengröße der Gefahr zeigte sich auch dem einfachsten Mann: von allen Landseiten und von der Seeseite kamen die Feinde, die ganze Welt war gegen Deutschland und seine schwachen Verbündeten vereint.

Da geschah das Große, und es wird immer in der Geschichte ein großer deutscher Augenblick bleiben: die gesamte deutsche Arbeiterschaft strömte mit Selbstverständlichkeit und in elementarer Erkenntnis ihrer Zusammengehö-

rigkeit mit dem deutschen Vaterlande zu den Fahnen. Die Bewegung war so mächtig und ursprünglich, daß die marxistischen Führer erkannten, daß sie sich von ihr tragen lassen mußten. Hätten sie in jenem Augenblick Verweigerung der Heeresfolge und Ablehnung der Kriegskredite proklamiert, so wäre es mit der Sozialdemokratie aus gewesen. Das begriffen sie und wurden in diesem Augenblick höchst patriotisch; es ging eben nicht anders, und Masken zu tragen, waren sie gewohnt. Wer jenen großen Augenblick richtig beurteilen will, darf also nicht vergessen, daß die marxistischen Leiter der SPD. ihn gegen ihren Willen aus politischem Selbsterhaltungstrieb über sich ergehen lassen mußten. Das ist die Wahrheit vom August 1914.

Der Verlauf des Krieges lieferte bald die Bestätigung für diese Auffassung. Leise zuerst und mit größter Vorsicht hörte man in der Heimat und an der Front, von den marxistischen Propagandazentren ausgehend, flüstern: Euch Arbeitern hat man erzählt, daß ihr einen Verteidigungskrieg führen sollt. Nun seht ihr, daß die deutschen Heere immer angreifen; das ist also doch kein Verteidigungskrieg! — Daß dieses militärisch angriffsweise Vorgehen in die feindlichen Länder notwendig war, um den deutschen Boden vom Feinde, seinen weittragenden Geschossen und Flugzeugbomben freizuhalten, daß es also gerade Verteidigung bedeutete, das sagten die Vergifter natürlich nicht.

Weiter wurde geflüstert: Deutsche Arbeiter, man hat euch gesagt, daß Deutschland schuldlos am Kriege sei. Die Wahrheit ist aber umgekehrt. Denn die anderen Mächte wollten den Krieg nicht, während der Kaiser, seine Staatsmänner und Generale ihn von langer Hand her vorbereitet und vom Zaun gebrochen haben. Und dann begründete man dieses Betrügen des deutschen Arbeiters mit den gefälschten Dokumenten der feindlichen Mächte.

Ein Kriegsjahr nach dem anderen ging dahin, und eine dritte Flüsterstimme ließ sich hören: Wenn der Deutsche Kaiser und seine Leute nur wollten, so könnten sie jeden Tag dem Morden und dem furchtbar wachsenden Elend das Ende bereiten. Die anderen Nationen wollen ja alle nichts als den Frieden. Aber die preußisch-deutschen Machthaber w o l l e n keinen Frieden. Sie wollen den Krieg verlängern, sie schicken euch Arbeitermassen immer wieder in den Tod. Sie lassen hartherzig das Elend eurer Angehörigen in der Heimat sich in das Unerträglichste steigern. Wozu? Teils aus Blutdurst, aus Eroberungslust und Ruhmsucht, vor allem aber unter dem Einfluß der Rüstungsindustrie, die ihnen von ihren ungeheuren Kriegsgewinnsten abgibt, die das Blut des Volkes braucht. Wie weit diese ruchlose Lügenhetze ging, zeigt zum Beispiel, daß man behauptete, Hindenburg wolle den Krieg nur deshalb weiterführen, damit er seine hohen Kriegsgeldbezüge noch jahrelang einstecken könne.

Langsam fraß dieses dreifache Gift weiter, am meisten in der Heimat, aber auch die Front blieb nicht davon verschont. Wenden wir uns auch hier nach der anderen Seite: der Kaiser und die Regierung hatten wieder einmal einen großen, den größten Augenblick vorübergehen lassen, den Augenblick, nun, in der Zeit gemeinsamer Not und Gefahr, den deutschen Arbeiter endlich gleichwertig in die Gesamtheit des Volkes und in das Gefüge des Staates einzugliedern. Wohl versprach die kaiserliche Regierung „ein freies Volk", aber „nach der Beendigung des Krieges". Erst als kaum noch etwas zu hoffen und im Inneren die Hetze schon beinahe ihr Ziel erreicht hatte, wurde das vielumkämpfte, ungerechte preußische Wahlrecht geändert. Und als tatsächlich schon alles verloren war, gab der Kaiser sich und das Reich der Linken in die Hand, der Sozialdemokratie preis.

Es ist nicht Sache dieser Ausführungen, die innerpolitische Geschichte des Krieges zu behandeln. Für uns handelt es sich nur um Aufzeigen der Hauptpunkte: die Regierung, das Reich konnten den Arbeiter, der sich in einem beispiellosen Kampf bewährte, zum Vertreter des Reichsgedankens machen, von der unnatürlichen und verhängnisvollen Idee des Klassenkampfes und des Internationalismus abwenden und damit den Marxismus vernichten. Anstatt dessen überließen die Führer des Reiches die Macht der Sozialdemokratie, der Todfeindin eben des Reiches und des nationalen Gedankens schlechthin.

Der Zusammenbruch vom 9. November 1918 stand ganz im Zeichen des Marxismus, von Spartakus bis zum rechten Flügel der Sozialdemokratie. Keine Ableugnung und keine Verteidigung wird daran je ewas ändern. Der Dolchstoß, der auf jener Seite mit Entrüstung in Abrede gestellt wird, ist darum nicht weniger Tatsache. So lautete die authentische Behauptung:

Im Dezember 1918 schrieb der englische General Maurice in den „Daily News":

„Die deutsche Armee war vor dem Kriege die erste Europas. Bei dem Waffenstillstand befanden sich die der Alliierten und des Feindes an der Westfront im Verhältnis fünf zu dreieinhalb. Die deutsche Armee ist von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht worden. Das Verhalten der Matrosen der deutschen Flotte kann man nur mißbilligen. Sie zogen es vor, zu rebellieren und dem Feind ihre Schiffe auszuliefern, statt dem Tode zu trotzen. Sie waren es, die Paris retteten."

Daran ist nicht zu rütteln. Man vergißt aber meist hinzuzufügen: niemals hätte dieser Dolchstoß geführt werden können, wenn er nicht während der Kriegsjahre so planmäßig vorbereitet worden wäre; wenn nicht jene Vergiftung durch Lüge und Haß während der Kriegsjahre ihr Werk getan und die deutschen Arbeitermassen innerlich gewandelt hätte. Gewiß wollen

wir das ungeheure Elend und die sonstige Furchtbarkeit des Krieges weder verkennen noch verkleinern, aber trotzdem würde alles anders gekommen sein, und zwar auch zum Besten des Arbeiters, wenn die Vergiftung und schließlich der Dolchstoß nicht erfolgt, und wenn Kaiser und Regierung stark und einsichtig genug gewesen wären, aus dem Klassenstaat einen nationalen, radikalsozial bestimmten Volksstaat zu machen. Sie haben es nicht getan, und so versanken alle Möglichkeiten im Siege des Marxismus über das deutsche Volk, im schmutzigen Sumpf der Revolution.

2. Abschnitt

Nationalsozialismus und Arbeiter

Adolf Hitler tritt auf

Blicken wir heute zurück auf die Jahre seit dem November 1918 und fragen wir: wie ist der damalige Sieg des Marxismus und sein späterer maßgebender Einfluß, wie ist die parlamentarisch-demokratische Republik dem deutschen Arbeiter bekommen? Ist zum wenigsten der soziale Gedanke mit einigem Erfolge angestrebt worden? Man könnte die Antwort in zwei kurzen Fragen und zwei ebenso kurzen Antworten geben:

Wann jemals zuvor ist in Deutschland der Reichtum, das Geld in den Händen einer geringeren Zahl Menschen aufgehäuft gewesen als heute? Antwort: Niemals zuvor! Die zweite Frage: Wann jemals zuvor ist die Armut in Deutschland ausgedehnter und härter gewesen als heute? Antwort: Niemals zuvor!

Diese beiden Fragen und ihre Beantwortung beweisen unwiderleglich: in den seit dem Umsturz vergangenen Jahren ist keineswegs sozial regiert und gewirtschaftet worden, sondern antisozial. Darauf hört man den Einwand: Und der verlorene Krieg? Wir haben ihn hierbei „einkalkuliert". Die Hauptträger einer Volkswirtschaft: die Landwirtschaft, die Industrie, das Geldwesen waren im Jahre 1919 trotz Krieg, Umsturz, Streiks usw. noch in so gutem Zustande, daß die deutsche Wirtschaft von verantwortungsbewußten deutschen Regierungen mit Sicherheit zu einem genügenden Gedeihen geführt werden konnte. Die Wirtschaft, die in Wirklichkeit aber getrieben wurde, eine internationalistische Wirtschaft, wie sie unter Führung der Sozialdemokratie eingeleitet und fortgesetzt wurde, mußte mit logischer Notwendigkeit zur Auszehrung Deutschlands führen und den Ruin insbesondere des deutschen Arbeiters bewirken. Getrieben werden mußte und konnte eine Heimatpolitik und Heimatwirtschaft, die den nationalen Gedanken nüchtern und fest verfocht, die den wirtschaftlichen Schwerpunkt auf den heimischen Boden legte und dort festhielt, die schließlich alles tat, um den Arbeiter nun endlich zum bewußten Mitträger des deutschen Ganzen zu machen, gerade auch nach außen, den anderen Mächten gegenüber.

Damals schon, in den ersten Jahren, offenbarte sich die völlige Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie und der marxistischen Gedanken und auch ihre Schwäche. Schon 1919 verband sich die Sozialdemokratie mit der jüdischen Demokratie, die damals sehr stark war. Diese Demokratie bedeutete die ungemischte offene Vertretung des Kapitalismus, der internationalen Geldherrschaft. Die folgenden Betrachtungen werden uns von Beispiel zu Beispiel, von Beweis zu Beweis für diese unwahrscheinlich klingende Behauptung führen, daß die Sozialdemokratie auch von 1919 bis zur Gegenwart nicht allein dem Kapitalismus nie zu nahe trat, sondern ihm im Gegenteil diente. So war ihre Verbindung mit jener Demokratie — Bismarck nannte sie die Vorfrucht der Sozialdemokratie — in ganz natürlichem Verwandschaftsgefühl.

Es war kein Zufall, als im Jahre 1848 und 1871 die Communards in Paris Straßenzüge und Paläste der sogenannten vornehmsten Stadtviertel niederbrannten, aber die Gebäude der Banken und die Privatpaläste des jüdischen Barons Rothschild unter ihren Schutz nahmen. Die Zitadellen des Kapitalismus rührte der Marxismus nicht an, sie waren ihm heilig. Wir haben im ersten Abschnitt dieser Schrift gesehen, daß Marx und Engels selbst das Gedeihen des Kapitalismus wollten, und als Begründung behaupteten, daß mit der Machtzunahme des Kapitalismus der Augenblick des „großen Kladderadatsch“ sich nahe und nur durch ihn herbeigeführt werden könne. Ende des neunzehnten und Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts konnte man das den Massen aber nicht erzählen. Für sie hatte man ein demagogisches Opium, man schrie mit nie versagender Lungenkraft und schrieb: Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder! Dabei arbeitete man für ihn und in seinem Dienst, und der eigentliche Kampf richtete sich nach wie vor gegen alles Bestehende, Bodenständige.

Jene Volksbeauftragten von 1918/19 — die kein Volk beauftragt hatte, wenn nicht die Exponenten des jüdischen Volkes — verkündeten in ihren ersten Aufrufen mit großem Gepränge: nunmehr werde die Sozialisierung, in erster Linie die des Bergbaues, ihren Anfang nehmen. Gläubig lauschten die der roten Fahne folgenden Arbeiter, und — damit hatte die Sache ihr Bewenden.

Eben damals, 1919, hatte Adolf Hitler mit ein paar Freunden die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gegründet und gab ihr gegen Ende jenes Jahres das Programm, welches noch heute seine Gültigkeit hat, ohne daß ein Buchstabe daran geändert worden wäre. In den seitdem verflossenen Jahren ist viel über den Namen dieser Partei geredet worden: man hätte sie doch lieber nationalsoziale Partei oder irgendwie anders nennen sollen, nur nicht sozialistisch. Sozialistisch sei nun einmal gleichbedeutend mit SPD. und KPD. Entweder brauche die Partei diesen Namen nur aus propagan-

diktischen, demagogischen Motiven, um die Arbeiter an sich zu ziehen, so sagte man auf der linken Seite; oder, so sagte man auf der rechten Seite, die Namensbezeichnung „Sozialistische“ ist ernst gemeint, und dann sind es eben wirkliche Sozialisten, die eines Tages als Kommunisten enden werden. Heute wie damals behauptet die Rechte wie die Linke, daß „sozialistisch“ und „national“ unvereinbare Gegensätze seien.

Will man die Mission und Aufgabe der großen und mächtigen nationalsozialistischen Bewegung von heute erkennen und klar im Auge behalten, so dürfen die Gedanken Hitlers und seiner Leute nicht vergessen werden, die damals zur Gründung der Partei und zur Namengebung geführt haben:

Die Sozialdemokratie, der Marxismus überhaupt, stand als der Verderber des Deutschen Reiches und des deutschen Gedankens, als der Motor des Umsturzes und der Machthaber in Deutschland vor aller Augen. Die damals vorhandenen drei Zweige des internationalen Sozialismus: die SPD., die USPD., die KPD., gaben sich jede als Arbeiterpartei und konnten als Beweis auf die ihnen folgenden Arbeitermassen zeigen. Jede von ihnen erklärte sich mit Stolz für international und sozialistisch. Hitler setzte dem bewußt und ausdrücklich die nationalsozialistische Arbeiterpartei entgegen, im Gedanken, daß eine wirkliche Arbeiterpartei, eine Partei, die sich mit dem Arbeiter gleichsetzt, sein Recht und die Durchsetzung der ihm im Staat zukommenden Stellung als ihre Pflicht ansieht, daß eine solche Partei einerseits sozialistisch sein muß, aber auch nationalistisch. Internationaler Sozialismus ist Widerspruch in sich, wenn wir unter Sozialismus eine Ordnung verstehen, die den deutschen Arbeiter zum vollgewerteten Volksgenossen machen will. So ungefähr mag Hitler gedacht haben, als sich in seinem Kopf das Programm zu formen begann und er diesen Namen fand. In wenig Worten: die Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wollte von vornherein dem bekannten, aber in seinen eigentlichen Grundlagen wenig gekannten internationalen Sozialismus den ganz unbekannten nationalen Sozialismus entgegensetzen. Das war eine Eingebung und eine Tat, die auch dann einen dauernden Wert gehabt haben würden, wenn aus der Partei die große, gewaltige Bewegung von heute nicht erwachsen wäre.

Ein fernes Ziel und eine große Aufgabe kann man zuerst nur in großen Umrissen wahrnehmen. Die Einzelheiten, die Felder für die praktische Arbeit, die Wege und die Hindernisse, die Art der jeweiligen Ausführung, das alles zeigt sich erst im Verlaufe von Kampf und Arbeit, und da heißt es denn: Verwirklichung und Reinhalten der großen Ursprungsidee unter allen Umständen.

Der internationale Sozialismus hatte, wir müssen das hier wiederholen, als Grundlagen von Marx die Sätze bekommen: Der Arbeiter, der „Prole-

tarier“, hat kein Vaterland, soll keines haben, er bildet eine Klasse, alle anderen Klassen sind seine Feinde, die er besiegen muß. In den anderen Industrieländern besteht derselbe Zustand, folglich: Proletarier aller Länder, vereinigt euch, ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten, und ihr habt alles zu gewinnen!

Der nationale Sozialismus sagt: Der Arbeiter ist ein Glied seines Volkes wie jeder andere Deutsche, gehört zu Volk und Vaterland und ist auch mit dem letzteren eng und unauflöslich verbunden, während er mit den Arbeiterschaften anderer Länder in Wirklichkeit nichts zu tun und nichts gemeinsam hat. Der deutsche Arbeiter ist kein Proletarier, soll keiner werden. So setzt der Nationalsozialismus an die Stelle einer internationalen Klassengenossenschaft die nationale, die deutsche Volksgenossenschaft. Er anerkennt keine Klassen und verwirft damit ohne weiteres auch den Klassenkampf. Er verwirft ihn mit um so größerer Schärfe, als es ja der Klassenkampf gewesen ist, unter dessen Haßrufen jener tiefe, mit Haß und Gift angefüllte Spalt in das deutsche Volk hineingerissen worden ist. Der Nationalsozialismus will, daß der Arbeiter sich mit den anderen Volksgenossen der verschiedenen Berufsstände und Schichten im Gedanken der Volkszugehörigkeit und des allen gemeinsamen deutschen Bodens zusammenfinden und zusammenschließen muß. Der Arbeiter soll an Besitz und Verantwortlichkeit im Vaterlande nicht hinter den anderen Berufsständen zurückstehen.

Der volksgenössische Gedanke ist natürlich und organisch, während der internationale Klassengenossengedanke künstlich und unnatürlich von seinem Schöpfer darauf gerichtet worden ist, die naturgegebenen Einheiten der Nation und damit der Volksgemeinschaft zu zerreißen. Für den Nationalsozialismus ist das Volk nicht ein wahllos zusammengelaufener Haufen von Menschen, sondern ein organisches Ganzes wie ein Baum. Und ebenso, wie es am Baum von den Wurzeln bis zu den Blättern und Blüten nichts gibt, was schlechter und weniger notwendig zum Gedeihen des Ganzen wäre als das andere, so gilt auch für die Volksgenossenschaft als Ganzes, daß kein Volksgenosse von vornherein dem anderen gegenüber höherwertig oder minderwertig ist, noch auch so angesehen und behandelt werden darf.

In diesen wenigen klaren und einfachen und in sich unwiderleglichen Sätzen liegt die gewaltige, schwierige und schöne Aufgabe des nationalen Sozialismus enthalten. Aus ihnen geht auch hervor, daß die NSDAP. nie eine Klassenpartei noch eine Interessentenbewegung sein, niemals von Interessentengruppen abhängen kann. Jeder wirkliche Nationalsozialist weiß, daß die große Aufgabe nur gelöst, der große Gedanke nur verwirklicht werden kann, wenn die Partei ganz unabhängig nach allen Seiten ihr Ziel verfolgt und ihren Kampf führt.

In den letzten zehn Jahren ist zum Schlagwort geworden: „Wir Deutschen

müssen wieder ein Volk werden." Alles in dem Satze ist richtig außer dem Wort „wieder", und das deswegen, weil die Deutschen noch niemals ein wirkliches Volk gewesen sind, während ihrer ganzen Geschichte niemals. Es ist also nicht so, wie viele wohlmeinende Menschen in Deutschland heute denken: vor dem Kriege seien die Deutschen eine einige Nation, ein wirkliches Volk gewesen, nur die Revolution und ihre Folgen hätten sie auseinandergerissen. Jetzt müsse man darangehen, die Einigung auf dem Boden der Vorkriegsverhältnisse wieder zu vollziehen. Wer der Darstellung dieser Schrift gefolgt ist, weiß, daß diese Auffassung nicht, leider nicht, den Tatsachen entspricht. Mitten im Glanz und auf der Höhe der deutschen Macht nach außen hin waren die Deutschen keine Nation, kein Volk, die Kluft der Ungelöstheit der sozialen Frage und der Ungerechtigkeit der bestehenden Verhältnisse verbreiterte und vertiefte sich von Jahr zu Jahr. Die Bevölkerung wuchs jährlich in großem Maßstabe an, und dieser Zuwachs betraf hauptsächlich die Arbeiterbevölkerung. So betrachtet, nahm deren Macht als Ganzes steigend zu. Die herrschenden Schichten wurden mit zunehmender Sorge für die Fortdauer ihrer Herrschaft erfüllt, und so wurde, auch von dieser Seite gesehen, die vom Marxismus geführte und verführte Arbeiterschaft als der Feind des Vaterlandes, überhaupt alles Bestehenden angesehen. Zwei Fronten standen einander unversöhnlich, kampfbereit gegenüber.

Der Kampfruf Hitlers, mit dem er im Jahre 1919 in die Öffentlichkeit trat, war: Nieder mit dem Marxismus! Warum? Es gab doch auch sonst genug Gegner und Feinde des deutschen Volkes von hoher Gefährlichkeit! Nun, wir können das kurz und klar ausdrücken: durch den Marxismus in erster Linie war der Krieg verlorengegangen und war das ganze Elend und die Schande des Umsturzes und der Nachkriegszeit über Deutschland hereingebrochen, der Marxismus in erster Linie hatte das Volk zerrissen, der Marxismus machte unmöglich, es von innen heraus zu einigen. Durch den Marxismus war die Arbeiterschaft in den Gegensatz zu allem Deutschen gebracht worden. Der Marxismus hatte sie während dreiviertel Jahrhunderte nicht aus ihrer Sklavenstellung befreit. Erst nach Vernichtung des Marxismus konnte die Bahn frei werden für eine deutsche Zukunft des deutschen Arbeiters als Volksgenosse mit den anderen in der großen deutschen Gemeinschaft.

Weil der Nationalsozialismus nun dieses wollte und will, trat er auf als ein ganz neues Gebilde, nicht zu vergleichen mit irgendeiner anderen Partei. Die sogenannten nationalen Parteien, die Rechte und die Mitte, sind heute noch außerstande und nicht des Willens, daß der Arbeiter, weiter gegriffen der Arbeitnehmer, befreit werde. Sie, die „höheren Klassen", „die Führerschicht", beanspruchen diese Stellung noch weiterhin und haben von Anfang

an versucht, den Nationalsozialismus dafür einzuspannen. Dieser lehnt es ab, eine Rechtspartei zu sein. Er ist auch keine Linkspartei und keine Mittelpartei, sondern hat mit dieser ganzen Parlamentsgeographie nichts zu schaffen. Deshalb ist der Nationalsozialismus auch in den Parlamenten immer für sich und hat mit natürlicher Notwendigkeit alle anderen Parteien, die rechten, die mittleren und die linken, als Gegner gegen sich. Diese Gegnerschaft trat ganz unverhüllt und drastisch besonders hervor, als die Nationalsozialisten in den Parlamenten nur schwach vertreten waren: alle Parteien mißhandelten die kleine nationalsozialistische Gruppe und beeinträchtigten sie in jeder Weise. Als dann im Herbst 1930 die NSDAP. mit 107 Abgeordneten in den Reichstag einzog, wurde der Ton der anderen auf einmal ganz anders. Genug!

Für den Arbeiter und die Arbeit

So war der Weg der nationalsozialistischen Arbeiterpartei in den Parlamenten wie im Lande einsam, und er mußte es sein. Sie war nicht stark genug, um ihre Ideen und Ziele durchzusetzen, aber bei jeder Entscheidung verkündete sie dieselben und stellte sie gegen die Beschlüsse und Ansichten der anderen Parteien. Nichts hat die Richtigkeit der nationalsozialistischen Auffassungen und Ziele schlagender bestätigt als die politische Geschichte der vergangenen Jahre, der Auffassung nämlich, daß das Wohl und Wehe des Arbeiters, ob Marxist oder nicht, vollkommen abhängig ist von dem Wohl und Wehe der Nation:

Der Nationalsozialismus ist schon in jenen ersten Jahren nicht müde geworden, den Arbeitern zu sagen, daß das Diktat von Versailles ihr Verderben und ihre Verelendung bedeuten würde. Die Marxisten hatten dem Arbeiter dagegen vorgespiegelt, daß die Unterzeichnung dieses sogenannten Vertrages die ganze Umwelt mit Vertrauen und Freundschaft zu Deutschland und besonders zum deutschen Arbeiter erfüllen werde. Dieselbe Sozialdemokratie sagte aber auch, wie einer ihrer jüdischen Führer, Eduard Bernstein, im sozialdemokratischen Zentralorgan: es sei zu erwarten, daß die tüchtigsten Arbeiter in den nächsten Jahren aus Deutschland auswandern würden, weil sie im Auslande bessere Bezahlung zu erwarten hätten als in Deutschland. Die Marxisten fanden es nur begrüßenswert, daß tüchtigste Deutsche in Massen ihr Land verließen, sie hatten keinerlei Gefühl dafür, daß sie Volksgenossen seien, die so ihrem Volke für immer verlorengehen würden; die Arbeiter„klasse" war ja international! —

Die Nationalsozialisten haben damals und später dem Arbeiter gesagt: Ihr werdet nur dann der Verelendung entgehen, wenn Deutschland eine nationale, eine Heimatwirtschaft treibt und sich nicht vom internationalen Kapitalismus in Ketten schlagen läßt. Die Nationalsozialisten haben die Inflation der ersten zwanziger Jahre sofort gekennzeichnet als ein großes Bank- und Börsenmanöver der internationalen Finanz, um Deutschland auszusaugen, mürbezumachen und dann den deutschen Arbeiter für den internationalen Kapitalismus jahraus, jahrein arbeiten zu lassen. Der deutsche Arbeiter hörte nicht, sondern hoffte und schwärmte von pazifistisch-internationalen Träumen, wie seine marxistischen Verführer ihn gelehrt hatten.

Die Probe auf das Exempel kam schnell mit dem Jahre 1924. Es brachte die ausgesprochene Herrschaft des internationalen Kapitalismus über die deutsche Wirtschaft und damit über das Wohl und Wehe des deutschen Arbeiters durch — deutsches Reichsgesetz!! Die Nationalsozialisten stimmten als einzige der Parteien im Reichstage gegen diese mörderischen Dawesgesetze, abgesehen zwar von den Kommunisten, deren Ziele bekanntlich aber nur darauf gerichtet sind, zu zerstören und auf den Trümmern eine Räterepublik nach russischem Muster zu errichten. Durch jene Gesetze wurde Deutschland zur amtlich erklärten Ausbeutungskolonie für das internationale Kapital. Der Kapitalismus hat nur ein Ziel: das Geldgeschäft und immer wieder das Geldgeschäft. Seine Methode und sein Grundsatz sind, möglichst großen Gewinn durch fremde Arbeit mit möglichst geringen Unkosten herauszupressen. Der soziale Gedanke ist dem Kapitalismus an sich vollkommen fremd, und in der Praxis ist er sein erbitterter Gegner, denn sozial sein — höhere Löhne, bessere Lebenshaltung und sonstige Lebensbedingungen für die Arbeitnehmenden — kostet Geld, vergrößert mithin die Unkosten für den Kapitalismus. Dieser richtet sich lediglich nach den Konjunkturen, und es kann unter gewissen Verhältnissen ihm auch einmal zweckmäßig erscheinen, ungezählte Arbeiter auf die Straße werfen zu lassen.

Als im Sommer 1924 jene Dawesgesetzentwürfe im Reichstage umkämpft wurden, da trat der damalige Finanzminister Dr. Luther mit einer dringenden Mahnung auf, diese segensreichen Gesetze doch um des Himmels willen zu bewilligen. Er führte aus — seine Rede wurde Anfang August gehalten —: im Juni habe man 200000 Erwerbslose gezählt, im Juli bereits 300000. Wenn der Reichstag die Dawesgesetze nicht bewillige, so würde die Zahl der Erwerbslosen weiter steigen. Bewillige er sie aber, so würden die Arbeitslosen verschwinden. Die Nationalsozialisten erhoben gegen diese ungeheuerliche, leichtfertige Behauptung schärfsten Einspruch und wiesen nach, daß das Gegenteil eintreten werde. Ende August 1924 wurden die Dawesgesetze bewilligt, und in der Folge stieg die Erwerbslosigkeit in die Millionen und

dann weiter bis zu dem jetzigen furchtbaren Zustand. Wie gesagt, das lag klar vor jedem nüchternen Urteil, und doch stimmten alle Parteien für diese Arbeiterversklavungs- und Verelendungsgesetze von den Deutschnationalen bis zur sozialdemokratischen Partei, die sich Arbeiterpartei nennt.

Die SPD. hatte auch kein Wort des Widerspruches und der Entrüstung gegen die Ausführungen jener Denkschrift der internationalen Finanzsachverständigen: die Personentarife der dritten und vierten Eisenbahnklasse müßten erhöht werden, die der ersten und zweiten Klasse herabgesetzt werden, denn: die Armen und Ärmsten der dritten und vierten Wagenklasse benutzten die Eisenbahn nur, wenn sie müßten, würden daher auch sich den höheren Fahrpreis vom Munde absparen. Die Bemittelten benutzten dagegen die Bahn, auch wenn sie nicht unbedingt müßten, sie müsse man durch Verbilligung des Fahrpreises anlocken. Also es ging gegen die Armen und Ärmsten, gegen die Arbeiterschaft, und die „Arbeiterpartei" fand kein Wort dagegen. Noch ein Beispiel:

Dieselbe Denkschrift verlangte Erhöhung der Tabakzölle und gleichzeitig ein Verbot, daß billige Tabakersatzstoffe verkauft werden dürften. Den Armen und den Ärmsten wollte man ihr bißchen Genußmittel zugunsten des Profites der ausländischen Tabakeinfuhr verteuern oder aber unmöglich machen. Die Sozialdemokratie, die „Arbeiterpartei", hatte nichts dagegen einzuwenden, während die Nationalsozialisten in beiden Fällen mit größter Schärfe gegen dieses niederträchtige Vorgehen auftraten als einzige von allen Parteien, die sich national oder sonstwie nannten und ganz selbstverständlich fanden, daß die Arbeiterschaft vor allem belastet, ausgenutzt und bedrückt werde.

Bei Beginn des Kampfes um die Dawesgesetze brachte der sozialdemokratische „Vorwärts" ein Bild: da stand ein Arbeiter in demütig-dankbarer Haltung, sah zur aufgehenden Sonne hin, in deren Strahlenkreis das damalige Symbol des internationalen Kapitalismus, das amerikanische Dollarzeichen, eingezeichnet war; die Unterschrift war: Endlich will man mir helfen!

Und um dieselbe Zeit schrieb in demselben Blatt der mehrfach genannte Hermann Müller: Jetzt heiße es, engste Fühlung mit dem Weltkapital zu halten, nur so könnte Deutschland gerettet werden. Müller war in seiner Weise ein ehrlicher Mann, er gehörte zu den wenigen seiner Mitführer, die dies wirklich glaubten. Aber konnte es ein besseres Zeugnis geben als das, daß diese wenigen Gutgläubigen nicht fähig waren, zu sehen, was zum Heil und was zum Unheil der Arbeiterschaft diene? Frivol erklärten zwei andere sozialdemokratische Führer: gegen den Kapitalismus könne man nicht mehr kämpfen, man müsse danach trachten, sich nunmehr möglichst behaglich innerhalb des Kapitalismus einzurichten. So ist die Sozialdemokratie auch dauernd verfahren und hat ihre Arbeitergefolgschaft vertröstet und immer

wieder vertröstet. Die Nationalsozialisten dagegen wurden nicht müde, zu warnen und den Kapitalismus mit seinen bürgerlichen Schergen, Bütteln und Nutznießern als den Todfeind des Volkes und der ehrlichen, werteschaffenden Arbeit hinzustellen.

Im Jahre 1926 brachten die heute feindlichen Brüder SPD. und KPD. ein Volksbegehren auf die Beine: die früheren deutschen Fürstenhäuser seien zu enteignen. Die Nationalsozialisten stellten ihrerseits den Antrag: vorher möchten enteignet werden die Fürsten der Banken und der Börse, die Kriegsgewinner, Revolutionsgewinner und Inflationsgewinner. Die Erträge aus der Enteignung sollten den Kriegsbeschädigten und den Kriegshinterbliebenen zugute kommen. So extrem dieser Antrag erscheinen mochte, er hätte praktisch durchgeführt werden können. Alle Parteien des Reichstages ohne Ausnahme stimmten dagegen, die meisten mit höchst sittlicher Entrüstung. Von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten einschließlich lehnte jede Partei ab, gegen irgendeine Erscheinungsform des Kapitalismus, gegen Schieberei und Aussaugung des Volkes vorzugehen. Es war eine überaus lehrreiche Probe.

Im selben Jahre bildete sich ein kartellartiger Zusammenschluß der Eisenindustrie Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs. Ein Ausschuß des Reichstages hatte diesen Zusammenschluß zu billigen oder abzulehnen. Für den deutschen Arbeitnehmer, die Angestellten und Arbeiter bedeutete dieses Kartell: Minimalfestsetzung der Löhne mit der Unmöglichkeit einer wirksamen Zusammenschließung zum Streik. Das Kartell konnte seine Preise festsetzen, ohne daß der deutsche Staat die Macht hatte, demgegenüber irgendwie die Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft und der deutschen Wirtschaft mit Aussicht auf Erfolg wahrzunehmen. Alles lag klar zutage und wurde von den Vertretern der Regierung wie der Parteien ohne weiteres zugegeben. Das hinderte aber keine der Parteien, diesem kapitalistischen Kartell zuzustimmen. Der Vertreter der Sozialdemokratie, der Jude Hilferding, zog in seiner verlegenen Begründung die alte marxistische Theorie heran: der Kapitalismus müsse und solle sich immer höher steigern, damit er nachher zusammenbräche, und so stimmten die Delegierten der sozialdemokratischen „Arbeiterpartei" diesem hochkapitalistischen Kartell zu und lieferten ihm wehrlos ein nach vielen Tausenden und Zehntausenden zählende Arbeitnehmerschaft aus. Nur die Nationalsozialisten protestierten.

Ähnliche Beispiele könnte man aus jedem Jahre der Nachkriegszeit anführen. Immer sehen wir das gleiche Bild: die Nationalsozialisten als die einzigen wirklichen Vertreter des Arbeiterinteresses. So war es auch, als der Nachfolger des Dawesplans, der Youngplan, verhandelt wurde. So war es, wie mit besonderem Nachdruck festgestellt werden muß, als die immer größer werdende Erwerbslosigkeit das deutsche Elend zur Dauerkatastrophe zu ge-

stalten begann. Die Nationalsozialisten sind es gewesen, welche praktische Vorschläge machten, deren Verwirklichung sich sofort als Hilfe und Erleichterung bemerkbar gemacht haben würde. Die Sozialdemokratie dagegen wußte nichts als zu jammern und machte noch im Frühjahr 1931 den Vorschlag, neue Auslandsanleihen aufzunehmen, dabei hatten gerade die Auslandsanleihen der vergangenen Jahre gezeigt, wie diese Wirtschaft nicht zum mindesten zur Arbeitslosigkeit beigetragen hat.

Die Haltung der nationalsozialistischen Bewegung dem Arbeiter gegenüber beruht auf ihrer Gesamtanschauung vom Volk, vom deutschen Volk. Darauf führt alles zurück. Unser Rückblick zeigt, daß die NSDAP. diese ihre Linie ohne das mindeste Abweichen bewußt und unbeirrt verfolgt hat. Das will sagen: gegen den Kapitalismus, gegen den Internationalismus, gegen alle Bestrebungen, den Arbeiter zu unterdrücken, ob vom Auslande her oder durch ausbeutende und Herrschaft beanspruchende Schichten und Berufsstände in Deutschland. Der Nationalsozialismus kämpft für den Arbeiter in dem Sinne: er will ihn und seine Arbeit befreien von der kapitalistischen Ausnutzung, er will ihn auch in jeder anderen Beziehung zum voll und gleich gewerteten Volksgenossen machen. Diese kurzen Worte bedeuten, das sei festgestellt, eine grundstürzende und grundlegende soziale Umwälzung. Mit Reformen und einigen Gesetzen hier und da ist nichts getan. Reformen sind Halbheiten, ja, noch viel weniger. Sie gleichen einem Pflaster, das sich ein mit schwerer innerer Krankheit behafteter Mann von einem Kurpfuscher aufkleben läßt und Heilung davon erhofft. Der Kranke wird nicht nur keine Heilung finden, sondern schnell zugrunde gehen, weil er im irrigen Vertrauen auf das Pflaster das eigentliche Leiden überhaupt nicht mehr zu behandeln versucht.

Der sozialdemokratische und marxistische Kommunismus hat jahrzehntelang dem Arbeiter die herrlichsten Dinge versprochen: den sozialistischen Zukunftsstaat, den er als politisches und soziales Schlaraffenland nicht verlockend genug zu schildern wußte. Eine traurige und verächtliche „Berühmtheit“ haben die sozialdemokratischen Phrasen aus der Umsturzzeit: „Friede, Freiheit, Brot“, „Das Reich in Schönheit und Würde“ erlangt, deren tatsächliches Gegenteil dann bald genug eintrat und zum Dauerzustande wurde. Der Nationalsozialismus hat niemals Versprechungen gemacht, sondern immer nur zu allen Fragen Stellung genommen, seine Ziele aufgestellt und verkündet und aufgefordert, seine Worte und seine Handlungen miteinander zu vergleichen.

Arbeiterpartei nennen sich die Nationalsozialisten, und demgemäß ist ihr Grundgedanke auch die Arbeit, und eben deshalb wiederum fordern sie mit allem Radikalismus und keinem Kompromiß zugänglich die Anerkennung und Vollbewertung der bisher verachteten Handarbeit des Handarbeiters.

Wir kommen hier zu einem höchst charakteristischen Unterschied und Gegensatz zwischen dem nationalen Sozialismus und dem internationalen Sozialismus bzw. dem Marxismus.

In jenen herrlichen Schilderungen des sozialistischen Zukunftsstaates in Einzelschriften oder in Aufsätzen wurde mit besonderem freudigen Nachdruck versichert, daß man dann nur ganz wenig zu arbeiten brauche. Der Marxismus verachtet grundsätzlich die Arbeit, sie ist ihm ein notwendiges Übel, und wissende marxistische Führer sind sich in dem Gedanken einig, daß Arbeit nur für die Dummen sei. Daß es gewiß auch unter marxistisch erzogenen Arbeitern solche gibt, die gern arbeiten, ohne Arbeit nicht leben können, ändert nichts an eben dieser Tatsache, daß der Marxismus an und für sich zu Verachtung und Haß der Arbeit erzieht. Im Anfang dieser Schrift ist von der verächtlichen Geringschätzung die Rede, die Karl Marx und sein Freund Engels der Arbeiterschaft, die sie lediglich als Werkzeug ihres revolutionären Gedankens behandelt wissen wollten, entgegenbrachten. Sie fanden, daß die „Straubinger" oder „das Gesindel" zu nichts nutze seien, wenn sie nicht in Revolutionen ihr Blut hergäben. An den sittlichen Wert der Arbeit an sich hat man in der Sozialdemokratie nie gedacht, nie ein Wort davon gesprochen.

Über dem Eingang zum nationalsozialistischen Staat wird das Wort: „Arbeit" stehen. Die Arbeit wird in dem nationalsozialistischen Staate die Herrschaft haben, und der Gedanke der Arbeit wird alle Verhältnisse und Einrichtungen durchdringen. Volle deutsche Staatsbürgerschaft und Arbeiten des Arbeitsfähigen gehören zusammen und sind eines vom anderen abhängig. Das ist, wenn man auf die bisherigen Verhältnisse und Zustände zurückblickt, ein ganz neuer Gedanke, ein volksgenössischer und in diesem Sinne durchaus sozialistischer Gedanke, und das gilt ebenso, vielleicht in noch höherem Grade, von dem folgenden: jeder arbeitsfähige Volksgenosse im nationalsozialistischen Staat hat die Pflicht zur Arbeit, aber er hat auch **das Recht auf Arbeit** und den durch nichts bedingten Anspruch, daß der Staat ihm Arbeit schafft, und zwar eine Arbeit und ein Maß von Arbeit, wie er sie für eine eines deutschen Volksgenossen würdige Existenz braucht. Der Staat seinerseits hat dementsprechend allen Volksgenossen gegenüber **die Pflicht, ihnen Arbeit zu schaffen.**

Deutscher Sozialismus in der Wirtschaft

Wer näher zusieht, wird ohne weiteres bemerken, daß diese beiderseitigen Rechte und Pflichten an sich schon eine tiefgehende Umwälzung der bisherigen und heute noch geltenden Zustände und Einrichtungen bedeuten. Sie werden

in geradem Gegensatz zu jenem „freien Spiel der Kräfte“ stehen, jenem Ideal des Liberalismus, von dem an anderer Stelle gesprochen worden ist. Wenn bisher und heute ein industrieller Betrieb von heute auf morgen soundso viele Arbeiter und Angestellte auf die Straße wirft, sei es, weil er nicht anders kann, oder andere Gründe hat, die von profitlichen Erwägungen ausgehen, so kann der Staat wohl mit den Arbeitgebern in Verhandlung treten, er kann mit ihnen Erwägungen anstellen, aber er kann dem Arbeitgeber nicht erklären, daß er seine Gründe nicht anerkenne und dieser deshalb die Entlassungen wieder rückgängig machen müsse. Der Staat wird dann aufrichtig bedauern, er hat das Seinige getan, muß aber ebenfalls bedauern, im Augenblick öffentliche Arbeiten nicht vergeben zu können, also: später, hoffentlich sehr bald, augenblicklich leider nicht möglich. Im nationalsozialistischen Staat wird derartiges unmöglich sein. Unmöglich kann es aber nur gemacht werden, wenn die Grundlagen der Rechte und Befugnisse des Staates nicht allein erweitert, sondern auf neuen Boden gestellt werden. Der Staat muß, um seiner Verpflichtung gegenüber dem Recht des Volksgenossen auf Arbeit Genüge leisten zu können, neben der Schaffung öffentlicher Arbeitsmöglichkeiten auch autoritative Kontrollrechte dem gesamten Arbeitgebertum gegenüber besitzen. Die Verpflichtung, jedem Volksgenossen Arbeit zu schaffen, ist eine sittliche, völkische Selbstverständlichkeit. Der Staat kann sie aber nur dann übernehmen, wenn er in alle Betriebe, in alle Gebiete überhaupt, wo gearbeitet wird, autoritativ eingreifen kann. Hieraus ergibt sich, daß nur ein nationalsozialistischer Staat, eine nationalsozialistische Staatsgewalt, diese Aufgabe bewältigen kann und mit Gerechtigkeit durchzuführen vermag.

Was vor hundert Jahren eine soziale Ungerechtigkeit an sich bedeutete, ist heute zu einer Unmöglichkeit für Staat und Volk als Ganzes geworden. Vor hundert Jahren, auch vor achtzig und vor sechzig Jahren war die deutsche Bevölkerung viel kleiner als heute, und ihr Großteil lebte von der Landwirtschaft. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Zwar ist die deutsche Landwirtschaft an sich in der Lage, sie kann durch eine vernünftige Wirtschaft des Staates für die Dauer dahin gebracht werden, die Ernährung für das gesamte deutsche Volk aufzubringen. Die Bedeutung der Industrie ist aber unvergleichlich größer als früher, einmal wegen der Ausfuhr, dann wegen des Steigens der Bedürfnisse des täglichen Lebens und der wachsenden Kompliziertheit des öffentlichen Lebens, man braucht nur an den Verkehr mit allen notwendigen Einrichtungen zu denken.

Es ist von Anfang an ein nationalsozialistischer Gedanke gewesen, nach einem weitsichtigen Plan die Bevölkerung nach Möglichkeit aus den großen Städten heraus wieder aufs Land zu führen. Die Not unserer Tage hat diesen Gedanken auch denen aufgezwungen, die vorher nichts davon wissen

wollten und die Auffassung hatten: je größer die Millionenstadt, desto größer „der Fortschritt“. Die Zeiten sind vorbei, die „Reagrarisierung“ ist zu einer Forderung von anerkannter Gültigkeit geworden. Das ist ein wirklicher Fortschritt! Aber man soll sich darüber nicht in Schwärmereien verlieren, sondern der eignen Phantasie die Flügel beschneiden. Auch nur hunderttausend Bauern als lebensfähige Siedler ansetzen, ist ein großes Werk und nimmt einen beträchtlichen Zeitraum in Anspruch. Im heutigen Deutschland handelt es sich aber um Millionen von Menschen, die seit Jahren nach auskömmlicher und gesicherter Arbeit schreien. Wir können uns vorläufig einen bestimmten Zeitpunkt noch nicht denken, von dem man sagen könnte: dann sind keine Erwerbslosen mehr vorhanden! Es sei denn, daß eine nationalsozialistische Regierung ans Ruder käme. Dann freilich würde die Sache schnell anders aussehen. Im nationalsozialistischen Staat kann es eine Arbeitslosenfrage nicht geben, wohl aber wird er sich vor der großen Aufgabe sehen, die Arbeit zu einer sozialen Lösung zu bringen und dem Arbeiter die Freiheit zu geben.

Ein industrieller Großbetrieb, mag es sich um Hausbedarf oder Maschinen oder um Kohlenförderung handeln, ist heute nicht mehr die persönliche Angelegenheit eines Besitzers oder einer Aktiengesellschaft. In den Groß- und Mittelbetrieben Deutschlands arbeiten Millionen und aber Millionen von Angestellten und Arbeitern, dazu kommen die Familien der Verheirateten. War es vor achtzig Jahren schon eine Anmaßung, wenn ein Inhaber sagte: was sich zwischen ihm und seinen Angestellten und Arbeitern begebe, gehe niemanden etwas an, vor allem nicht den Staat, so ist heute ein solcher Standpunkt eine groteske Lächerlichkeit. Auch der wohlmeinendste und gerechteste Arbeitgeber kann nicht die Kompetenz haben, noch der Verantwortung gewachsen sein, die ihm die Menge seiner Angestellten und Arbeiter auferlegt. In der alten Armee hatte jeder Offizier, vom Leutnant bis zum Korpskommandeur, über jeden Mann des ihm unterstellten Truppenkörpers auf das genaueste Rechnung abzulegen und war für den kleinsten Vorfall verantwortlich, mit Recht, denn für die Dauer von zwei Jahren waren ihm die jungen Deutschen, die ihrer Dienstpflicht nachkamen, vollständig anvertraut; zwei Jahre! Und für die vielen Millionen arbeitende Deutsche jedes Alters und Geschlechtes, die in privaten Betrieben für Eigentümer oder Aktiengesellschaften ihr ganzes Leben lang um Lohn arbeiten, sollte der Staat nicht die Pflicht der Verantwortung haben, nicht das Recht und die Pflicht, von ihren Arbeitgebern jeden Augenblick Rechenschaft zu verlangen und diese unbeschränkt zu kontrollieren!!

Diese Forderung an den Staat läßt sich freilich bei dem jetzt in Deutschland geltenden Standpunkt nicht stellen. Danach hätte der Staat durchaus kein Recht dazu, auch läuft ein solcher Gedanke den herrschenden Anschau-

ungen von Grund aus zuwider. Weder der konservative noch der liberale noch auch der demokratisch-parlamentarische Staat hat Raum für eine solche Forderung, denn sie geht vom Volksgedanken aus. Das Bürgerliche Gesetzbuch erklärt sogar, daß der Privateigentümer mit seinem Eigentum machen könne, was er wolle. Auf dem Boden dieser „freiesten aller Verfassungen“ ist es also nicht möglich, für die Freiheit der werktätigen Volksgenossen wirksam einzutreten. Der „Staat“ hat sich bewußt und überlegt selbst die Hände gebunden. Das Geld, der Kapitalismus, sollte legitimer Tyrann bleiben.

Keine einzige der politischen Parteien hat gegen die Herrschaft des Geldes je ernsthaften Einspruch erhoben oder gar dagegen gekämpft. Die einzelnen Artikel der Weimar-Verfassung und sie selbst als Ganzes sind von den rechtsgerichteten Parteien während der Dauer der sogenannten Nationalversammlung scharf kritisiert und abgelehnt worden. Aber keine Partei, kein Abgeordneter hat sich gegen die Herrschaft des Geldes über die Arbeit auch nur mit einem Wort gewandt. Dieses heiße Eisen ist während jener langen Erörterungen überhaupt nicht angerührt worden. Das ist das Bezeichnende: auch die „Arbeiterpartei“, die Sozialdemokratie, hat den Mund nicht aufgetan, begreiflich genug, denn sie schob nach wie vor die alte marxistische Theorie vor, daß der Kapitalismus weiter sich steigern müsse, um schließlich den Sieg des Proletariats vollständig und zerschmetternd werden zu lassen. Natürlich hat auch 1919 kein einziger der Führer dieser Partei daran geglaubt. Sie fühlten sich als „Diener am Kapitalismus“, so war ihre Rolle selbstverständlich.

In Weimar traten damals manche neuen Parteien auf, aber kein einziger neuer Gedanke. Es war die alte Geschichte: konservativ, national, liberal und national, liberal und international, demokratisch, sozialdemokratisch, Zentrum. Alle wollten das gleiche wie früher, nur in etwas anderer Form. Während des Krieges hatte man von dem Gefühl der Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen salbungsvoll geschrieben und geredet. Aber der Weimarer Verfassungsentwurf kannte den Volksgedanken nicht, keine der Parteien trug ihn in sich, nein, Partei und Klasse, Herrschsucht und Auflehnung und über allem die stillschweigende Anerkennung der autoritären Machtstellung des Geldes, dem alles und alle selbstverständlich zu dienen hätten.

Der Nationalsozialismus, der in Weimar nicht vertreten war, wurde er doch im gleichen Jahre 1919 durch Adolf Hitler ins Leben gerufen, hat dann im weiteren Verlaufe die große Forderung der Volksgenossenschaft aufgestellt und geformt. Andere Nationen haben diesen Gedanken als etwas Selbstverständliches.

In dem Augenblick, da wir den anderen Deutschen nicht als den Angehörigen irgendeiner Klasse oder eines Berufes oder einer Schicht betrachten, die uns nichts angehe, weil wir einer anderen Klasse usw. angehörten, sondern in ihm lediglich den Volksgenossen sehen, ist jene nationalsozialistische Einstellung gegenüber dem industriellen Großbetrieb eine Selbstverständlichkeit. Gewiß, man hält uns entgegen, es sei nun doch einmal in der Welt so, daß befohlen und gehorcht werden, es Herren und Diener geben müsse. Daß in dieser Welt befohlen und gehorcht werden muß, das wissen wir allerdings, und das weiß auch jeder Arbeiter. Daß es aber Herren und Diener geben müsse, eine befehlende Klasse und eine Gehorcherklasse, das wissen wir freilich nicht, erkennen es nicht an und kämpfen mit der größten Schärfe gegen diese wahrhaft niederträchtige Auffassung. Der Kampf ist heftig, er wird vielleicht lange dauern, denn er entspringt einer Jahrzehnte währenden schlechten Überlieferung und einem Geist, der, solange er herrscht, eine wirkliche deutsche Gemeinschaft und Volkwerdung unmöglich macht.

Ein Jude, der damalige Minister Walter Rathenau, der 1922 getötet wurde, sprach das viel bewunderte Wort: Die Wirtschaft sei das Schicksal. Napoleon hat einmal, und zwar dem deutschen Dichter Wieland, gesagt: Was redet man von Schicksal, die Politik ist das Schicksal! Der Ausspruch Rathenaus war also nur eine Nachäffung. Für uns ist weder die Politik noch die Wirtschaft das Schicksal der Deutschen, sondern der Geist — man könnte hier statt Geist sogar besser die Seele sagen —, aus dem Politik und Wirtschaft getrieben werden, und das ist der Geist innerlichster Volkszusammengehörigkeit. Solcher Geist kann ebensowenig wie wertvolle deutsche Arbeit die Herrschaft des Geldes ertragen. Diese Erkenntnis hat während der letzten zehn Jahre so starke Fortschritte gemacht, daß jetzt der Augenblick bevorzustehen scheint, die Herrschaft des Geldes endlich abzuschütteln.

Die Deutschen haben sich nicht nur willig, verständnislos, lungernd und erbärmlich der Herrschaft des Geldes äußerlich untergeordnet, sondern wir müssen zugestehen, sie taten und tun es auch noch zu einem beschämenswert großen Teil innerlich. Es steht ja leider nicht nur in Romanen, daß der Reichgewordene, einerlei, ob er etwas oder nichts wert ist, ohne weiteres eine anerkannte Macht darstellt und überall eine Achtung und Beachtung findet, von der keine Rede sein würde, wenn er kein Geld hätte. Hier wird der Einwand erhoben: gewiß sei das nicht schön, aber die Menschen wären nun einmal so, man müsse mit ihnen rechnen, wie sie seien, und sich keinesfalls idealistischen Träumen hingeben. — Solange der Egoismus herrscht, werden gewiß die meisten Menschen auf der Jagd nach materiellen Gütern sein und alle anderen weitgehend mit dem materiellen Maßstabe messen. Trotzdem hat es eine Zeit gegeben, da es für unsere Vorfahren eine Schande und ein Fluch war, sich durch Gold und Geld bestimmen zu lassen. Sicher

kann man aus Menschen keine Engel machen, aber wir sind doch der Überzeugung, daß bei uns besonders seit dem Kriege auch dem Geld gegenüber eine tiefe Wandlung der Anschauung eingesetzt hat.

Fühlen wir uns nun als eine deutsche Volksgenossenschaft, so muß es für jeden von uns ein unerträglicher Gedanke sein, daß viele Millionen deutscher Volksgenossen dem Gelde solange Frondienst zu leisten haben, bis sie körperlich in seelenloser, unwürdiger Arbeit verbraucht sind, bis sie nicht mehr können, oder von ihrem Arbeitgeber als nicht mehr genügend leistungsfähig entlassen werden.

Der nationalsozialistische Staat fordert für jeden einzelnen deutschen Volksgenossen, für seine Lebensbedingungen und Verhältnisse ein öffentliches Interesse. Und wenn man sich dazu vergegenwärtigt, welche gewaltige Summe von Arbeit, Arbeitskraft und Arbeitswillen sich in dem weitaus größten Teil der gesamten Volkskraft verkörpert, so scheint es eine Selbstverständlichkeit, daß der Staat für sich das Recht in Anspruch nimmt und es auch systematisch anwendet, allen Verhältnissen, die dem öffentlichen wie persönlichen Interesse des Arbeitnehmers zuwiderlaufen, ein Ende zu machen.

Heute stehen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Gegner, oft als ausgesprochene Feinde gegenüber. Es macht nichts aus, daß der eine Arbeitgeber mehr oder weniger beliebt ist als der andere. Der Streitpunkt ist immer letzten Endes lediglich die Geldfrage, die Frage der Arbeitszeit, auch die Gesundheitsfrage und die Freiheitsfrage des Arbeiters. Sind die Arbeitnehmer unbescheiden, verlangen sie mehr, als ihnen zukommt, mehr, als sie zur Erhaltung einer lebenswürdigen Existenz zu verlangen berechtigt sind? Wer die Antwort darauf finden will, der sehe sich die Lebensverhältnisse des Arbeiters und des Angestellten von heute an, nicht zu reden von den sechs — ohne deren Familien gerechnet! — Millionen Erwerbslosen, die, durch Schuld des jetzigen Staates, der großen Arbeitgeberschaft und des Marxismus, ohne Arbeit und Beschäftigung dasitzen und sich mit Unterstützungen durchhungern müssen. Ja — erwidert man — wenn aber die Erwerbslosigkeit einmal nicht mehr besteht, dann braucht auch nichts Besonderes oder gar Umwälzendes zu geschehen! Arbeitsbeschaffung, das weiß man schon seit geraumer Zeit als etwas Selbstverständliches in Deutschland, drängt und brennt wie nichts anderes, aber dieses Wissen und dieses Bemühen entbinden wahrhaftig in keiner Weise von der großen grundsätzlichen Frage nach der Stellung des Arbeiters und Arbeitnehmers überhaupt im deutschen Staat.

Die Kreise der jetzigen reaktionären Regierung, die Parteien der Mitte, die Konservativen, die Deutschnationalen und — zur Verwunderung vieler — auch der Stahlhelm haben die Parole ausgegeben: Wer Arbeit schafft, ist sozial! Richtig ausgedrückt, würde man sagen: Wer — und das sind die

bisherigen Regierungen und Parteimehrheiten — die Dinge in Deutschland bis zu der gegenwärtigen Krise der Erwerbslosigkeit hat treiben lassen, der hat seine primitivsten sozialen Pflichten in einer verbrecherisch zu nennenden Weise vernachlässigt. Wenn heute alle diese Parteien und Persönlichkeiten unter dem Druck und der Unhaltbarkeit der durch sie geschaffenen Verhältnisse, aus Angst, daß sie alle von ihren Thronen durch eine große Volksbewegung hinuntergefegt werden könnten, nach Arbeitsbeschaffung rufen, Pläne machen und dann befriedigt sagen: wer Arbeit schafft, der ist sozial! so ist das eine Heuchelei, die zwar nicht ungewohnt ist, die hier aber in aller Deutlichkeit gebrandmarkt werden soll. Ist es einmal so weit, daß man sagen kann: die Zeit der Erwerbslosigkeit ist zu Ende, dann wird in diesem Belang wieder die Vorkriegslinie erreicht sein. Waren aber zu jener Zeit die Verhältnisse in Deutschland sozial? Im Gegenteil, sie schlugen dem sozialen Gedanken ins Gesicht, derart, daß gerade sie — wie wir ja besprochen haben — ganz wesentlich die Spaltung unseres Volkes verschuldeten.

Damit soll nicht etwa gesagt werden, daß wir Nationalsozialisten anempföhlen, mit der großen sozialen Neuregelung zu warten, bis die Erwerbslosennot beseitigt sei. Nein, im Gegenteil, man müßte sofort mit beiden beginnen.

Nationaler Sozialismus und Industrie

Im November 1918, wie bereits erwähnt, erklärten in Flugblättern die marxistischen sogenannten Volksbeauftragten mit großen Worten, daß nunmehr die Sozialisierung des Bergbaus zu beginnen habe. Es blieb bei der stolzen Ankündigung, kein Wort wurde mehr davon gehört.

Um die Jahrhundertwende versuchte der damalige preußische Staat ein einziges Kohlenwerk, die Hibernia, anzukaufen, um so das Monopol zu brechen. Sofort tat sich der gesamte Kohlenbergbau zusammen in einmütigem wütendem Widerstande gegen den Regierungsplan. Man wollte in weitestem Sinne „Herr im eigenen Hause“ bleiben. Es gelang der tatsächlichen Macht, dem Gelde und der Beeinflussung der Regierung durch die Herren des Kohlenbergbaus, den Plan des preußischen Ministeriums zum Scheitern zu bringen.

Das ist reichlich dreißig Jahre her, aber der Vorgang verdient der Vergangenheit gerade heute entrissen zu werden. Der Wille fehlte, nicht der ganz große soziale und volksgenössische Gedanke stand dahinter, sondern nur der — freilich auch sehr bedeutende und notwendige — Vorsatz, das Preismonopol der vereinten Kohlenbergherren zu brechen. Heute finden wir den

deutschen Kohlenbergbau im Kohlensyndikat zusammengeschlossen, das den Preis, wie es ihm paßt, lediglich nach Geschäfts- und Profitrücksichten bestimmt. Jeder Industriezweig braucht für seine Betriebe die Kohle, und je mehr er dafür bezahlen muß, um so höher setzt er den Preis für seine Fabrikate. Und so geht denn die Preissteigerung, wie sie jeweilig die Kohlenherren festzusetzen geruhen, letzten Endes bis in jedes Detailgeschäft, bis zu den Preisen, die dieses dem Käufer abfordert. Der Staat ist einverstanden damit. Er läßt diesen Zustand bestehen, der nicht allein dem sozial denkenden Menschen, sondern jedem ganz uninteressierten nüchternen Urteil als haarsträubend erscheinen muß. Wie es ähnlich auch mit den anderen mächtigen Teilen der Industrie geht, haben wir 1926 bei dem sogenannten Eisenpakt gesehen. Als kurz nach dem Eisenpakt die Eisenindustrie eine große Menge Arbeiter aussperrte und gleichzeitig die Preise erhöhte, mußte der Reichsarbeitsminister trübselig vor dem Reichstag erklären: man habe alles versucht, aber die Herren von der Schwerindustrie hätten die Preiserhöhung nicht zurückgenommen. Die Mehrheit des Reichstages fand das ganz natürlich.

Ein nationalsozialistischer Staat wird solche Zustände sofort und ohne weiteres unmöglich machen. Man spricht in Deutschland mit besonderer Wichtigkeit in allen Parteien und Kreisen von „National"ökonomie, von „Volks"wirtschaft. Dabei sind die hauptsächlichen und mächtigsten Faktoren der deutschen Wirtschaft, nämlich die Industrie und Banken, nicht etwa Mittel der Volkswirtschaft, sondern sie, die Privatwirtschaft, gibt der Volkswirtschaft ihre egoistischen Gesetze. Jede Privatwirtschaft ist wie jedes Geschäft, das anderen etwas verkauft, eine letzten Endes persönliche Profitwirtschaft. Die Wirtschaft setzt ihre Preise so hoch, wie es jeweils möglich ist. Man wird sagen: Geschäft ist eben Geschäft, jeder nimmt einen so hohen Preis, wie er bekommen kann! In der Tat, das ist der bisher anerkannte Brauch. Deutsches Volksgenossentum besteht aber nicht darin, daß der eine Deutsche vom anderen möglichst billig kauft und möglichst teuer an ihn verkauft. Das ist der alte liberalistische Geist, der letztlich alle persönlichen Beziehungen auf Geld stellt.

Hier muß also, auch wenn man von politischen Programmpunkten völlig absehen wollte, ein Staat, der Gerechtigkeit und Volkszusammengehörigkeit pflegt, eintreten und den gesamten Großbetrieb, zuerst den Bergbau, zum Volkseigentum machen, und wo sich das von heute auf morgen nicht durchführen läßt, den gesamten Großbetrieb bis zur Sozialisierung unter autoritäre uneingeschränkte Kontrolle stellen.

Spricht man dies heute aus, so erhebt sich ein Sturm moralischer Entrüstung, jeder große Geldschrank zittert vor Wut: Ihr wollt also die Heiligkeit des Privateigentums antasten, das ist Bolschewismus und kann nur zu

Blutvergießen und furchtbarem Elend führen! Wer hätte das von einer Bewegung und von Persönlichkeiten erwartet, die sich national nennen? —

Erinnern wir uns nur daran, um ein Beispiel zu wählen, daß in früheren Zeiten der gesamte Bergbau ohne weiteres dem Landesfürsten gehörte. Heute ist statt dessen der Staat da, und zwar ist der Staat für das Volk da, nicht das Volk für ihn. Es ist auch so betrachtet eine Selbstverständlichkeit, daß die Bodenschätze dem ganzen Volk gehören, daß also ihre Verwaltung und Ausbeutung und damit auch die Verantwortung dem Staate obliegen.

Der nationalsozialistische Staat hat den Leitspruch: Gemeinnutz vor Eigennutz! Wenn das Kohlensyndikat und die Großindustrie ihre Preise festsetzen, so haben sie dabei anerkanntermaßen ihren geschäftlichen Nutzen im Auge. Nach bestehendem Brauch und Herkommen verdenkt ihnen das niemand. Das höhere, das allgemeine Interesse veranlaßt nun den Staat, die Hand auf Bodenausbeutung und Industrie zu legen. Der nationalsozialistische Staat seinerseits treibt keine Profitwirtschaft, sondern hat nur das wirtschaftliche Allgemeinwohl im Auge und kann dessen Forderungen vollkommen unparteilich abwägen.

Von vornherein ist es ein Unrecht, daß Privatpersonen und Privatgesellschaften die Ausbeutung der Bodenschätze des Landes als Eigentum besitzen. Hat ein schlechter Brauch dieser Art sich einmal eingebürgert, so ist das wahrlich kein Grund, ihn beizubehalten und obendrein als geheiligt, als unantastbar zu erklären. Schon im deutschen Bismarckreich hatte der Staat ohne weiteres Enteignungsrecht allem Privateigentum gegenüber, wenn eine Enteignung im öffentlichen Interesse lag. Daß dieses Interesse heute vorliegt, und zwar dringend und drängend, daran kann schon nach dem Gesagten kein Zweifel existieren. Von Heiligkeit des Privateigentums schlechthin zu sprechen, ist lächerlich und ebenso Heuchelei, wie die Behauptung der Großbesitzenden vor dem Kriege: Die Erbschaftssteuer werde Familie und Familiensinn zerstören. —

Natürlich sind überhaupt die Einwände dagegen zahlreich und billig wie Brombeeren. Insbesondere die Industrie und ihre Presse weisen auf ihre nationale Gesinnung hin und sagen, wir sind immer der nationale Felsen gewesen, an dem sich die rote Flut des Marxismus gebrochen hat, ihr wollt uns jetzt enteignen und dem Verlangen des Proletariertums nachgeben, ihr wollt euch die Grundsätze des Marxismus zu eigen machen!

Nationale Gesinnung soll den Leitern der deutschen Industrie und ihren Gefolgschaften nicht abgesprochen werden. Auf der anderen Seite steht außer Zweifel, daß der Internationalismus der Arbeitnehmerschaft und die Gefolgschaft des Marxismus nicht annähernd so groß und gefährlich geworden wären, wenn die Arbeitgeberschaft sich von Anfang an, je mächtiger sie wurde um so mehr, von sozialem Gefühl und vom sozialen Gedanken hätte

leiten lassen. Die Herren der Industrie mögen nur in ihrer Erinnerung und in den Annalen der wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe der letzten fünfzig Jahre blättern, und sie werden, wenn sie aufrichtig sind, diese sie schwer belastende Tatsache nicht in Abrede stellen können. Aber weiter:

Der nationalsozialistische Staat, die nationalsozialistische Bewegung steht auf dem Standpunkt, daß Nationalismus und Sozialismus keine Gegensätze sind, sondern zusammengehören wie die beiden Seiten einer Medaille. Wer nicht im deutschen Sinne sozialistisch ist, der kann auch kein Nationalist im wahren Sinne sein. Und wer wirklich Sozialist sein will, das heißt ein aufrichtiger Vertreter des volksgenössischen Gedankens, der muß auch auf dem Boden des nationalen Gedankens stehen. Er wird, wir kommen hierauf noch zurück, besonders auch darüber nicht im Zweifel sein können, daß ein Vertreter des nationalen Gedankens als Grundbedingung volle Einigkeit des ganzen Volkes ersehnen und erstreben muß. Das ist aber im heutigen Deutschland nur möglich auf dem Boden eines nationalen S o z i a l i s m u s.

In Verbindung hiermit steht auch der angeführte Einwurf, daß Enteignung eben doch Marxismus sei und schon deshalb dem nationalen Gedanken widerspreche. In nationalen Kreisen, wir möchten sie Nurnationale nennen, spielt dieser Beweisgrund eine besonders große Rolle. Was haben wir darauf zu entgegnen?

Nationaler und internationaler Sozialismus stehen in schroffem, unüberbrückbarem Gegensatz. Der Marxismus will nicht die Nation, sondern die internationale Klassensolidarität. Er will alles internationalisieren. Jene „Allgemeinheit", in deren Besitz er die sämtlichen Produktionsmittel bringen will, ist, wie besonders die Nachkriegserfahrung in Rußland wie in Deutschland gezeigt hat, das internationale Geld. Denken wir uns Deutschland als marxistischen Staat, so würde der deutsche Bergbau nach seiner Sozialisierung und durch sie unmittelbar in den Besitz des internationalen Kapitals gelangen. Die hoffnungslose Verknechtung und hemmungslose Aussaugung des Arbeitnehmertums, ja der gesamten Bevölkerung Deutschlands, müßte noch schärfer werden als bisher. Keine noch so schönen sozialdemokratischen Phrasen vermöchten daran etwas zu ändern. Das ist keine Theorie, sondern eine Tatsache, die uns die Erfahrung des letzten Jahrzehnts vor Augen geführt hat.

Seit etwa acht Jahren wird der Privatbesitz in Stadt und Land fortlaufend enteignet. Konkurse, Zwangsversteigerungen haben sich von Jahr zu Jahr in ungezählte Zehntausende gesteigert. Jeder einzelne derartige Akt pflegt die Entwurzlung mindestens einer selbständigen Existenz zu bedeuten. Was wurde aus dieser Existenz? Sie glitt, vielleicht mit einer oder zwei Zwischenstufen, in notwendiger Folgerichtigkeit in den breiten Strom des entwurzelten Proletariats hinein, leistete also bis vor wenigen Jahren

der SPD. oder der KPD. Gefolgschaft. Neuerdings wird in wachsendem Grade die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Aufnahmestellung für diese Elemente. Fragen wir gleich: warum? Antwort, weil die NSDAP. sich dieser Enteignung mit allen Kräften entgegenstemmt. Stellen wir aber die andere Frage: was wird aus dem enteigneten Besitz, an wen kommt er, so lautet die Antwort: er gelangt in die Hände irgendeiner Geldgesellschaft, einerlei, welchen Namens und welcher Form. Das Kapital, letzten Endes das internationale Kapital, wird so der Hauptnutznießer solcher Enteignung, vor allem des kleinen und mittleren Besitzes. Die anderen Nutznießer wurden bisher die marxistischen Parteien, denn sie erhielten dadurch Mitgliederzustrom, und die ihnen verhaßten kleinen und mittleren selbständigen Existenzen in Stadt und Land wurden vernichtet, verschwanden.

Auch diese durch solch eine verhängnisvolle grausame Erfahrung gewonnene Erkenntnis zeigt, wie der Marxismus Diener des Kapitalismus ist, ihn zur Herrschaft und Macht bringt auf Kosten der ehrlich arbeitenden Menschen.

Der nationale Sozialismus, der unversöhnliche Gegner des Kapitalismus, will und wird dessen Macht und Herrschaft in Deutschland brechen. Wo der nationale Sozialismus enteignet, geschieht das nicht im Interesse der Partei, sondern des deutschen Volksganzen. Diesem, nicht dem internationalen Gelde, werden Enteignung und Kontrolle zugute kommen.

Ein anderer mit tiefer Entrüstung vorgebrachter Einwurf des Unternehmer- und Arbeitgebertums ist folgender: die deutsche Industrie hat deshalb so ungeheure Leistungen zu verzeichnen (diese werden keineswegs in Abrede gestellt, d. V.), weil der Wagemut, der Unternehmungsgeist, die geniale Erfinderkraft und nicht zum wenigsten auch das organisatorische Genie freie Hand hatten und mit dem Erfolge auch der wohlverdiente Gewinn eintrat. Als Staatsangestellte oder von Staatskontrolle Abhängige würde man aber alle diese herrlichen Kräfte einbüßen, Lust, Freude und Eifer würden schwinden und die Gesamtleistung würde ganz unglaublich sinken, der Leistungsfähigkeit wären die Flügel beschnitten. Es sei ja genugsam bekannt, was der Begriff Staatsbetrieb bedeute, nämlich Lahmheit, Schwunglosigkeit, Lustlosigkeit. Was haben wir darauf zu entgegnen?

Die Herren stellen sich mit dieser Behauptung ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Was sollte wohl aus Deutschland werden, wenn die Beamten und Staatsangestellten so dächten und sagten: wir können unsere Arbeit nur unlustig oder mit halber Kraft tun, da sie uns nicht gestattet, so zu arbeiten, soviel zu verdienen, wie es unseren Wünschen und Ansprüchen genügen würde? Genau ebenso könnte der Offizier sprechen. Für beide würde bei einer solchen Auffassung der Begriff der Pflicht nicht mehr existieren, ebensowenig das Bewußtsein — das war ein Ehrenpunkt bisher —, daß man

als Beamter und Offizier ausschließlich im Dienste des Wohls des Ganzen, des Vaterlandes stehe, und nicht um des Profits willen arbeite. Ist für die Herren der Industrie die Aussicht so entsetzlich, ebenfalls in den Dienst des Ganzen zu treten und sich unter Verzicht auf persönliche Profitspekulation auf ein in mäßigen Grenzen bleibendes Entgelt zu beschränken? Ist das: seine Pflicht dem Ganzen gegenüber tun etwas so Verabscheuenswertes und lähmend Unerträgliches? — Für persönliche Unabhängigkeit haben wir ein sehr starkes Gefühl: wer seiner Wesensart nach in eine Abhängigkeit nicht hineinpaßt, soll für sich bleiben.

Man sagt weiter: es sei sehr wichtig, wenn die Privatkapitalbildung in Deutschland gefördert würde. Bis zu einem bestimmten Grade kann man das zugeben. Diesen Grad zu bestimmen, muß Sache des Staates sein. Die Hauptsache ist, daß der Staat, der Verwalter des Volksgutes, Kapital anhäufen kann, Betriebskapital des Volkes. Das bedeutet gleichzeitig mit jeder Steigerung einen Schritt weiter auf dem Wege zur Ausschaltung des internationalen Kapitals aus dem Wirtschaftsleben des deutschen Volkes.

Sehen wir die Frage nunmehr von seiten des Arbeitnehmers: Er soll nicht mehr von der Willkür des Arbeitgebers abhängig sein, seine Entlohnung soll nicht mehr von der Profitwirtschaft und Profitrechnung des Arbeitgebers bestimmt werden. Er wird nicht mehr teilnahmslos seine Arbeit tun wie bisher, sondern der nationalsozialistische Staat wird ihn an dem Werk beteiligen, ihn zum Miteigentümer machen, ihn auch an der Verantwortlichkeit teilnehmen lassen.

Diesem Ziel muß und wird zugestrebt werden. Wir kennen alle Einwendungen, die dagegen gemacht werden. Unsere Forderungen sollen utopische Phantasien sein. Wir verstehen nicht, warum. Der Arbeiter sei doch nun einmal nur ein Arbeiter, der Angestellte nur ein Angestellter, und wie wolle man denn alles miteinander vereinigen! Und wie solle es dann mit der doch notwendigen Unterordnung werden? Ein dem Unternehmer und dessen Organen gewissermaßen gleichgeordneter Arbeitnehmer werde sich nicht unterordnen. Der früher geordnete Betrieb würde anarchistischen Zuständen Platz machen, jede Leistung würde aufhören, kurz, allgemeiner Zusammenbruch werde eintreten. Wir haben da ein besseres Zutrauen zum Arbeiter und Angestellten, insbesondere zu seiner Selbstdisziplin. Fühlt sich der Arbeitnehmer als Mitinhaber des Werkes, ist er es, hat er ein Recht darauf, weiß er, daß er sich nicht dem Profitbetrieb des Unternehmers unterzuordnen hat, sondern dem großen deutschen Ganzen, bei voller Mitverantwortung, so wird er allen Dingen ganz anders gegenüberstehen wie jetzt. Das liegt doch wohl auf der Hand. Und gerade die Arbeitnehmerschaft selbst wird es sein, welche sich

gegenseitig anhält und kontrolliert und minderwertige Elemente — die sich doch wohl auch in anderen Berufsständen finden — an die Kandare nimmt, führt und niederhält.

Alles Irdische und Menschliche bleibt unvollkommen, Engel werden die Menschen auf Erden nicht werden. Alle wirklich großen Gedanken sind, bevor man ernstlich und vertrauensvoll an ihre Verwirklichung heranging, bespöttelt, herabgesetzt und bezweifelt worden. Das ist natürlich auch hier so. Der eigentliche Grund des Widerstandes beinahe aller Berufsstände, Gesellschaftskreise und Schichten gegen die ominöse „Sozialisierung" liegt an der Auffassung, daß der Deutsche mit seinem Eigentum machen könne, was er wolle, daß unbegrenzte Selbstbereicherung des Einzelnen sein heiliges Recht sei, ohne weiteres dem Ganzen zugute komme, daß der Arbeitnehmer als Klasse etwas vom ganzen Volke Verschiedenes, etwas Untergeordnetes sei und sein müsse. „Begehrlichkeit und Überheblichkeit der Massen" müßten, wenn nötig, mit allen Mitteln bekämpft werden. Die nationalsozialistische Auffassung scheidet sich klar und scharf von allen diesen Standpunkten.

Wir wissen, daß die Menschen auch innerhalb des gleichen Volkes nicht gleich sind, daß es höherwertige und minderwertige gibt. Diese Unterschiede aber legen wir nicht nach Geburt und Herkommen fest. Der nationalsozialistische Maßstab für den Wert des Einzelnen soll der Wert seiner Leistung für das Ganze sein, ein Maßstab, dem man Gerechtigkeit nicht absprechen wird. Wieder hört man den Einwurf: Utopie! Phantastische Schwärmerei! Wie kann man denn jeden Menschen mit diesem Maßstab messen? Wir geben gern zu, daß hier wie in jedem anderen Fall das Ideal nicht erreicht werden wird. Aber wäre das ein Grund, diesen Maßstab an sich zu verwerfen? Dann könnte es überhaupt kein Vorwärtsstreben und keine Aufwärtsentwicklung der Persönlichkeit mehr geben.

Die Hauptsache, das Große besteht darin, daß dieser Maßstab überhaupt einmal geschaffen wird: der Wert der Leistung des Einzelnen für das Volksganze. Niemals ist bis jetzt etwas Ähnliches geschehen. Es gibt auch kein wirksameres Mittel, um die Beziehung des einzelnen Deutschen zum Volksganzen und zum Volksstaat zu entwickeln und zu heben.

Der deutsche Arbeitnehmer, im besonderen auch der Handarbeiter, hat das Streben, auf eine höhere Ebene zu gelangen. Er ist etwas ganz anderes als etwa der russische Arbeitnehmer und Handarbeiter. Der hohe Stand des deutschen Arbeiters wurde vor dem Kriege nicht allein wegen der Qualität seiner Arbeit überall bewundert, sondern man bewunderte die Intelligenz des deutschen Arbeiters, seine Selbstdisziplin, sein hohes Verantwortungsgefühl, seine Besonnenheit. Sein Streben, sich hochzuarbeiten, hat durch dreiviertel Jahrhunderte gedrückten Fabrikdaseins nicht abgestumpft werden können. In der Behauptung, eine freiere Stellung des Arbeiters werde

„bolschewistische Zustände“ zur Folge haben, liegt die ganze Heuchelei und das ganze schlechte Gewissen der Oberschicht von heute eingeschlossen.

Aus der Glanzzeit vor dem Kriege stammt die Gewohnheit, die leitenden Persönlichkeiten der Großindustrie als die „Kapitäne der Industrie“ oder als „die Wirtschaftsführer“ zu bezeichnen. Sie ließen sich das gern gefallen und pflegten sich selbst so zu nennen. Nun, vor dem Kriege konnte man den ersten Ausdruck bis zu einem gewissen Grade billigen. Damals war die deutsche Industrie von den Banken, vom internationalen Gelde weitgehend unabhängig. Heute ist die Industrie von der Bank abhängig und durch ausländische und jüdische Beteiligungen in hohem Grade überfremdet. Man kann von Kapitänen der Industrie nur insoweit noch sprechen, als diese Kapitäne nach den Befehlen ihrer Reederei, hier der Banken, ihren Kurs fahren und ihres Postens enthoben werden, wenn diese „Reedereien“ finden, daß der Kapitän ihren Weisungen zuwidergehandelt habe. Und was die „Wirtschaftsführer“ betrifft, so sei wieder zugegeben, daß die große Industrie in Deutschland die deutsche Wirtschaft sehr weitgehend geführt hat und noch führt. Blicken wir heute auf die Resultate dieser Führung, so kann man diese doch wohl nicht anders bezeichnen denn als katastrophal. Ganz abgesehen von der sozialen und der Arbeitnehmerfrage haben die „Wirtschaftsführer“, höchstens wieder von einzelnen persönlichen Ausnahmen abgesehen, in allen den großen und schweren Fragen der Nachkriegszeit versagt, man braucht nur an die Dawesgesetze zu denken, an die Verbindung mit internationalem Geld und mit ausländischen Partnern, an die Preisbildungen usw. Ist es schon an sich ein Unding, daß kapitalistische Großbetriebe und Konzerne für die Wirtschaftsführung eines ganzen Volkes maßgebend sind, so wäre das ein Verbrechen gegen Volk und Wirtschaft, nachdem sich die Wirtschaftsführer zur Wirtschaftsführung derart unfähig gezeigt haben. Organisationsgenie, Erfindungskraft, Rührigkeit und unternehmende Initiative — gerne mögen ihnen diese Eigenschaften zugestanden sein. Aber darüber wollen wir nicht vergessen, daß auch in den größten wirtschaftlichen und politischen Fragen die maßgebenden Persönlichkeiten ihren Blick nicht weiterspannen konnten als bis zur nächsten Bilanz ihres Betriebes. Mögen sie ihre Fähigkeiten ausnutzen, aber vorher hat der nationalsozialistische Staat sie an die Leine zu nehmen. Jeder Großbetrieb ist öffentliche Sache, ist Volkssache.

Nationaler Sozialismus und Geldwesen

Treten die Leiter der größeren Banken Deutschlands zu ihren jährlichen Tagungen zusammen, so spricht die Presse bewundernd auch hier von den „Wirtschaftsführern“. In gewissem Sinne ist das wieder richtig, denn in der

Tat haben die Großbanken während der letzten zehn Jahre die deutsche Wirtschaft geführt. Aber wohin? Milliarden über Milliarden haben sie vom Auslande entliehen für geringe Zinsen in Höhe von 3 bis 4 Prozent, sie haben sie für 9 bis 10 Prozent weiterverliehen. Das war die berühmte „Ankurbelung der Wirtschaft" von 1924 und in den folgenden Jahren. Und sechs bis sieben Jahre später krachte die deutsche Wirtschaft zusammen, die Bankkatastrophe vom Juli 1931 bildete den Gipfel, die Industrie entließ Arbeiter über Arbeiter, Angestellte über Angestellte, die Landwirtschaft war annähernd am Ende, das Gebäude der deutschen Gesamtwirtschaft in seinen Grundfesten erschüttert. Ja allerdings, die Großbanken Deutschlands mit ihren „Bankherren" hatten die deutsche Wirtschaft brav und tüchtig geführt, gewaltige Zinsgewinne gehabt, ihre Schäfchen im Auslande aufs trockene gebracht und dann im Juli 1931 mit lautem Jammergeschrei ihre Schalter geschlossen und Regierungshilfe angefleht.

Das nationalsozialistische Programm verlangt seit 1920, daß Großbank und Börse unter Staatskontrolle gestellt werden. Die nationalsozialistische Fraktion des Reichstages hat 1924 unaufhörlich diese Forderung beantragt und im gleichen Zusammenhang die Anträge gestellt: schwere entehrende Strafen auf Kapitalverschiebung ins Ausland, Herabsetzung des Zinsfußes. Diese Anträge sind in Presse und Parlament stets mit Hohn zurückgewiesen worden: sie zeigten, daß die Nationalsozialisten keine Ahnung von den Gesetzen der Wirtschaft und des Handels hätten; übrigens seien diese Anträge im Grunde nur dem Antisemitismus entsprungen. Die Nationalsozialisten haben sich aber nicht abhalten lassen, diese Anträge noch im Herbst 1930 immer wieder zu stellen.

Die deutsche Öffentlichkeit soll folgendes wissen: wären die nationalsozialistischen Anträge damals bewilligt worden, so würde der große Bank- und Wirtschaftskrach des Sommers 1931 nicht eingetreten sein. Nachdem er erfolgt war, hat dann die Regierung Brüning zu spät, wie immer, halbe Maßnahmen, zum Teil auch nur vorübergehend, in schwächlicher Nachahmung der nationalsozialistischen Anträge durch Notverordnung erlassen. Den Brunnen zuzudecken, nachdem das Kind hineingefallen ist, bedeutet ein höchst zweifelhaftes Verdienst. Die Katastrophe vom Sommer 1931 hat mit furchtbarer Schlagkraft die Richtigkeit des nationalsozialistischen Standpunktes gezeigt.

Wie ist es aber möglich gewesen, daß die deutschen Regierungen seit 1925 das unerhörte Treiben der Banken mit angesehen haben, ohne einzugreifen, ohne sie unter dauernde scharfe Staatskontrolle zu stellen? Diese Regierungen gehören alle vor den Staatsgerichtshof. Daß aber keine der sämtlichen anderen Parteien die nationalsozialistischen Anträge unterstützt hat, liefert

wieder einmal den Beweis dafür, wie sehr sie alle im Banne des Kapitalismus stehen.

Der nationale Sozialismus will nicht allein dieses, sondern er verlangt überhaupt die Verstaatlichung des gesamten Geld- und Kreditwesens, er will den Handel schlechthin unter Staatsaufsicht bringen. Soll eine wirkliche Volkswirtschaft geführt werden, so muß dem bisherigen Treiben rücksichtslos ein Ende gemacht werden, ohne Halbheit und ohne Ausnahme. Mit den Handelsschmarotzern, die heute überall das Fett abschöpfen und für den Verbraucher die Preise ungebührlich erhöhen, wird es dann ein Ende haben. Wie der Staat oberster Wirtschaftsführer zu sein hat, so wird er auch Handel und Geldwesen an sich nehmen, beaufsichtigen und führen.

Das Wort: Volk wird gewiß oft zu Unrecht da angewandt, wo eigentlich Partei gemeint wird, oder als große leere Phrase. Das kann man aber heute ohne jede Übertreibung sagen: das deutsche Volk, abgesehen von den Führern und Nutznießern des Kapitalismus, hat die Geldherrschaft in Deutschland in ihrem Wesen erkannt, hat sie satt und empfindet sie als unerträglich. Mit der wachsenden deutschen Erkenntnis werden Willen und Entschluß mit revolutionärer Gewalt reifen, sich so oder so der Herrschaft des Geldes zu entledigen.

Die Vertreter des Privatkapitalismus in der Industrie, im Handel, im Geld- und Kreditwesen, die „höheren Schichten“ fühlen diese Stimmung und diesen vielfach noch nicht zu bestimmtem Ausdruck gelangten Willen im Volke und sehen mit Furcht und Besorgnis der weiteren Entwicklung entgegen. Mit fieberhafter Emsigkeit und mit gewissenlosem Eifer versuchen sie, ihre Propaganda zugunsten des Privatkapitalismus durch alle denkbaren Kanäle in die Bevölkerung hineinzuleiten. Sie wollen ihre alte so gewinnbringende Herrschaft über Arbeitende und Arbeit nicht aufgeben. Aber sie hat zu lange, allzu lange gedauert und ihre furchtbare Wirkung auf die Gesamtheit unseres Volkes ist ihm durch keine Verschleierung und Irreführung mehr zu verbergen. Durch diesen Privatkapitalismus eben, seine Führer, Büttel und Nutznießer ist es doch zu dem heutigen Elend gekommen. Man sollte endlich aufhören, den verlorenen Krieg und die Tribute dafür verantwortlich zu machen. Und außerdem: jene volksgenössische Verbundenheit, wie sie unbedingt notwendig ist, wenn Deutschland wieder zu einer unabhängigen, gesicherten und angesehenen Stellung in der Welt gelangen soll, kann und wird nie erreicht werden, solange der bei weitem größere Teil der Bevölkerung durch ein paar Menschen regiert wird, die, weil sie das Geld in den Händen haben, die Nation regieren und ihr „die Wirtschaft führen“.

Nationaler Sozialismus und Boden

Einem unverbildeten Urteil muß es als Selbstverständlichkeit erscheinen, daß der deutsche Boden dem ganzen deutschen Volke gehöre, freilich unter der Voraussetzung, daß man, wie wir Nationalsozialisten, die Deutschen nicht als einen wahllos zusammengelaufenen Haufen von Menschen ansieht, sondern als organische Gemeinschaft der Abstammung. Es handelt sich hier nicht allein um die Bodenschätze, sondern um den Boden selbst, auf dem der einzelne Deutsche ebenso wie die Gesamtheit lebt und sich aus ihm direkt und indirekt ernährt. Man hält dieser unserer Anschauung wieder entgegen, sie sei „kommunistisch“. Der Grundgedanke des Kommunismus ist, wie das Wort Kommunismus besagt, daß es kein Eigentum geben soll, daß alle alles zusammen besitzen sollen. Diese Auffassung fußt auf der Anschauung, daß es nur einzelne Menschen gibt, keine organische Gemeinschaft von Menschen wie eine Nation, oder, im nationalsozialistischen Sinne gedacht: ein Volk, einen Volksorganismus.

Wer ungerechte Zustände und Verhältnisse beseitigt wissen will, stößt bei allen denen, die sie in ihrer Ungerechtigkeit erhalten möchten, auf den entrüsteten Einspruch: das darf man nicht ändern, denn dies alles ist ja geschichtlich geworden und gewachsen! Als ob das ein Grund und eine Rechtfertigung sein könnte. Alles, was in der Welt geschieht, ist, nachdem es geschehen, ein Stück der Gesamtgeschichte. Auch jedes Verbrechen größeren Maßstabes und seine Wirkungen, jedes Unrecht, jede Vergewaltigung werden Geschichte, und was daraus früher oder später entsteht, ist dann „geschichtlich geworden und dadurch geheiligt“.

Lassen wir uns also durch solche elenden und verlogenen Redensarten nicht täuschen, und vergegenwärtigen wir uns lieber, was aus dem deutschen Boden im Laufe einer langen Reihe von Jahrhunderten geworden ist. Da genügt es zu wissen, daß dem weit größeren Teil der deutschen Bevölkerung auch nicht das kleinste Stückchen deutschen Bodens gehört, und daß es außerdem Millionen Deutsche gibt, die nicht einmal eine Wohnung — eine gemietete Wohnung — benutzen können, geschweige denn ihr eigen nennen. Es gibt auch in Deutschland Menschen, die keinen Wert auf den Besitz von Boden legen, aber das sind wohl Ausnahmen. Fast alle Deutschen ersehnen und erstreben ihr ganzes Leben lang einen Besitz an Boden, und sei er noch so klein, für sich und ihre Familie, für ihre Nachkommen. Auf der anderen Seite ist alles, was mit städtischem Boden zusammenhängt, ein ungeheuerlicher Wucherbetrieb geworden. Auf dem Lande sehen wir weite Flächen anbaufähigen Bodens, die einem einzigen Menschen gehören, ohne daß er imstande wäre, sie mit seinen Hilfskräften sachgemäß zu bewirtschaften,

der nur einen kleinen Teil davon zu einer gut auskömmlichen Lebensstellung brauchte.

Der Weltkrieg hat gezeigt, daß von einer richtigen Bebauung des deutschen Bodens das Schicksal des gesamten Volkes abhängt, folglich hat auch das Volk in seiner Eigenschaft als Ganzes das Recht und die Pflicht, die Bewirtschaftung des Bodens zu überwachen. Jenes Gebilde, das man heute Volksvertretung nennt, hat sich bisher als unfähig hierzu erwiesen. Nur eine Regierungsgewalt kann das, und zwar eine solche, welche die Bewirtschaftung und damit auch die Verteilung des Bodens ausschließlich vom Gesichtspunkt des nationalen Sozialismus, also des Volksgenossentums, sieht und regelt.

Ja, auch Neuverteilung des Bodens! Der nationale Sozialismus will nicht — seine Gegner sagen es ihm stets nach — alles Privateigentum abschaffen. Im Gegenteil will er — er muß es nach seinen gesamten Grundsätzen wollen —, daß es soviele Besitzer von Privateigentum in Deutschland gibt wie überhaupt möglich ist, viel mehr als jetzt vorhanden sind. Dieser Gedanke entspringt vor allem dem Bedürfnis volksgenössischer Gerechtigkeit. Das ändert kein noch so oft wiederholtes: es ist doch immer so gewesen und ganz gut gegangen! Oder gar die große und verruchte Heuchelei unserer Tage: wie die Verhältnisse einmal beständen, so habe Gott sie werden lassen, so seien sie gottgegeben, und so müsse man sie, um große Sünde zu vermeiden, bestehen lassen. — Vor zwei oder drei Generationen hat ein Mann mit allen Mitteln, unter Ausnützung günstiger Konjunkturen, durch gute Beziehungen zu einflußreichen Leuten einen großen Besitz zusammengerafft auf Kosten anderer. Heute erklärt der Enkel dieses Mannes: wie kann man wagen, an mein Eigentum zu rühren, das mein ist, das ich geerbt habe, dessen Besitz mein unumstößliches heiliges Recht ist! Mit anderen Worten: wenn Unrecht lange genug gedauert hat, so ist es Recht geworden! Das zum „Recht" gewordene alte Unrecht soll Anspruch haben auf dauernde Unantastbarkeit, weil der augenblickliche Besitzer persönlich an diesem Unrecht nicht beteiligt gewesen ist, das Unrecht vielleicht auch durch das Strafgesetz schon damals nicht faßbar war, als es begangen wurde!

Diejenigen aber, denen seinerzeit Unrecht geschehen ist, — von ihnen spricht niemand, sie haben zu denken: das Unrecht ist heute „Recht" geworden! Nehmen wir aber einmal an, ein altes Unrecht sei nicht vorhanden, so ist im Laufe der Zeit durch die Entwicklung der Verhältnisse, nicht zum wenigsten durch die gewaltige Vermehrung der Bevölkerung in Deutschland ein neues Recht entstanden, ein neuer Rechtsanspruch: der Anspruch des Volksgenossen auf Boden. Und dieser Anspruch ist so umfassend, daß man sagen kann: er ist der Anspruch der Gesamtheit, er muß auch vorhandenem, persönlichem Recht gegenüber vorwiegen. Hier ist jenes öffentliche Interesse vor-

handen, das schon in Bismarcks Reich den Staat berechtigte und verpflichtete, Eingriffe in das Privateigentum zu tun und Enteignungen vorzunehmen. Das ist also das genaue Gegenteil von „Bolschewismus“. Der Bolschewismus, blicken wir hinüber nach Rußland, hat die bodenständige, grundbesitzende Bevölkerung zu Millionen und aber Millionen entwurzelt und besitzlose Zwangslandarbeiter aus ihnen gemacht. Der Nationalsozialismus will umgekehrt so viele Deutsche wie möglich mit dem platten Lande verwurzeln und ihnen zu diesem Zweck Landeigentum geben. Die Zahl derjenigen, die sich danach sehnen, ist sehr, sehr groß, aber die Bodenfläche des Deutschen Reiches ist begrenzt und durch das Versailler Diktat noch kleiner geworden als vorher. Wir können nicht bis zu dem Zeitpunkte einer vorläufig undurchdringlichen Zukunft warten, da sich eine Erweiterung der jetzigen deutschen Grenzen als möglich und, unter Erwägung aller Verhältnisse, als vorteilhaft und durchführbar zeigt. Es ist aber sinnlos und entspricht auch nicht den Tatsachen, wenn bei uns über Volk ohne Raum geklagt wird. Im deutschen Osten ist leider viel Raum ohne Volk vorhanden und in anderen deutschen Gegenden viel Volk, das Raum, d. h. Boden, braucht und wünscht. Es gibt auf unserem deutschen Boden auch noch ein sehr großes Areal nichtbebauten Landes, das in verhältnismäßig kurzer Zeit urbar gemacht werden könnte. Und schließlich liegen im Osten und Südosten unseres Vaterlandes große und ganz große Grundbesitze, sogenannte Latifundien, deren Besitzer ihr Eigentum nicht ausreichend bewirtschaften können oder sie ganz beziehungsweise teilweise zum Gegenstand von Finanzspekulationen machen. Und angesichts solcher Flächen stehen landhungrige Bauernsöhne und Landarbeiter da und möchten Besitz und damit fruchtbringende Arbeit.

Es verstößt gegen jeden gesunden Menschenverstand und gegen alles Volksgefühl, wenn unter diesen Verhältnissen die Inhaber großen Grundbesitzes über Bolschewismus und Vergewaltigung schreien, wenn man ihnen zumutet, etwas zum mindesten davon abzugeben. Aber wenn auch: Volksrecht steht über dem Recht des Einzelnen. Es handelt sich mithin auch hinsichtlich des deutschen Bodens letzten Endes nicht um rein wirtschaftliche Dinge, sondern um eine grundstürzende und grundlegende soziale Umwälzung aus der Notwendigkeit und aus dem Recht der organischen deutschen Volksgenossenschaft heraus. Von den vielen deutschen Volksgenossen, die Bodenbesitz wollen, sollen so viele kleinen bis mittleren Bodenbesitz erhalten wie jeweils irgend möglich ist. Alle Bedenken, alle Hindernisse sind der Durchführung dieses Gedankens unterzuordnen.

Daneben ist man sich über die großen Vorteile einer solchen Neuordnung vollkommen klar: Die Übervölkerung der großen Städte, in denen von Generation zu Generation so viele vom Lande her eingewanderte Familien

degenerieren und zugrunde gehen, wird abnehmen, der Zug nach dem Lande zunehmen, die Gesundheit der deutschen Bevölkerung im ganzen allmählich besser werden, die Ehen gesunder, die Kinderzahl größer werden. Kurz, es gibt nur Vorteile, keinen einzigen Nachteil solch einer Neuordnung.

Wir sind uns klar darüber, daß die Industrie für absehbare Zeit in Deutschland gewaltige Bedeutung behalten wird, aber ein gesunderes Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft wird dann mit der Zeit entstehen. Sache des nationalsozialistischen Staates wird es auch sein, allmählich die Industrieanhäufungen tunlichst zu dezentralisieren, dem einzelnen Arbeiter Eigenhäuser und Kleinlandbesitz zu schaffen, alles in allem, das jetzige unverändert fürchterliche Wohnungselend zu beseitigen. Dieses Wohnungselend der besitzlosen Bevölkerung in den großen Städten müßte jeder Regierung und jedem Parlament ein vollkommen unerträglicher Vorwurf gegen ihre Amtstätigkeit sein, ein Vorwurf der Nichterfüllung nächstliegender völkischer und sozialer Pflichten allererster Ordnung. Gerade in Deutschland wird so unendlich viel über Sittlichkeit und Moral, über Volksgemeinschaft und andere schöne und hohe Dinge gesprochen, während das Wohnungselend in den großen Städten bleibt, eine dauernde, alles vergiftende Quelle der körperlichen und moralischen Ungesundheit, jeglicher Art von Verderbnis, der Entartung und Kinderlosigkeit. Der nationalsozialistische Staat wird gerade hier alle Hindernisse mit eiserner Hand anzufassen haben und den sozialen Gedanken da wiederherstellen, wo er seit Jahrzehnten auf das schändlichste mit Füßen getreten wird.

Der nationalsozialistische Staat ist mithin nicht gegen alles Privateigentum, greift aber ein, wenn das öffentliche, also das Gesamtinteresse des Volkes es verlangt. Indirekt ist das auch der Fall, wenn der Besitzer gegen den Grundsatz: Gemeinnutz vor Eigennutz verstößt, zum Beispiel wenn er aus seinem Besitz einen Gegenstand des Handels und der Spekulation macht. Das würde der nationalsozialistischen Auffassung vom Wesen des Bodens als der Mutter des Volkes widersprechen. Eingreifen wird der nationalsozialistische Staat auch auf dem Gebiet des Hypothekenwesens, immer vom Gesichtspunkt aus, daß das Eigentum nicht oder so wenig wie möglich den Besitzer wechselt, also diesem erhalten werden soll. Ein Besitzer, der sein Eigentum sachgemäß bearbeitet und bewirtschaftet, kann sicher sein, daß es Jahrhunderte im Besitz seiner Nachkommen bleiben wird, wenn sie gleich ihm verfahren. Denn die sachgemäße Bearbeitung und Bewirtschaftung liegt genau so im Interesse des Einzelnen wie des großen Volksganzen und dessen Wirtschaft.

Die Verfügung aber über Boden und Besitz liegt beim nationalsozialistischen Staat. Es versteht sich, daß diesen Anspruch nur eine ungemischt nationalsozialistische Regierungsmacht erheben und durchführen kann, denn nur

sie hat die Grundsätze und Ziele, die ihr dem Volke gegenüber ein nach jeder Seite hin vertretbares Recht geben.

So würde ein weiterer, sehr großer Schritt getan, und zwar rücksichtslos getan werden, um endlich die verhängnisvolle Kluft zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden zu schließen. Wie brennend diese Frage ist und immer mehr wird, brauchen wir nicht mehr ausführlich darzulegen, nur ein Punkt muß gerade in der heutigen Periode mit Nachdruck hervorgehoben werden:

Die Besitzenden, je mehr Besitz der Einzelne hat, in desto höherem Grade, verfügen in Deutschland noch immer über ungleich größere politische Macht und stärkeren politischen Einfluß als die Nichtbesitzenden. Wir sind die letzten, die die Werte verkennten, die einer alten Familienüberlieferung entspringen: Tüchtigkeit, Stabilität der Lebensanschauung und Niveau, Eigenschaften, die wir bei adligen und nichtadligen Familien mit großem, jahrhundertealtem Grundbesitz finden. Daraus aber ist ein Vorrechtsanspruch auf Einfluß und Beachtung im Staat geworden, der trotz Umsturz und Republik weiterbesteht. Das zu dulden, würde nationalsozialistischer Auffassung widersprechen, während andererseits der Nationalsozialismus die Erhaltung dieser Familien an sich für durchaus wünschenswert hält. Wir wollen keine alten Gemeinplätze anführen, wie: „Erwirb es, um es zu besitzen.“ Im Guten wie im Bösen sollen Vergangenheit und Geschichte gewertet werden, und für den Staatsmann steht gebieterisch im Vordergrunde: das deutsche Volk, wie es heute ist und wie es von der Entwicklung in die Zukunft gewiesen wird.

Wurde vor dem Kriege in Versammlungen vor Handarbeiterschaft von Vaterland und Pflichten für das Vaterland gesprochen, so kam nicht selten der Einwurf: was haben wir für ein Vaterland, was haben wir vom Vaterland? Bei aller marxistischen Verblendung lag darin doch immer ein starkes Korn Wahrheit, und es war nicht immer leicht, eine überzeugende Antwort zu geben. Wir sahen, wie im August 1914 die deutsche Arbeiterschaft sich in elementar ausbrechender Vaterlandsliebe erhob. Und doch stellte im Felde ein Mann die von Gregor Straßer berichtete Frage: Mein Vaterland muß doch sein, wo mein Vater Land hat; er hat aber kein Land! — Die idealistische Vaterlandsliebe, dem Gefühl, der Erkenntnis und dem Nachdenken entsprungen, würde bei vielen Millionen Deutschen einem unmittelbaren natürlichen Empfinden Platz machen oder sich mit ihm vereinen, wenn es aus dem Bodenbesitz erwüchse. Dann tritt er unmittelbar ein für seinen eigenen Besitz, wenn er im Kriege das ganze Vaterland verteidigt oder im Frieden Stellung nimmt zu den Fragen der Wirtschaft, der Politik und der Kultur.

Die drei großen Kategorien des wirtschaftlichen und damit auch des politischen und kulturellen Lebens: Industrie, Geldwesen und Boden, wird der

Nationalsozialismus also nicht nach irgendwelchen Parteiprinzipien oder ausgeklügelten, abstrakten Theorien behandeln, sondern ausschließlich nach dem einfachen und großen Gesichtspunkt organischer deutscher Volksgenossenschaft.

Fort mit Klasse und Dünkel!

Vergegenwärtigt man sich das Verhältnis der Berufsstände in Deutschland, besonders das ungeheure Überwiegen der meist industriellen Arbeitnehmerschaft, den Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der freilich schon lange vor dem Kriege einsetzte, so ist es gewiß interessant und fesselnd, darüber nachzudenken, wieviel besser es gewesen wäre, wenn die Dinge in Deutschland eine andere Entwicklung genommen hätten und wie es eigentlich hätte gemacht werden müssen. Aber die Tatsachen sind da und haben eine Lage geschaffen, aus der wir Lebenden die Konsequenzen ziehen müssen. Diese sind nach der wirtschaftlichen Seite festgestellt worden. Die Bedeutung der Wirtschaft in Deutschland ist ungeheuer, aber wir bekennen uns keinesfalls für die Zukunft zu dem Ausspruch Rathenaus: Wirtschaft sei das Schicksal, ebensowenig wie für die Vergangenheit. Wir wiesen auch die Behauptung Napoleons zurück, daß Politik das Schicksal sei. Wenn wir das heute so zum Modewort gewordene „Schicksal“ anerkennen wollen, so müssen wir sagen, daß ebenso wie der einzelne Mensch auch das organisch aufgefaßte Volk sein Schicksal in sich trägt, sein Schicksal *ist*. Der alte Jammer ist die deutsche Zwietracht, die jahrhundertelang die Geschichte der Deutschen bestimmte. Viele Gründe zur Zwietracht sind im Laufe der Zeit zurückgetreten oder ausgeglichen worden. Durch die neuzeitlichen Wirtschaftsverhältnisse ist die Erkenntnis allgemein geworden, daß das Deutsche Reich zusammenhalten muß, auch das allgemein deutsche Nationalgefühl hat zugenommen. Wir wollen anerkennen, daß trotz Krieg und Umsturz Bismarcks Reichsbau erhalten geblieben ist. Aber — wir haben das ja wiederholt festgestellt —: ein Volk mit innerer Einheit sind die Deutschen nicht, leider noch nicht. Viele Risse noch gehen durch das Volk, aber, aus einem gewissen Abstand gesehen, beruht die deutsche Zwietracht doch auf dem großen, alles durchdringenden Gegensatz: Arbeitnehmer auf der einen, Arbeitgeber und die sogenannten höheren Schichten überhaupt auf der anderen Seite. Der Gegensatz begann in dieser Form vor hundert Jahren und ist immer tiefer, man möchte sagen, grundsätzlicher geworden. Wenn auch skizzenhaft, haben wir die Entwicklung

dieses Gegensatzes durch die Jahrzehnte verfolgt. Man muß sagen, daß er nie so groß, jedenfalls nie größer war als heute.

Unbefangene Menschen, es gibt leider wenige, fragen sich: wie ist das Vorurteil denn eigentlich möglich geworden, daß der Durchschnittsdeutsche den Arbeitnehmer, im weitesten Sinne gefaßt, als ein im Grunde minderwertiges, wenn auch notwendiges Glied des Volkes, der „Gesellschaft“ ansieht. Zugegeben sei, daß im Vorkriegsdeutschland das Vorurteil in einer Beziehung noch ungleich stärker war. Wenn ein Mensch der sogenannten höheren Schichten arm und geldbedürftig war, so empfand man ihn als eine Art Schandfleck. Und wenn er es gar selbst sagte, so galt das als eine grenzenlose Taktlosigkeit. Krieg und Nachkriegszeit haben darin manches gewandelt, allerdings nur durch den furchtbaren Druck. Aber werden diese und andere dumme Vorurteile nicht wiederkommen, wenn die materiellen Verhältnisse im ganzen sich bessern sollten? Es steht zu befürchten.

Körperliche Arbeit nimmt man, wenn sie im eigenen Interesse geschieht, auch nicht mehr unbedingt als einen Beweis persönlicher Minderwertigkeit. Handelt es sich aber um körperliche Arbeit für Lohn, da kennt der Angehörige der „höheren Schicht“ keine Nachsicht. Im besten Falle urteilt er: brave, fleißige Leute! Er bedauert sie auch einmal von fern, aber der Abstand zwischen ihm und ihnen ist unermeßbar groß. Wie gesagt, sehen wir hier von der rein wirtschaftlichen Seite ganz ab. Lohnarbeiterexistenz, besonders in der Masse der Fabrikarbeiter, gilt als der äußerste Grad von Minderwertigkeit des unbestraften Mitmenschen. Daher in der Hauptsache die Geringschätzung, daher die, wenn auch unausgesprochene, Auffassung, daß der Handarbeiter und im weiteren Sinne der Arbeitnehmer überhaupt demjenigen gegenüber, der nicht Arbeit zu nehmen braucht, minderwertig ist, eine K l a s s e bildet.

Man braucht sich nicht dem Wahne hinzugeben, daß Dummheit und Überhebung des Durchschnittsmenschen einmal verschwinden würden. Sie sind da und werden bleiben. Der bornierte Durchschnittsmensch, der selbstzufriedene deutsche Philister werden sich immer etwas einbilden, wenn sie einen Arbeiter irgendwelcher Art bezahlen. Sie werden sich nicht sagen, daß die ihnen gelieferte Arbeit mehr wert ist als das von ihnen bezahlte Geld. Ohne uns aber weiter in diese unerfreulichen Seiten des deutschen Wesens zu vertiefen, müssen wir feststellen, daß diese Mißachtung des Arbeitnehmers und besonders des Handarbeiters ein notwendiges großes und verhängnisvolles deutsches Unglück geworden ist. Psychologisch war die notwendige Folge, daß die Arbeiterschaft, wieder ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Frage, sich in schroffem Gegensatz zu den anderen Volksschichten fühlte. Ein solcher Gegensatz b e g i n n t mit der Mißachtung von der einen Seite, und diese Mißachtung erzeugt die Erbitterung auf der anderen Seite; niemals um-

gekehrt. Wenn das Gefühl der Auflehnung und Erbitterung durch marxistische Einwirkung immer planmäßig gesteigert worden ist, so erblicken wir darin doch ein Selbstgefühl, ein Gefühl von Ehre und Stolz, das nicht fehlen dürfte. Es stände trostlos um den Deutschen und die Zukunft Deutschlands, wenn anstatt dessen stumpfe Unterwerfung und Ergebung herrschten. Vielfach sind diese Gefühle unter dem Druck jahrzehntelanger Fron und aus der Not des täglichen Lebens entstanden, aber glücklicherweise nicht überall, ebensowenig das noch viel schlimmere, weil aus seelischer Krankhaftigkeit hervorgegangene Minderwertigkeitsgefühl. Die Bitterkeit des Arbeitnehmers gegen die anderen richtet sich gegen ihn selbst, er sagt: ich bin ja nur Arbeiter. Wenn sich diese seelische Krankheit im Laufe der letzten zehn Jahre noch gesteigert hat, so sind weitgehend die elenden Verhältnisse daran schuld, vollends die moralisch verheerende Erwerbslosigkeit, die kein inneres Gleichgewicht aufkommen läßt und das Selbstgefühl auslöscht. Und daß es so kommen konnte, ist die schwere Schuld des Staates und der Parteien.

Es würde um den inneren Zusammenhang der Deutschen ungleich besser stehen, jedenfalls hätten wir die Vergiftung des sozialen Gegensatzes nicht, wenn sie fähiger wären, den Menschen an sich zu werten, unabhängig von Beruf, Schicht usw. In keinem Volk der Welt sind diese albernen Dünkel so ausgebildet und bestimmen so sehr das Urteil und hauptsächlich die Art des Umgangs wie in Deutschland. Goethe hat mehrfach den Deutschen nachgesagt, daß sie die besondere Gabe hätten, sich frei zu Menschen auszubilden. Zu seiner Zeit mag das mehr der Fall gewesen sein, heute merkt man nichts davon.

Der „vierte Stand“ hat zahlenmäßig eine Mächtigkeit erlangt, absolut und im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung in Deutschland, die die Schichtung und das Gesamtbild der deutschen Bevölkerung von Grund aus anders erscheinen lassen als früher. Die herrschenden Schichten oder, wie sie sich nennen, die Oberschicht sind zu einem ganz kleinen Teil der Gesamtbevölkerung zusammengeschrumpft. Ihr Anspruch, zu herrschen, zu befehlen und zu führen, ist unverändert geblieben. Jetzt, in der zweiten Hälfte des Jahres 1932, vereinigen sich Bürgertum, hohes Beamtentum, Großgrundbesitzertum, frühere hohe Offiziere im entschlossenen Bestreben, ihre Herrschaft im deutschen Staat über die deutsche Bevölkerung nach Möglichkeit wieder so aufzurichten, wie sie vor dem Weltkriege war. Sie nennen das gottgegebene Abhängigkeit, — nämlich die Abhängigkeit der anderen von ihnen. Sie als Obrigkeit seien von Gott gesetzt und allein befähigt und berechtigt, den deutschen Staat so zu gestalten, wie er sein soll. Sie rechnen auf die Wehrkraft. Sie soll ihnen die Stütze ersetzen, die Macht und den Halt geben, welche sie im Volk nicht finden. Daß 98 Prozent der deutschen Bevölkerung

sie nicht als berechtigt zum Herrschen und Regieren, nicht als Autorität anerkennt und noch viel weniger zu den Vorkriegsverhältnissen des Staates zurückwill, das berührt diese „Oberschicht" nicht, ebensowenig wie die geschichtliche verhängnisvolle Tatsache ihres Versagens im Jahre 1918/19, als sie gerade zeigen sollten, daß sie ihrem Führeranspruch auch wirklich gewachsen waren.

Man vergißt in unseren Tagen, die jüngeren Jahrgänge wissen es nicht, wie sich während der beiden letzten Jahrzehnte vor dem Kriege dem schärferen Auge und Ohr der allmähliche Auflösungsprozeß der alten Ordnung und die allmähliche Entwertung der alten Autoritäten bemerkbar machte. Ungehörte Warnungen sind damals genügend an die Stellen gegangen, die es anging. Die Ursache lag nicht allein am Vordringen der Sozialdemokratie, sondern an der allgemeinen ungesunden Künstlichkeit der sozialen Beziehungen innerhalb der Bevölkerung.

Der Krieg hätte Gesundung bringen können, hat sie aber nicht gebracht, sondern die Kriegsfolgen haben die Verhältnisse noch schiefer gestaltet und eine Menge neuer Erscheinungen und Zeitkrankheiten hervortreten lassen. Das Bild scheint total verändert. Und doch ist eines gleichgeblieben: die große, immer mehr anschwellende, bis auf den Grund des Volkslebens hinabreichende sozialrevolutionäre Arbeitnehmerbewegung. Zeitweise unterdrückt, irregeführt, entstellt, ziellos, gegen ihr eigenes Interesse arbeitend, in verschiedenen Formen sich gestaltend, ist sie im großen Zuge und in der Richtung immer gleichgeblieben. Auch ihr Ziel — die einen sehen es in der Form, die anderen in jener — ist heute nicht anders als vor fünfzig und vor hundert Jahren. Die Bewegung ist elementar, durch die menschliche Natur geboten und deshalb mit derselben Notwendigkeit Natur g e w a l t. Und was ist das Ziel? Befreiung, Gleichberechtigung, Gleichgeltung, Gleichgewertetsein. Die deutsche Arbeiterschaft, abgesehen von wenigen Extremisten, sagt nicht: wir sind das Volk. Aber sie will ihrer Bedeutung und ihrem Recht in Volk und Staat gemäß entsprechenden Einfluß auf ihr und des Staates Geschick ausüben. Also Bolschewismus! sagt der Mann der „führenden Schicht". Nein, sondern das gerade Gegenteil! Der russische Bolschewismus war in den städtischen und ländlichen Massen — die städtischen bildeten nur einen winzigen Prozentsatz — gar nicht vertreten, sondern das Eigentum revolutionärer Organisationen, die sich zum größten Teil aus Intellektuellen zusammensetzten. Unter ihrer Führung lehnten sich auch vor dem Kriege Teile der Bevölkerung gegen den zaristischen Absolutismus auf, aber auch das war niemals eine Volksbewegung. Die russischen und deutschen Verhältnisse lassen sich schon deshalb gar nicht miteinander vergleichen, weil der russische Arbeiter auf ungleich niedrigerem Niveau steht, außerdem ganz anders geartet ist als der deutsche. Lehnte der Russe sich auf, so geschah das gegen

primitive, oft gewaltsame Unterdrückung. Eine Unterdrückung in russischer Form ist in Deutschland nicht vorhanden gewesen, war und bleibt praktisch unmöglich.

Nach 1918 kam die demokratisch-parlamentarische Republik, und wie man in Versammlungen nicht selten von rechtsparteilichen Diskussionsrednern hört, hätte die Arbeiterschaft damit nachgerade genug, ja vielzuviele Zugeständnisse und Rechte erhalten. Die große Arbeitnehmerbewegung aber schreitet fort, im Tempo wechselnd, bald mehr, bald weniger sichtbar, aber die Strömung bleibt, sie wird nicht allein mächtiger, sondern, und das wiegt am schwersten: sie wird immer bewußter. Wenn das ein Marxist bestätigt, so fügt er hinzu: ja, das ist eben jenes proletarische Klassenbewußtsein, das wir in generationenlanger Arbeit dem deutschen Arbeiter gegeben haben. Daß der marxistische Führer und Intellektuelle so urteilt, ist aus seiner Mentalität und aus seiner zwangsläufigen geistigen Struktur verständlich. Aber der Marxist ist hier im Unrecht. Das elementare Aufwärtsstreben des deutschen Arbeitnehmers entsprang nicht dem Klassenbewußtsein, sondern dem Bewußtsein, Volksgenosse jedes anderen Deutschen zu sein. Und daraus erwächst sein Anspruch auf ein volles Gewertetwerden. Der Marxismus und seine Vertreter haben den deutschen Arbeitnehmer darin nicht fördern können, es auch nicht gewollt, denn ihnen fehlt, sozusagen programmäßig, dieses Gefühl, sie haben statt dessen das jedem Volksgedanken feindliche Klassenbewußtsein. Der deutsche Arbeiter aber weiß damit immer weniger anzufangen, und auch wenn er noch vom marxistischen Gedankenkreise umfangen ist, genügt ihm der Klassengedanke nicht oder nicht mehr, in ihm wächst das Gefühl weiter: und ich bin doch deutscher Volksgenosse!

Auf der anderen Seite steht die ganze bunt zusammengewürfelte, in der Hauptsache nur durch Egoismus und Überhebung zusammengehaltene Front der Gebildeten, der Besitzenden, der führenden Schichten, des Bürgertums und wie sie noch heißen mögen. Die sagen: Ihr seid gewiß zum großen Teil brave Leute, und wir erkennen euch gern an, wenn ihr gehorsam eure Pflicht tut, euern Arbeitgebern keine Schwierigkeiten macht, der Obrigkeit untertan und im übrigen recht bescheiden seid. Wir wünschen euch alles Gute, freuen uns, wenn ihr eure Existenz einigermaßen fristen könnt; schwere Zeiten, gewiß, sie sind schwer, aber auch wir sind nicht auf Rosen gebettet. Hoffentlich kommen wir gut miteinander aus, das ist ja nur euer eigener Vorteil: Also kurz: jeder an seinem Platze, Gott will nicht, daß alle gleich seien, es ist Frevel gegen ihn, über den eigenen Stand hinauszuwollen. Vergeßt also nie, daß ihr brave Leute, für die wir soviel übrighaben, Zwischendeckspassagiere seid und bleibt; in der ersten und zweiten Kajüte habt ihr nichts zu suchen. Wollt ihr aber darüber hinaus, dann müssen wir zu unserem großen Bedauern mit allen Machtmitteln des Staates gegen euch vorgehen.

Wir tragen ja schwer an unseren Herrscher- und Führerpflichten, aber der liebe Gott hat uns nun einmal dazu bestimmt und, — damit Gott befohlen! — Ohne Übertreibung, das ist die Denkweise jener Leute. Und nun die Frage:

Was soll werden?

Es ist ausgeschlossen, daß die Arbeitnehmerbewegung verschwinden oder ihre Richtung ändern sollte. Man versucht es mit patriotischen Aufforderungen: die Arbeitnehmerschaft müsse doch nachgerade begreifen, daß sie nur unter nationaler Führerschaft der nationalen Befreiung und ihrem eigenen Wohl wirksam dienen könne. Der Arbeitnehmer vertritt dagegen den Standpunkt: was ihr als national anseht, können wir nicht derart anerkennen, daß wir euch blindlings folgen würden. Wir denken gar nicht daran. Wir erkennen überhaupt nicht eure Führerberechtigung an, wir wissen auf der anderen Seite, daß wir euch immer nur als Mittel dienen sollen. Also: Danke! —

Wir unsererseits fragen jene gesamte sich national nennende Richtung der Rechten und der Mitte, ob sie denn ihr kühn und feierlich betontes Ziel allein erreichen zu können glaubt! Unserer bescheidenen Ansicht nach bedarf es dazu der von innen heraus geeinten Kraft des gesamten deutschen Volkes. Eine solche Einigung ist aber ausgeschlossen, wie die Dinge heute liegen. Die Arbeitnehmerbewegung, einerlei welcher Partei und Richtung, kann nie mit der Reaktion der Urnationalen zusammenkommen. Darüber können keine Kompromisse, keine Zugeständnisse hier und da hinwegtäuschen. Der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen und Schichten muß sich verschärfen, die Kluft, die das deutsche Volk als Grenze durchzieht, muß sich weiter vertiefen und erweitern. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der internationale Sozialismus nach wie vor das Seinige tut, um die volksfeindliche Haltung der „oberen Schichten" nach der internationalistischen Seite hin auszunutzen.

Nach dem geschichtlichen Gesetz in ähnlichen Lagen und Fällen ist wohl zu erwarten, daß das Bürgertum — wir rechnen alles Reaktionäre dazu — so lange blind bleiben wird, bis es seine Katastrophe über sich hereinbrechen sieht — beiseite bemerkt: es ist durchaus nicht nötig, daß diese Katastrophe blutig sein müsse — aber das Bürgertum wird eines Tages merken, daß es „an die Luft gesetzt" ist und in dieser Lage mehr oder minder schnell absterben muß. In einem unwahrscheinlich großen Teil der Deutschen stecken offen oder verborgen noch immer bürgerliches Gefühl und bürgerliche Sehn-

sucht, die rückschauend und auf „Wiederherstellung“ gerichtet sind. Auch die vergangenen Jahrzehnte haben diesen Elementen nicht den politischen Star stechen können. Gewiß mögen sie noch eine zeitlang im Leerlauf weiterleben, aber eine Zukunft hat dieses Bürgertum nicht. Was das anbetrifft, hat es vor denen nichts voraus, die nach wie vor glauben, daß „der Adel“ — nichtadliger und adliger — als solcher wieder ein Stand werden könne.

Der nationale Sozialismus ist nicht von Haß gegen das Bürgertum als Ganzes oder gegen einzelne seiner Schichten beseelt, aber es ist ihm fremd, es paßt in eine deutsche Zukunftswelt nicht hinein, weil das Bürgertum keine Aufgabe mehr zu erfüllen, weil es ebensowenig Zukunft vor sich wie Entwicklungsfähigkeit in sich hat. Das Bürgertum fühlt das, will deshalb zur Vergangenheit zurück und möchte sich selbst als das wiederherstellen lassen, was es seiner Ansicht nach gewesen ist. Dies ist immer das Bestreben unfruchtbar gewordener Schichten gewesen, sich wenigstens die Gegenwart zu erhalten, wenn sie es als unmöglich empfanden, ihre Vergangenheit wiederherzustellen. Man möchte um keinen Preis anerkennen, daß neue Gedanken und mit ihnen neue Kräfte gewachsen sind, die zu neuen Zielen wollen, die allein durch ihr Dasein neue Zustände schaffen, ja geschaffen haben.

Wer das Vorkriegsdeutschland bewußt miterlebt hat, muß wahrhaftig von den Göttern verblendet sein, wenn er nicht erkennt, daß das Deutschland von heute nicht nur den äußeren Erscheinungsformen nach etwas ganz anderes ist, sondern von Grund aus, daß es sich in Gärung befindet. Haben sich die alten Parteien 1919 wieder konstituiert, leben sie auch heute noch zum größten Teil, so waren sie doch schon damals innerlich überlebt. Das zeigen die politisch-parlamentarischen Ereignisse der Jahre seit 1919 mit aller Augenfälligkeit. Keine Partei begriff, daß das Gewesene und Gegenwärtige keine Frucht mehr bringen konnte, sondern im Verfall war. Ichsucht, Interessententum, geistige Unfruchtbarkeit und nicht zum wenigsten Doktrinarismus, das trägheitsmäßige Kleben am Altgewohnten und die Furcht vor etwas Neuem, Unbekanntem, alles das hinderte, daß nach dem bekannten Verse aus den Ruinen neues Leben entsproß.

Neben der Furcht vor dem Unbekannten herrschte die Angst vor dem Bolschewismus, der in Rußland Orgien der Vernichtung und des Blutvergießens feierte, wie sie in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen waren. Gleichwohl war es gelungen, trotz des jämmerlichen Allgemeinzustandes in Deutschland, die bewaffneten kommunistischen Aufstände mit verhältnismäßig leichter Mühe niederzuschlagen. Anstatt nun aber aus diesen Erscheinungen mutig und entschlossen die Lehre zu ziehen, wie die damaligen sogenannten Nationalbolschewisten es wollten, anstatt endlich und auf nationalem Boden die notwendige soziale Umwälzung von oben zu vollziehen,

war der einzige Gedanke der Parteien: um des Himmels willen nur das „Bestehende“ erhalten, soweit es irgend geht! Unter dieser gefährlichen Devise wurde zwar die Ruhe einigermaßen erhalten, aber anstatt einer zielbewußten Ordnung griff jene Unordnung auf allen Gebieten um sich, deren Auswirkungen Deutschland in die schleichende Katastrophe geführt haben.

Auch von dieser Seite die Vorgänge betrachtend, müssen wir wieder das unvergängliche Verdienst Adolf Hitlers hervorheben, der, eben aus dem Kriege zurückgekehrt, den großen, fruchtbaren Gedanken des nationalen Sozialismus mitbrachte, der die Kraft in sich wußte, ihn vorwärts zu treiben, ihm in der nationalsozialistischen Bewegung Richtkraft und lebendige Gestalt zu geben. Heute wird gern vergessen, daß Adolf Hitler bis zum Kriege dem Arbeiterstande angehört hat und sich vor dem Kriege, so jung er war, mit dem Marxismus in Theorie und Praxis mit offenen Augen und merkwürdig tiefer, schneller Erkenntnis vertraut gemacht hatte. Es war etwas ganz anderes, wenn, wie es damals und auch schon vorher der Fall gewesen war, Deutsche anderer Schichten die Notwendigkeit einer im Grunde auch naturgebotenen Verschmelzung von Sozialismus und Nationalismus begriffen hatten und in dieser Richtung zu arbeiten versuchten. Man konnte sich nicht wundern, daß solche Persönlichkeiten von der Arbeiterschaft, auf die es hier doch ankam, mit unbesiegbarem Mißtrauen abgelehnt wurden. Man sagte ihnen: wenn du ehrlich bist, so komme zu uns, zu den Sozialdemokraten, wir sind die eigentlich Nationalen, aber ihr herrschenden Klassen, ihr wollt uns Arbeiter nur einfangen, damit wir euch wählen und damit ihr dann auf unserem Rücken zur Macht gelangt, um uns, die Arbeiterschaft, wieder vollständig unter eure Zwangs- und Fronwirtschaft zu bringen! —

Nein, eine erfolgreiche Einwirkung mußte vom Arbeiter selbst kommen, ganz eigenwüchsig und unabhängig. Der Mann, der das tat und konnte, ist eben Adolf Hitler gewesen. Im Gedanken des nationalen Sozialismus hat er begonnen. Den Gedanken des nationalen Sozialismus wird und muß die nationalsozialistische Bewegung festhalten! Das Gesetz, das die Partei geformt hat, muß für sie auch in Zukunft unbedingt bestimmend bleiben, wenn sie ihre große und hohe Aufgabe durchführen und dazu innerlich und äußerlich fähig sein will. Der Durchführung dieser Aufgabe steht das gesamte Bürgertum in allen seinen Schichten entgegen. Die NSDAP. muß also, nicht aus Haß, nicht weil sie sich Beseitigung des Bestehenden an sich, Umsturz an sich als Ziel gesetzt hätte, gegen das Bürgertum aller Parteien, das organisierte und das nichtorganisierte, kämpfen, um die Idee des nationalen Sozialismus der Verwirklichung näherzuführen.

Wie die Parteien, Gruppen und Richtungen heißen, die sich der nationalsozialistischen Bewegung entgegenstellen, ist uns Nationalsozialisten ganz

gleichgültig. Auf die Führung solch eines Kampfes kann es selbstverständlich auch keinen Einfluß ausüben, ob der bürgerliche Gegner zu einer nationalen Richtung gehört oder nicht. Fragt der Bürger erstaunt: warum denn? Ich bin ja national, also wollen wir doch eigentlich im Grunde dasselbe!, so ist zu antworten: das ist ein eben nur in diesen zukunftsblinden Schichten möglicher Irrtum. Für den Nationalsozialisten bestehen nationale Gesinnung und nationaler Wille im tieferen und im vollständigen Sinne nur dann, wenn mit dem Nationalen auch das Sozialistische verbunden ist. Das gesamte Bürgertum, von der Schwerindustrie und dem Großgrundbesitzer bis zur Demokratie, dem „Berliner Tageblatt“ und der „Morgenpost“, ist unbedingter Vertreter des Kapitalismus und des Klassenwesens. Das ist ihnen allen gemeinsam. Ihre heutige Einigung gegen den Nationalsozialismus ist nur möglich geworden, weil sie weiterhin die Herrschaft des Geldes und des Klassenwesens wollen.

Der Nationalsozialismus will beides vernichten. Im Klassenwesen und im Klassenkampf erblicken die Nationalsozialisten ein unüberwindliches Hindernis für die Einigung der Nation, sehen sie den Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit. Wer gegen den Klassenkampf ist, der muß die Klassen selbst beseitigen und damit auch die Auffassung, daß es höhere und niedere Stände gebe. Dagegen pflegt mit dem nachsichtigen Lächeln milder Überlegenheit eingewandt zu werden: das sind Träume und Phantasien, die Menschen lassen sich nicht ändern, ein Oben und Unten muß es immer geben! — Das bestreitet der Nationalsozialismus. Wir stellten bei der Besprechung der Verhältnisse in der Industrie fest, daß bei der Arbeit — und fügen wir hinzu: bei jeder Arbeit, wo mehrere tätig sind — befohlen und gehorcht werden muß. Aber das bedingt in keiner Weise ein Oben und Unten, ein Hoch und Niedrig.

Befehle und Gehorsam waren nie und nirgends unbedingter als im Offizierkorps der alten Armee mit allen seinen Dienstgraden und Unterschieden des Alters. Gleichwohl waren alle diese Offiziere, wenn der Dienst vorbei war, Kameraden, die zueinander gehörten und gesellschaftlich gleich zu gleich miteinander verkehrten. Warum sollte nicht Ähnliches im viel größeren Rahmen einer deutschen Volksgenossenschaft möglich werden können? Gegen das Armeebeispiel wird man einwenden: ja, das glauben wir, die Offiziere unter sich, die annähernd aus der gleichen Schicht stammten, aber wie war es mit den Unteroffizieren und vollends mit den Mannschaften? Gewiß war da das Verhältnis nicht so, wie der Nationalsozialismus es anstrebt und auch nicht, wie es der damalige Zustand forderte, obgleich in einem guten Offizier- und Unteroffizierkorps auch das Gesamtverhältnis zwischen Offizier, Unteroffizier und Mannschaft gut war, verhältnismäßig gut. Aber immer und unter allen Umständen litten diese Beziehungen unter der

Tatsache der ungelösten sozialen Frage, der Verbitterung und dem Haß der reaktionären Volksschichtung und Gedankenwelt, dem allgemein erstarrten Zustande. Solange dieser Zustand bestand, mußten die Dinge früher oder später zum Konflikt treiben. Daß trotzdem gerade in der Armee der Geist der Zusammengehörigkeit so stark sein konnte, wie es der Fall gewesen ist, zeigt schon, wie alles werden kann, wenn jeder im anderen zunächst nur den Volksgenossen sieht, nicht aber den Mann der dienenden oder der herrschenden Klasse, des höheren oder niederen Standes.

Als die NSDAP. in ihren ersten Anfängen stand, als sie jahrelang zahlenmäßig klein blieb, da setzte sie sich aus Angehörigen aller Schichten und Berufsstände zusammen. Handarbeiter, Akademiker, ehemalige Offiziere, Politiker kamen auf dem Boden des nationalsozialistischen Gedankens zusammen. Das war an sich nichts Erstaunliches. Ähnliches hat sich bei kleineren Parteien und Bünden nicht selten ereignet. Doch bei stärkerem Anwachsen bildete sich schließlich in der Hauptsache doch immer der parteimäßige Zusammenschluß einer Gesellschaftsschicht heraus. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist bis heute hierin auch eine einzigartige Ausnahme geblieben. Sie ist inzwischen gewaltig gewachsen, die stärkste Partei Deutschlands geworden, und dabei hat sich ihr inneres Gefüge in seiner geschlossenen Mannigfaltigkeit nicht geändert. Nichts kann die Gesundheit der Bewegung in ein helleres Licht stellen. Der nationalsozialistische Name ist an sich eigentlich kein Parteiname, das liegt schon in der Verknüpfung: national-sozialistisch. Zu diesem Begriff müßte sich jeder vorurteilslose und uneigennützige Deutsche bekennen, jeder Bürger, der über den Zaun des Bürgertums hinaussehen kann, jeder Arbeiter, der sein Verknüpftsein mit der Nation begriffen hat, jeder Angehörige der sogenannten gebildeten Stände, der zur Erkenntnis gelangt ist, daß Bildung nicht auf Lernen und Wissen beruht, sondern daß auch ein Mensch hohe und tiefe Bildung besitzen kann, der nicht auf hohen Schulen gelernt hat. Zu der Idee national-sozialistisch müßte sich jeder Angehörige der „ersten Stände" des alten Reiches bekennen, dem klar geworden ist, daß er durch seine Geburt ebensoviel und ebensowenig Anrecht auf Führung im Volk besitzt wie irgendein anderer Volksgenosse. Jeder begegnet den anderen auf dem breiten und festen Boden des nationalsozialistischen Gedankens. Dieser gestattet keine Überhebung auf Grund von Herkunft oder Kenntnissen oder Lebensalter: der eine wie der andere ist Parteigenosse und nichts weiter. So ist auch immer sehr schnell erkannt worden, wer unter neu zugekommenen Mitgliedern echt ist und wer nicht, wer wirklich des Gedankens und Zieles wegen kommt und wer Fremdes in die Bewegung hineinbringen will, zum Beispiel kapitalistische Anschauungen oder reaktionären Konservatismus. Es ist nur natürlich, daß diese Bestrebungen und Versuche sich im Laufe

der letzten Jahre nicht selten bemerkbar gemacht haben, um von der bürgerlichen Seite her den verhaßten Sozialismus der Bewegung zu verfälschen. Bei jedem Versuch ist die Gegenwirkung im sozialistischen Geiste immer so stark und elementar gewesen, daß es bei dem bloßen Versuch blieb.

Wir fragen: warum soll es denn nicht möglich sein, einen Zustand des Volksgenossentums in ganz Deutschland herzustellen, wie er sich in der großen nationalsozialistischen Bewegung ganz von selbst entwickelt hat? Notwendig ist nur die Schaffung eines allen verschiedenen Berufsständen und Bildungsgraden gemeinsamen Bodens. Das nationale Bürgertum ist schnell bei der Hand und sagt: natürlich das Vaterland! — Mit solchen allgemeinen, schon längst zu Schlagworten und Decknamen gewordenen Begriffen kommt man heute nicht mehr aus. Das Vaterland ist immer dagewesen, auch das Reich ist dagewesen, aber in dem alten Klassenstaat, dem Staat der Obrigkeit und der gottgegebenen Abhängigkeiten, gab es keinen gemeinsamen Boden für die Angehörigen der herrschenden Schichten und Klassen auf der einen, für das Arbeitnehmertum auf der anderen Seite. Dieser Gegensatz ist inzwischen nicht geringer geworden, im Gegenteil!

Die Verwirklichung des nationalsozialistischen Gedankens verlangt Beseitigung der alten Ordnung oder Unordnung und Verschwinden der ungerechten Anschauungen. Wird dies, besonders das letztere, möglich sein? Darauf läßt sich antworten, daß dazu die älteren Generationen besonders der bisher herrschenden Schichten den Willen, die Freiheit des Geistes und die Elastizität durchweg nicht besitzen. Das ist für das ganze Bürgertum, vom durchschnittlichen Stadtphilister bis zum „Wirtschaftsführer“ und zum adligen Großgrundbesitzer oder hohen Beamten das Typische: sie brauchen zum inneren Wohlbefinden jenes obligate, im Grunde unendlich komische „Standesbewußtsein“. Das ist ihnen ebenso nötig wie ein großer, dicker und „ansehnlicher“ Pelz, der ihnen nicht nur Wärme, sondern auch „Figur“, Würde und Selbstgefühl gibt, die sie ohne den Pelz nicht haben. Man wird oft die Beobachtung machen, daß das Verhalten und die Haltung eines Mannes ganz verschieden sind, je nachdem er seinen Pelz anhat oder nicht. Genau so geht es dem bedauernswerten Mann, der ohne „Standesgefühl“ — wir reden hier natürlich nicht von Berufsständen — moralisch nicht existieren zu können glaubt. Das ist der deutsche Philister, der kleine, der große und der ganz große.

Nehmen wir dazu das Interessententum und, nicht zu vergessen, die Angst und den Abscheu vor allem Neuen hinzu und schließlich jene innere Unaufgeschlossenheit und den Willen, sich nicht aufschließen zu lassen, — dann wissen wir, daß der nationalsozialistische Gedanke sich nicht durchsetzen kann, bevor diese Art von Bürgertum verschwunden ist oder sich nicht vollkommen geändert hat; ob das Bürgertum sich zu ändern imstande ist, bleibt abzu-

warten. Bürger in solchem Sinne zu sein, bedeutet keine Berufszugehörigkeit, sondern einen inneren Zustand. Dieser Zustand ist beim Bürgertum aller Abstufungen als statisch zu bezeichnen. Der Nationalsozialismus seinerseits ist dynamisch, also treibende Bewegung. Der Nationalsozialismus sieht selbstverständlich auch in jedem Angehörigen des Bürgertums den deutschen Volksgenossen und will ihm seine Bewegung mitteilen, ihn von seinem Standesgefühl befreien und nicht minder von der alten liberalistischen Auffassung, daß, wenn es ihm gut gehe, sich alle Deutschen wohlbefänden. Den konservativen Bürger — er ist es, obgleich er sich ungern Bürger nennen läßt — müssen wir von seinem Dünkel befreien, daß der liebe Gott ihn und seinesgleichen zu Autorität und Herrschertum über das deutsche Volk bestimmt habe. Wir müssen ihm austreiben, daß er ein Recht auf Macht im Staat hat und ihm durch die Tat vorführen, daß, wenn in Deutschland etwas Altes konserviert zu werden verdiente, das sicherlich nicht die sogenannte konservative Weltanschauung, der Konservatismus überhaupt sei.

Der konservative Teil des Bürgertums wird den nationalsozialistischen Gedanken nicht annehmen. Das unterliegt keinem Zweifel. Die beiden Anschauungen stehen einander schroff gegenüber. Die Vertreter des Konservatismus wollen Wiederherstellung des Alten, worunter sie in erster Linie ihre eigene Machtstellung verstehen und versuchen, für diesen Anspruch, ihrer Vorliebe gemäß, die Religion im Dienst ihrer Interessen zu profanieren. Der Nationalsozialismus will eine bis auf den Grund des Volkslebens gehende soziale Umwälzung. Der Vertreter der konservativen Anschauung betrachtet mehr denn je die Arbeitnehmerschaft als eine nach göttlicher Ordnung zum Dienen bestimmte Schicht. Der Nationalsozialismus will diese Volksgenossen nicht nur zu gleichberechtigten, sondern in jeder Weise zu vollwertigen Deutschen machen. Er will sie zielbewußt hinaufentwickeln, während die konservativen Bürger die Arbeitnehmerschaft — den bei weitem größten Teil der deutschen Bevölkerung — wirtschaftlich, politisch und intellektuell niederhalten wollen.

Man ist in Deutschland gewohnt, Verhältnisse und Dinge, die einige hundert Jahre gedauert haben, für „ewig“ zu erklären und ihren Weiterbestand für notwendig zu halten; der Begriff des „historisch Gewordenen“ stellt sich hier wieder ein. Wir sind der Meinung, daß weder das im Mittelalter entstandene Bürgertum, noch der heute schon der Vergangenheit angehörige Adel eine Daseinsberechtigung als Stand dem Begriff nach und in Wirklichkeit besitzen. Beide sind nur Hindernisse für die Deutschen auf ihrem Wege zum Volk. Der Nationalsozialist, von woher er auch in diese Bewegung hineingekommen sein mag: er hat nicht das Bürgergefühl, nicht das Adelsgefühl, nicht das Proletariergefühl, mag er auch jahrelang erwerbslos sein. Alle diese Sondergefühle und Beschränktheiten verschwinden

in dem großen Schmelztiegel des Nationalsozialismus! Das ist eine Notwendigkeit, denn der nationalsozialistische Staat würde sonst höchstens der Form, niemals dem Wesen nach Wirklichkeit werden können. Von den einzelnen Parteien braucht man in dieser Verbindung gar nicht mehr zu sprechen, hier handelt es sich um die Gesamtkennzeichnung großer Kategorien der Bevölkerung, aus denen sich bald diese, bald jene Partei bildet.

Ein neuer Gedanke verlangt und schafft neue Formen, neues Sein, eignes Wesen! Nichts kann in höherem Grade die böswillige Verständnislosigkeit der nationalen bürgerlichen Kreise kennzeichnen wie ihre propagandistische Behauptung: der Nationalsozialismus treibe einen „Proletenkult“. Außerdem zeigt sich in diesen Bemerkungen die sonst unter herablassender Arbeiterfreundlichkeit nach Möglichkeit versteckte tiefe Geringachtung der handarbeitenden Bevölkerung. Diese Geringschätzung ist nicht nur bei Konservativen und Liberalen, sondern auch in den Kreisen vorhanden, die sich völkisch nennen.

Das Schlagwort: „national“ verdiente schon seit geraumer Zeit zum Kinderspott zu werden. National sein bedeutet im richtigen Sinne: den nationalen Gedanken in sich lebendig haben und ihn zu vertreten. Zur Nation gehören alle Deutschen, einer wie der andere. Wer da Unterschiede macht, der ist ganz gewiß nicht national im wahren Sinne, ebensowenig derjenige, der auf andere Volksgenossen herabsieht, weil sie für Lohn arbeiten müssen, sich keine Bildung aneignen und sich nicht gut kleiden können. Noch sehr vieles muß sich anders entwickeln, ehe das Bürgertum, ehe die „höheren Schichten“ ihre zahlreichen Fimmel loswerden, z. B. den Geburtsfimmel, den Bildungsfimmel, den Kleidungsfimmel, den Geldfimmel, den Titelfimmel u. a. m.

Der Nationalsozialist weist die Bezeichnung „Prolet“ oder „Proletarier“ als des deutschen Arbeiters unwürdig zurück. Der Marxismus hat den Ausdruck in die Arbeitnehmerwelt eingeführt, um sie mit dem Gefühl zu durchdringen, daß sie mit der Nation nichts zu tun habe, von ihr nur ausgestoßen sei und ausgebeutet werde, daß ihre Zukunft ausschließlich von der Vernichtung der Ausbeuter, der Nation schlechthin, abhänge, daß die internationale Proletarierrepublik nur auf den Trümmern der Nation errichtet werden könne.

Für den Nationalsozialismus sind die Gefolgschaften des Marxismus in der SPD. und KPD. genau so Volksgenossen wie die anderen. Ihre Lage im heutigen Staat findet er genau so unwürdig, unerträglich und schädlich für das Ganze wie die Lage der Arbeiter, die der nationalsozialistischen Bewegung angehören. Wir Nationalsozialisten sind auch diesbezüglich frei von Parteiinteresse und kennen keinen engen Parteistandpunkt. Die dringende Forderung des Tages ist die Arbeitbeschaffung im Interesse der Arbeit-

nehmerschaft und damit der gesamten Nation. Der Nationalsozialismus hat sich im Sommer 1932 ausdrücklich dazu bereit erklärt, in der Frage der Arbeitsbeschaffung mit den Freien Gewerkschaften und den Christlichen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Diese, die bekanntlich der SPD. und dem Zentrum angegliedert sind, haben eine Zusammenarbeit abgelehnt. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat diese Weigerung bedauert, aber ihre Einstellung zu dieser Frage, zu der Arbeiterschaft selbst und den Zielen, die sie erreichen muß, hat sich deshalb nicht im mindesten geändert.

Die Arbeitnehmerschaft verteilt sich politisch auf eine Anzahl großer Gruppen, die NSDAP., die SPD., die KPD., das Zentrum, die Deutschnationalen und einige noch kleinere Gruppen. Diese Parteien befinden sich in starker politischer Gegnerschaft zueinander; eine unglaubliche, unnatürliche, für das Ganze wie für den Arbeiter verderbliche Situation. Der Zustand ist auch geradezu grotesk: Der Zentrumsarbeiter, der SPD.- und KPD.-Arbeiter hat genau dieselben Bedürfnisse und Nöte wie der Arbeiter der NSDAP. Für ihn ist es ganz gleichgültig, ob sein Arbeitgeber dieser oder jener Partei oder Konfession angehört. Der eine drückt und beeinträchtigt ihn nicht weniger als der andere. Das einzige, was diese großen Arbeitnehmergruppen voneinander scheidet, ist die politische Parteizugehörigkeit, sind ihre Führer und deren Ziele.

Wenn sich diese Arbeitnehmergruppen auf den einfachen, klaren Boden ihres Arbeitnehmerinteresses, ihrer sozialen und wirtschaftlichen Forderungen vereinigten, bildeten sie eine so große Macht, daß ihre Forderungen in dem Augenblick, in dem sie ausgesprochen würden, auch schon erfüllt würden. Ihrer geeinten Macht könnte nichts widerstehen. Man vergegenwärtige sich diese Lage der Dinge in ihrer ganzen unermeßlichen Bedeutung. In einem vorhergehenden Abschnitt ist von den Gewerkschaften und vom Gewerkschaftsgedanken gesprochen worden. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei stimmt mit dem Gewerkschaftsgedanken durchaus überein: der Arbeitnehmer bedarf der Vertretung seiner Lebensinteressen gegenüber dem Arbeitgeber. Sie ist von aller Parteipolitik und allen parteipolitischen Gesichtspunkten und Zielen vollkommen unabhängig und — müßte auch unabhängig davon vertreten werden. Das geschieht bis jetzt aber nur von seiten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Jede einzige der anderen Parteien verbindet damit ihre politischen Parteiziele und hält ihre Mitglieder bzw. Gewerkschaften mit diesen Zielen und der Taktik, durch die sie erreicht werden sollen. Geht man zu weit damit, diese Parteien sämtlich als Irreführer und Verführer ihrer Arbeitnehmerschaften zu bezeichnen? Sicherlich nicht.

Was die NSDAP. vom Arbeiter verlangt, ist die Erkenntnis, daß er zur Nation gehört, ein Stück von ihr ist und mit ihrem Wohl und Wehe ebenso verknüpft ist wie das Glied mit dem Körper. Ist es immer noch so schwer, diese Erkenntnis zu gewinnen und zugleich zu begreifen und aus der Erfahrung zu lernen, daß die Wege der marxistischen Führerschaften ebensowenig wie die des Zentrums und der Deutschnationalen je zu einem Ergebnis in diesem Sinne geführt haben, noch führen können? Denn diese Wege, so verschieden sie voneinander sind, haben bald in der einen, bald in der anderen Richtung die Arbeitnehmerschaft politisch immer wieder von der Nation getrennt und den Gedanken der Volksgenossenschaft nie richtunggebend in ihr werden lassen.

Das letzte Jahrfünft hat, wie man auch bei vorsichtiger Schätzung feststellen kann, Ansätze eines gewissen Fortschritts erkennen lassen. In den Gewerkschaften, auch im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund hat man z. B. zu begreifen begonnen, daß die Politik, die zu den Dawesgesetzen führte, mörderisch für die Arbeitnehmerschaft werden mußte, und daß es ein schwerer, unverzeihlicher Fehler aller beteiligten Parteien gewesen ist, diese Politik zu treiben. Es gibt dafür nicht die Entschuldigung, daß man solche Wirkung nicht habe voraussehen können, denn nicht wenige Deutsche, an der Spitze die Nationalsozialisten, haben in der Tat die katastrophalen Folgen vorausgesehen, demgemäß ihre politisch ablehnende Stellung genommen und ihren schroffsten Widerspruch erhoben. Das ist geschichtlich-politische Tatsache, die auch vom Gegner nicht bezweifelt werden kann. Könnte man in der Politik damit rechnen, daß sich rein sachliche Argumente und Tatsachen durchsetzten, so wäre der Weg gegeben. Aber das ist nicht der Fall. Porteivorurteile einerseits, persönliche Verbindungen und Interessen andererseits bewirken, daß von einem Drängen zur Entscheidung in den Kreisen der Freien und der Christlichen Gewerkschaften einstweilen nichts zu bemerken ist. Sehr wesentlich dabei ist das noch vielfach vorhandene Mißtrauen an der Echtheit des Sozialismus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Jene politischen Parteien, denen die Gewerkschaften angeschlossen sind, nähren und schüren aus naheliegenden Gründen dieses Mißtrauen unablässig. Schließlich ist das Vorurteil auf der Linken und besonders in der Arbeitnehmerwelt auch heute noch sehr verbreitet, Sozialismus und Nationalismus seien Gegensätze.

Wir sehen also nüchtern die Schwierigkeiten und Hindernisse und glauben nicht, sie zu unterschätzen. Trotzdem kann ein aufmerksamer Beobachter nicht verkennen, daß nicht allein die wirtschaftlichen Verhältnisse zum Sozialismus drängen, sondern auch die Umwälzung der Anschauungen ihn im allgemeinen fordert. Man mag dagegen noch so pathetisch reden und schrei-

ben. Regierungen von durchaus privatkapitalistischer Auffassung sind sogar durch die Ereignisse der letzten Jahre zu halbsozialistischen Maßnahmen gedrängt worden; halb oder zu spät, wie nach dem großen Wirtschaftskrach des Jahres 1931, immer nur von Fall zu Fall widerwillig dem Zwang der Dinge nachgebend, gegen die eigene Auffassung, und immer bereit, den getanen Schritt nach der sozialistischen Seite wieder zurückzugehen. Auf solche Weise kann nichts wirklich Nützliches zustande kommen. Die Spaltung der Bevölkerung vergrößert sich, Verwirrung, Mißtrauen und Haß nehmen weiter zu.

Das Vertrauen der Massen zur Internationale ist in der Nachkriegszeit immer tiefer gesunken und, abgesehen von den Kommunisten mit ihrer Dritten Internationale, die eigentlich nur Moskau bedeutet, kaum noch vorhanden. Die Kräfte und Mächte des Kapitalismus haben ihre Sache nicht verlorengegeben. Wir sehen, wie sie sich nicht allein in anderen Ländern in der Hoffnung auf bessere Weltkonjunkturen zusammentun und die wankenden Grundlagen ihres Systems wieder international zu verfestigen trachten. Nein, besonders in Deutschland schließt sich seit dem Sommer 1932 das Bürgertum im Zeichen des Kapitalismus und der politischen Reaktion zusammen, ungeachtet seiner politischen Richtungsverschiedenheiten, um sich noch einmal, wie es hofft, entscheidend den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit und Notwendigkeit zu widersetzen. Die Schwere dieses Kampfes darf nicht unterschätzt werden. Sie müßte mehr denn je die Kreise der schaffenden Arbeit zum Kampf um ihre Befreiung aus der Hörigkeit des Kapitalismus und der „oberen" Schichten zusammenführen. Stellt man sich in allen Arbeitnehmergruppen ausschließlich auf den Standpunkt der Befreiung, so kann der Kampf tatsächlich vereint geführt werden. Die nationalsozialistische Bewegung würde da ohne weiteres den Mittelpunkt bilden, weil sie die Vereinigung des nationalen und des sozialistischen Standpunkts von vornherein ausdrücklich vertreten hat.

Selbstverständlich kommen nicht allein die organisierten Arbeiter, also die Gewerkschaften, in Betracht. Sie sind lange nicht mehr von der Bedeutung wie früher, auch nicht der zahlenmäßigen Stärke nach. Die vielen Millionen von Handarbeitern, die außerhalb stehen, werden besonders seit wenigen Jahren immer weitergreifend von der nationalsozialistischen Bewegung angezogen und reihen sich ein. Alles ist hüben und drüben in Fluß, ein Ende noch nicht abzusehen, aber die Hauptsache bleibt, daß nichts mehr stillsteht und der Strom in sozialistischer Richtung geht. Wir rechnen auf lange Sicht, denken nicht daran, den Fehler politischer Terminsetzungen zu begehen, dürfen aber auch in der „fließenden" Gegenwart nichts außer acht lassen, was eine Stärkung des nationalsozialistischen Stromes ausmachen könnte.

Das Ende der „Massen"

Ist in einer Familie ein Kind zurückgeblieben, gesundheitlich geschädigt, vorher irgendwie schlecht behandelt gewesen, so werden gewissenhafte Eltern ihm vor den anderen Kindern ganz besondere Pflege und Sorgfalt angedeihen lassen und Aufwendungen machen, die für die anderen Kinder nicht notwendig sind. Ähnlich steht die nationalsozialistische Bewegung zu der Arbeitnehmerschaft in Deutschland. So wird es auch mit dem nationalsozialistischen Staat sein. Das bedeutet keinen „Proletkult", sondern — es muß immer wiederholt werden — es ist nichts als eine einfache, selbstverständliche Betätigung des volksgenössischen Gedankens. Entweder Volksgenosse oder nicht! Halbheiten oder ein Zwischending zwischen beiden gibt es nicht. Von reaktionär-nationaler Seite wird gesagt: die Leute wollen ja nur Arbeit, sonst nichts, sie haben ja auch schon alle Rechte! — Selbstverständlich will der erwerbslose Arbeitnehmer vor allem anderen Arbeit; erst leben! Aber wie war es vor den Zeiten der großen Arbeitslosigkeit? Fühlte der Arbeitnehmer sich damals frei und wohl in warmer Obhut der kapitalistischen Mächte, in seiner Pariastellung im Staat? Wir haben davon nichts bemerken können.

Je höher das Niveau eines Volkes durchschnittlich in den verschiedenen Schichten ist, desto größer wird seine Leistung und sein Wert sein, darüber kann wohl kein Zweifel walten. Über Bildung zu reden, ist deutsches Lieblingsgespräch, besonders im Bürgertum aller Schichten kann nicht genug der Wert der Bildung — natürlich ist es immer die eigene — beredet und gerühmt werden. Diese „oberen Schichten" sind von höchstem Stolz auf sich selbst erfüllt und betrachten sich als „das Volk Goethes und Kants". Mit diesem „erhabenen" Standpunkt ist es aber nicht vereinbar, wenn dieselben oberen Schichten die weit größere Hälfte der deutschen Bevölkerung in einer sozialen und politischen Lage halten wollen, die sie auf ihren unaufhörlichen Kampf um das Primitivste des Lebens beschränkt und ihr so die Entwicklung ihrer besten Fähigkeiten und Eigenschaften systematisch unmöglich macht. Das ist nicht ein Ausbruch sentimentaler Arbeiterschwärmerei, sondern eine völkische Überlegung — im Sinne des Begriffes —, eine der nüchternsten überhaupt.

Bestände die deutsche Arbeitnehmerschaft aus unverbesserlichen Sklavennaturen, aus stumpfen, entwicklungsunfähigen Kreaturen, so lägen die Dinge anders. Solche Kreaturen gibt es auch in Deutschland gewiß, aber wir finden sie nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern wahrhaftig genug und übergenug in allen Schichten und Berufsständen des Volkes, bis „ganz oben". Jeder wird in seiner eigenen Umwelt solche Exemplare namhaft machen können. Daran dürfte wohl kein Leser dieser Schrift zweifeln. Unter den-

jenigen Deutschen, die Bildungsmöglichkeit hatten und haben, sind aber merkwürdig wenige, die sie dem hauptsächlich körperlich arbeitenden Teil des deutschen Volkes und dessen Kindern zum mindesten zugänglich machen möchten. Gerade die sogenannten Gebildeten und Nationalen müßten begreifen, daß dem größten Teil der Handarbeiterschaft seit Generationen Bildung in erster Linie durch die marxistischen Parteien vermittelt wurde. Diese haben nach ihrer Weise die Lücke ausgefüllt, zum schweren Schaden des deutschen Volkes im ganzen und des Arbeiters im besonderen. Es wird eingewandt, daß der Handarbeiter gerade durch seine rein körperliche Betätigung unfähig zu geistiger Arbeit sei, daß er auch gar kein Bedürfnis danach habe. Gewiß gilt das von vielen, aber das gleiche erleben wir in den anderen Schichten, die nicht körperlich dauernd arbeiten. Es ist ebenso ungerecht wie unnatürlich, daß, in Deutschland besonders, zwischen den „Gebildeten" und „den ungebildeten Klassen" grundsätzlich unterschieden wird.

Das Entscheidende ist, daß dem Arbeitnehmer alle Möglichkeiten, sich nach seinen Anlagen innerlich zu entwickeln, nicht nur offenstehen müssen, sondern daß der Staat ihn hierin auch noch tatkräftig fördert, ja, treibt im Gedanken an das Volksganze. Und wenn bei solchen Bestrebungen nichts weiter herauskäme als eine Aufhebung der Klassengrenze, so wäre damit schon Wertvollstes erreicht. Es wird aber sehr viel mehr dabei „herauskommen".

Aus der überwiegend marxistisch erzogenen und marxistisch gebildeten Arbeiterschaft sind wirklich große Begabungen nicht hervorgetreten, obgleich sie zweifellos in ihr enthalten sind. Die geistige Unfruchtbarkeit des Marxismus ist die Ursache dafür. Diejenigen aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen sozialdemokratischen Persönlichkeiten, die im Laufe der Jahrzehnte zu hervorragenden Stellungen gelangt sind, führende politische Rollen spielten, haben ihre Begabungen ebenfalls im Marxismus versanden lassen, zu fruchtbaren Leistungen sind sie nicht gekommen. Das ist eben das Schicksal ihrer zwangsläufig marxistischen geistigen Entwicklung gewesen. Darauf kommt es uns aber hier weniger an. Ungeteilte und nicht selten bewundernde Anerkennung aber verdienen alle diese Persönlichkeiten ob der ungeheuren und ausdauernden, unter schwierigsten Lebensverhältnissen geleisteten Arbeit an sich selbst. Daran kann keine politische Gegnerschaft und Verschiedenheit der Weltanschauung etwas ändern. Diese Anerkennung braucht sich aber nicht auf diejenigen zu beschränken, die im Laufe ihres Lebens öffentlich hervorgetreten sind. Man findet vielmehr bei unzähligen ungesuchten Gelegenheiten in der Arbeiterwelt, der jüngeren wie der älteren, einen Ernst im Streben nach Kenntnissen und Erkenntnissen und einen Eifer, sich wirklich zu belehren, um urteilen und mitarbeiten zu können, der ebensoviel Respekt wie Genugtuung erwecken muß.

Ein Staat, der Gerechtigkeit üben, die deutsche Bevölkerung zu höchsten Leistungen heben und ihre innere Einheit wirksam fördern will, muß es als selbstverständlich ansehen, besonders der Arbeitnehmerschaft alle Möglichkeiten zu geben und den Weg zu ebnen. Während der langen Zeit seines Bestehens hat der Marxismus die Entwicklung der Technik, die Sünden und Fehler des Staates benutzt, um die Bildung der Massen zu fördern. Der Marxismus braucht für sein internationales Ziel heute wie ehedem Geschlossenheit der Massen, aber keine entwicklungsfähigen und zu innerer Eigenentwicklung drängenden Persönlichkeiten. Wer sich das Ziel des Marxismus auch so noch einmal vergegenwärtigt, weiß ohne weiteres, daß die Führer des Marxismus und sein verschleierter Meister, der Kapitalismus, die Masse brauchen und daß sie in ihren Gliedern kein persönliches Eigenbewußtsein haben darf. Die marxistische Führerschaft hat mit Ausdauer, Geschick und Hinterlist verstanden, während langer Jahrzehnte der Arbeiterschaft ein Massenbewußtsein zu suggerieren und die deutschen Arbeiter so weit zu erniedrigen, daß sie sogar stolz auf ihr Massengefühl und auf sich selbst als Masse waren. Nur auf diese Weise ist es möglich geworden, daß so lange Zeit Millionen und aber Millionen deutscher Arbeiter das im Sinne des Wortes willenlose Werkzeug des internationalen Sozialismus haben werden können. Eine spätere Geschichtsschreibung wird diese Tatsache, gerade weil es sich um meist individualistisch veranlagte Deutsche handelt, mit Staunen verzeichnen. Der Marxismus hat sogar den deutschen Arbeiter dazu vermocht, sich selbst Proletarier nennen zu lassen.

Wir verkennen also nicht, daß die Entwicklung der äußeren Verhältnisse das Werden des Massentums begünstigt hat, weil der Staat nicht die entsprechenden Gegenanstrengungen gemacht, ja, an solche überhaupt nicht gedacht hat. Die nationalsozialistische Bewegung — wir haben die Art ihrer sozialistischen Ziele und Bestrebungen in dieser Schrift im großen angedeutet — will und wird den deutschen Arbeiter aus dem Massentum befreien und erlösen, seine Persönlichkeitsentwicklung fördern und an die Stelle eines verbitterten Minderwertigkeitsgefühls das freie Selbstgefühl des in seinem Staate voll berechtigten und voll gewerteten Volksgenossen treten lassen. Mit dem Ende des, bei aller Erbitterung, subalternen, anerzogenen Massengefühls wird eines Tages nicht allein die Arbeiterschaft, sondern das gesamte deutsche Volk eine ungleich höhere Ebene erreicht haben als jetzt.

Die Frage des Führertums

deren Bedeutung für die Gesamtheit des Volkes und seine Zukunft nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, steht hiermit im engsten Zusammen-

hange. Wir kommen auch auf diesem Wege also wieder zur „Führerschicht“. Über Mangel an Führernaturen wird häufig in Deutschland geklagt. Man weist bei solchen Gelegenheiten gern auf England hin: es sei in der glücklichen Lage, eine beständige Führerschicht in den wirtschaftlich unabhängigen Familien zu besitzen, die ihre Begabung durch lange Geschlechterfolgen immer vom Vater auf den Sohn vererbe, der sich ungestört auf die ihm zufallende Führerrolle vorbereiten könne. Das ist richtig, so liegen — das heißt: lagen — die Dinge in England. Doch ist einzuwenden, daß die Deutschen keine Engländer sind, überdies, daß seit einiger Zeit in England auch Personen, die aus dem Arbeiterstande kommen, zu höchsten Stellungen gelangt sind. Drittens aber — wir wollen uns doch an die Wirklichkeit und nicht an ein: Wie schön wäre es, wenn ...! halten — besteht in Deutschland, auch wenn man es wünschte, für alle absehbare Zeit gar keine Möglichkeit, daß sich ein solches Führerspezialistentum bilden könnte. Dagegen lebt bei uns jene Schicht des kapitalistischen und agrarischen Bürgertums, das früher in Deutschland tatsächlich geherrscht und geführt und in der Notzeit seine Unfähigkeit erwiesen hat. Es macht jetzt, nachdem es ihm gelungen war, den Reichspräsidenten von Hindenburg für sich zu gewinnen, die letzte große Anstrengung, wieder in die alte Machtstellung zu gelangen, eine großartige Personifizierung des politischen und wirtschaftlichen Egoismus, des selbstüberheblichen Anspruches und eines gelegentlich verschleierten, aber immer beherrschenden Kastenzusammenhanges!

Der nationale Sozialismus erkennt diese Führerschicht nicht an. Nicht nur wegen ihres Versagens, wegen ihrer verhängnisvollen antisozialen Einstellung vor dem Kriege, sondern weil es dem Nationalsozialismus grundsätzlich widerspricht, daß 60 Millionen Deutsche von ein paar hundert Familien beherrscht werden, die von Herrschsucht und Klassenegoismus verseucht sind, die der Auffassung sind, daß das gesamte deutsche Volk durch Gottes Fügung zu ihrem Dienst bestimmt sei. Es ist charakteristisch genug, daß dieser so dünnen Schicht ihr großer Schlag: das Kabinett Papen, im Sommer 1932 gelang, von langer Hand her heimlich durch äußerlich harmlos frisierte Organisationen und andauernde Intrigen vorbereitet. Anonyme Komitees, die immer, wo sie in Staaten aufgetreten sind, das Symptom für Fäulnis und Zersetzung gebildet haben, sind wie unsichtbare Netze im ganzen Land organisiert worden, ein System mit dem Leitmotiv der Lüge und des Volksverrats, dabei immer mit „tief religiöser“ Maske.

Vor Jahr und Tag erschien eine Schrift eines führenden Deutschnationalen über den von ihnen angestrebten Staat. Er äußert sich auch über die deutschnationale Auffassung vom Führertum in dem „organisch aufgebauten“ dritten Reich. Man findet da folgendes: eine starke Mittelschicht soll gebildet werden. „In diese Mittelschicht soll dem Arbeiter der Aufstieg

möglich sein. Er soll sich nicht zeitlebens als Proletarier fühlen. Aber zur höchsten Führung im Staat soll wieder das Aufsteigen durch drei Geschlechter gehören, denn wir wollen nicht von Parvenüs regiert werden."

Das ist ein wertvolles Dokument. Die göttlich prädestinierte Führerschicht schließt den Arbeiter bzw. Arbeitnehmer, also den weit überwiegenden Teil des deutschen Volkes, vom Führertum überhaupt aus. Dem Angehörigen des Arbeiterstandes will man, auch bei Vorhandensein aller Begabung, ein Aufsteigen nur in die „Mittelschicht" gestatten. Seine Söhne und seine Enkel haben in dieser zu leben und zu sterben, der Urenkel — niemand weiß, ob und wie er und was dann sein wird — darf hundert Jahre später weitersteigen. Eine schlimmere Verhöhnung des Arbeitnehmers ist schwer denkbar.

Besonders interessant tritt hier wieder die alte Auffassung der nationalreaktionären Kreise hervor, daß es nicht auf Begabung ankommt, sondern auf die Kaste oder Schicht. — Genug, dieses authentische Beispiel aus neuester Zeit mag genügen. Nur noch ein Wort zum letzten Satz: für den Deutschnationalen bedeutet ein aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Mann, auch bei größten Fähigkeiten, einen „Parvenü", das ist eine charakteristische Auffassung. Die eigentliche Bedeutung dieses französischen Wortes ist: ein Emporgekommener, einer, der an sein Ziel gelangt ist. Das ist an sich wahrhaftig nichts Tadelnswertes, vorausgesetzt, daß keine schlechten Mittel auf Kosten anderer Volksgenossen dabei angewandt worden sind. Der spöttische Ton in dem Worte „Parvenü" aber gilt nur für solche emporgekommenen Persönlichkeiten, deren inneres Wesen nicht der Höhe ihrer äußeren Stellung entspricht, die innerlich niedriger, minderwertiger sind als der Platz, den sie in der Welt erklommen haben. Es hat Fürsten und Angehörige alter Familien gegeben, die sich als Parvenüs benahmen, und es hat Emporgekommene aus dem Arbeiterberufsstande genug gegeben, die keine Parvenüs waren. Das alles hängt von der Persönlichkeit ab. Für jene dünne Schicht mit dem Führer- und Herrenanspruch würde jede Arbeiterpersönlichkeit an führender Stelle einen Parvenü bedeuten, von dem sie nicht regiert werden will. —

So denkt diese Schicht in der Tat, und so ist es eine in ihrer Unfreiwilligkeit bittere Komik, wenn diese Leute von Volksgemeinschaft, deutscher Schicksalsgemeinschaft und ähnlichem sprechen. Neben der Riesenhaftigkeit der Anmaßung macht sich meist unmittelbar das schlechte Gewissen bemerkbar und man greift mit wärmsten Tönen zu solchen schönen Redewendungen. Sie werden aber und sollen nicht mehr verfangen.

Der nationale Sozialismus besitzt die Überzeugung und Erkenntnis, daß die Führer, die aus a l l e n Schichten des Volkes und der Berufsstände kommen, gesucht und entwickelt werden sollen, und daß das gewaltige Volksreservoir der Arbeitnehmerschaft eine so große Summe unverbrauchter innerer

Kräfte und Anlagen enthält, daß sie bei richtiger Entwicklung und Ausnutzung größten und heilsamsten Einfluß auf die Zukunftsentwicklung des deutschen Gesamtvolkes üben würden. Der Nationalsozialismus erkennt auch, daß das nicht nur eine Forderung des Gemeinnutzes und der volksgenössischen Gerechtigkeit ist, sondern daß nichts im höheren Grade der inneren Einigung, der Gestaltung der Deutschen zu einem wirklichen Volk dienen würde. Jeder, auch der handarbeitende Volksgenosse, soll sich sagen können, daß er oder seine Kinder nicht nur das formale Recht zum Aufsteigen in Führerstellungen haben, sondern, daß seine Volksgenossen der anderen Berufsstände gerade das wollen und wünschen.

Die „Führerschicht" soll nicht mehr aus einer Kaste hervorgehen, auch nicht mehr von irgendwelchen einflußreichen Interessenten bestimmt werden, sondern das Volksganze soll und wird den einheitlichen Fruchtboden bilden, aus dem Führer und Regierer erwachsen. Der nationale Sozialismus ist in dieser seiner volksgenössischen Auffassung ganz konsequent: Führertum bezeichnet den höchsten Grad aktiver Tätigkeit im Dienste des Volksganzen. Das von der Natur unbarmherzig bestimmte Gegenstück innerhalb des Volksorganismus bilden diejenigen Volksgenossen, die durch Alter und Krankheit unfähig geworden sind, weiter aktiv im Volksdienst tätig zu sein. Für alle diese, ohne Unterschied des Berufsstandes, nur im großen Rahmen des Volksganzen, will sich der nationale Sozialismus verpflichten, sie für den letzten Teil ihres Lebens zu versorgen. Auch in diesem Belang gibt es für ihn weder Klassen noch Stände.

Ergebnis

Für die Gedankengänge dieser Schrift vom Anfang bis zum Ende sind die beiden Gesichtspunkte auch in jeder Einzelüberlegung maßgebend: Einigung der Deutschen von innen heraus zum wirklichen Volk und soziale Gerechtigkeit im Sinne der Volksgenossenschaft. Wir haben überall feststellen müssen, daß diese beiden Gesichtspunkte niemals im Gegensatz zueinander stehen, sondern sich vielmehr vollkommen und restlos decken. Das ist kein Zufall, sondern liegt im tiefsten Wesen dieser beiden Grundgedanken logisch und zwingend enthalten. Der erste Abschnitt dieser Schrift ist der negative Teil unserer Beweisführung. Er zeigt, wie durch soziale Ungerechtigkeit von feindlicher Seite die von Natur schon für solche Einwirkungen zugängliche deutsche Bevölkerung in zwei feindliche Hälften zerspalten wurde, und wie verhängnisvoll und furchtbar diese Spaltung für das Ganze und jeden einzelnen ehrlich arbeitenden Volksgenossen — die in Neudeutschland so um-

fangreich gewordene Kategorie des Schmarotzers und Schiebers nehmen wir natürlich aus — geworden ist. Im zweiten Abschnitt tritt der nationale Sozialismus auf den Plan mit seiner Mission, wie sie größer, schwieriger und schöner nicht gedacht werden kann. Sie ist kein Traum, nein, wir befinden uns mit solchen Erwägungen und Zielen mitten im Kampf der Gegenwart, in einem Kampf, der die Grundlagen für die erstrebten Ergebnisse schaffen soll. Es sind keine Parteiziele. Die vereinigten reaktionären Parteien und Schichten behaupten, daß der Nationalsozialismus Parteiherrschaft wolle. Das ist eine Unwahrheit. Diesem Urteil wird der Leser dieser Schrift zustimmen müssen, auch wenn er politisch auf anderem Standpunkt steht. Der Nationalsozialismus ist Bewegung, die Partei bildet nur ihre Form, damit sie sich im politischen Kampf halten und durchsetzen kann. Die Bewegung ist das Bestimmende. Ihre Leitmotive lauten: Einigung der Deutschen von innen heraus zum Volk, uneingeschränkte soziale Gerechtigkeit für jeden Volksgenossen.

Der „Ruf" nach Einigung und Einigkeit wird in Deutschland mit derselben eintönig gewordenen und banalen Regelmäßigkeit erhoben wie die Gebetsrufe von den mohammedanischen Minaretts. Unsere „Nurnationalen" werden darin nicht müde, jeder Einzelne von ihnen fühlt sich dabei als Anwärter auf den Titel: Vater des Vaterlandes. Und sie alle, diese Verdienstvollen, gehören zu jenen kleinen anmaßenden Gruppen, die Führung über das große deutsche Volksganze beanspruchen. Wenn sie immer wieder fordern: seid einig, so wollen sie damit sagen: unterwerft euch uns und verzichtet gefälligst auf eure anmaßenden Ansprüche auf gleiche Geltung innerhalb des Vaterlandes und des Volkes! — Gewiß sagt man das nicht so unfreundlich offen, nein, dafür gibt es eine unerschöpfliche Menge erprobter nationaler Phrasen, um die Masse der gutgläubigen bürgerlichen Nationalen als Gefolgschaft eingefangen zu halten und sie über die wirkliche deutsche Lage hinwegzutäuschen. Diese Tätigkeit der reaktionären Schichten und Kreise bewirkt nicht weniger Zwietracht und tiefe Trennung im deutschen Volk wie der Marxismus und ist insofern mit diesem gleichzusetzen. Der nationale Sozialismus hat es nicht nötig, die nationale Seite seines Wesens ausführlich darzulegen. Sie ist schon deshalb selbstverständlich, weil der deutsche Sozialismus an sich volksgenössisch und damit national bestimmt ist. Als Nationalist wie als Sozialist kann der Nationalsozialist die Wahrheit sagen, nicht zum wenigsten auch deshalb, weil er nichts für sich will, sondern alles nur für das Ganze.

Der furchtbare Ernst der deutschen Lage kann kaum noch überboten werden, nur wirkliche Einigkeit und innerliche Einheit der Deutschen können den Forderungen dieser Lage gewachsen sein. Der nationalsozialistische Gedanke gibt zum ersten und zugleich letzten Mal die Möglichkeit zu einem frei-

willigen Einswerden, das gleichermaßen vom Gefühl und von der Erkenntnis geleitet wird. Das ist kein Sprung ins Dunkle, sondern kämpfendes Durchdringen zur Helligkeit eines neuen Tages. Nähmen wir den Fall an, es gelänge nicht, so würde das deutsche Volk mit Notwendigkeit als Beute der trennenden Mächte von links und von rechts zerrissen, in sich verfeindet im Elend bleiben, letzten Endes preisgegeben den internationalen Gewalten. Die nationalsozialistische Bewegung will und wird nichts zerstören, was deutsch und lebensfähig ist, aber sie muß beseitigen, was sich ihr entgegenstellt und was an totem Gerümpel und Egoismus vorhanden ist. Die ehrliche deutsche Arbeit, die durch sich selbst schon national ist, wird im neuen Deutschland herrschen.

Marx hat gesagt: Proletarier aller Länder vereinigt euch. Wir sagen: d e u t s c h e A r b e i t e r , a r b e i t e n d e D e u t s c h e , v e r e i n i g t e u c h i n d e u t s c h e r V o l k s g e n o s s e n s c h a f t !

